



# Plenarprotokoll

## 45. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 15. November 2001

<b>Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe</b> .....	3341	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1328	
Landtagsbeschluss vom 15. Dezember 2000 Drucksache 15/567 (neu)		Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	3360
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1324		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3361, 3365
Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie .....	3341	Dr. Henning Höppner [SPD] .....	3362
Jost de Jager [CDU] .....	3343, 3354	Gero Storjohann [CDU] .....	3363
Birgit Herdejürgen [SPD] .....	3346	Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	3364
Dr. Heiner Garg [FDP] .....	3347	Anke Spoorendonk [SSW] .....	3365
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3349	Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung .....	3366
Anke Spoorendonk [SSW] .....	3351, 3355		
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	3353, 3359	<b>Sicherheitsmaßnahmen auf kleineren Flughäfen und Luftlandeplätzen</b> .....	3366
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3355	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1355	
Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	3356	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr .....	3366
Jürgen Weber [SPD] .....	3357	Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU] .....	3367
Dr. Johann Wadephul [CDU] .....	3358	Thomas Rother [SPD] .....	3368
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung .....	3360	Günther Hildebrand [FDP] .....	3369
<b>Dezentralisierung der Lehrpersonalverwaltung</b> .....	3360	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3370
Landtagsbeschluss vom 28. September 2001 Drucksache 15/1186		Silke Hinrichsen [SSW] .....	3371
		Werner Kalinka [CDU] .....	3371
		Wolfgang Kubicki [FDP] .....	3372

Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss .....	3373		
<b>Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein</b> .....	3373		
Landtagsbeschluss vom 19. Oktober 2001 Drucksache 15/1261			
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1349			
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	3373		
Hans-Jörn Arp [CDU] .....	3374		
Hermann Benker [SPD] .....	3376		
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] .....	3377		
Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3379		
Lars Harms [SSW] .....	3380		
Werner Kalinka [CDU] .....	3381		
Beschluss: Überweisung an den Agrar- ausschuss zur abschließenden Beratung .....	3382		
<b>Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt</b> .....	3382		
Landtagsbeschluss vom 23. März 2001 Drucksache 15/779 (neu)			
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1173			
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz .....	3382		
Jutta Scheicht [CDU] .....	3383		
Jutta Schümann [SPD] .....	3385		
Dr. Heiner Garg [FDP] .....	3386		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3387		
Silke Hinrichsen [SSW] .....	3388		
Ursula Sassen [CDU] .....	3389		
Beschluss: Überweisung an den Sozial- ausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung .....	3390		
<b>Gemeinsame Beratung</b> .....	3390		
<b>a) Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe</b> .....	3390		
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1249 Absätze 2 und 3			
		<b>b) Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe</b> .....	3390
		Landtagsbeschluss vom 18. Oktober 2001 Drucksache 15/1249 Absatz 1	
		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1354	
		Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten .....	3390
		Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] .....	3391, 3398
		Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] .....	3393, 3399
		Ursula Sassen [CDU] .....	3394, 3399
		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3396
		Lars Harms [SSW] .....	3397
		Beschluss: Überweisung an den Umweltausschuss und den Bildungsausschuss ..	3400
		<b>Gemeinsame Beratung</b> .....	3400
		<b>a) Erfolgskontrolle ASH 2000</b> .....	3400
		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1352	
		<b>b) Statistischer Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2000</b> .....	3400
		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1322	
		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz .....	3400, 3412
		Dr. Heiner Garg [FDP] .....	3402
		Wolfgang Baasch [SPD] .....	3404
		Torsten Geerds [CDU] .....	3406
		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3408
		Silke Hinrichsen [SSW] .....	3410
		Beschluss: 1. Überweisung des Antrages Drucksache 15/1352 an den Sozial- ausschuss .....	3412
		2. Überweisung des Berichts Drucksache 15/1322 an den Sozial- ausschuss zur abschließenden Beratung .....	3412
		<b>Abschaffung der Befahrungsabgabe des Nord-Ostsee-Kanals</b> .....	3412

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1357	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1383	
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	3412
<b>Entwicklung der Museen in Schleswig-Holstein.....</b>	<b>3412</b>
Landtagsbeschluss vom 11. Mai 2001 Drucksachen 15/901 und 15/935	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1169	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	3412
Caroline Schwarz [CDU] .....	3414
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] .....	3415
Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	3417
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3418
Anke Spoorendonk [SSW].....	3419
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung .....	3420

\* \* \* \*

### Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

\* \* \* \*

### Beginn: 10:03 Uhr

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen schönen guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung. Erkrankt ist Frau Ministerin Franzen, der wir von hier aus noch einmal gute Genesung wünschen.

(Beifall)

Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Rodust.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir einen kurzen Hinweis vorab: Vor dem Plenarsaal finden Sie einen Stand von UNICEF. Es wird zu einer Spende für die Aktion „Bringt die Kinder durch den Winter in Afghanistan“ aufgerufen. In diesem Winter werden in Afghanistan etwa 100.000 Kinder durch Kälte und Hunger bedroht sein. Diese Aktion unter Schirmherrschaft unserer Ministerpräsidentin Heide Simonis fordert unsere gemeinsame Unterstützung. Wer sich von Ihnen mit einer kleinen Spende beteiligen möchte, tut sicherlich ein gutes Werk.

(Beifall)

Auf der Besuchertribüne begrüße ich die Besuchergruppe der Realschule Viöl.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

#### Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe

Landtagsbeschluss vom 15. Dezember 2000

Drucksache 15/567 (neu)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1324

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie, Frau Lütkes.

**Anne Lütkes**, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schule und Jugendhilfe haben es mit Kindern und Jugendlichen zu tun, mit denselben Kindern und Jugendlichen. Bei der Erfüllung ihres Auftrages zur Sozialisation junger Menschen werden sie mit gesellschaftlichen Entwicklungen konfrontiert, die zunehmend in atemberaubender Geschwindigkeit erfolgen. Pädagogische Arbeit, die aus gutem Grund auf Verlässlichkeit und Kontinuität setzt, läuft dabei Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten und vor dem differenzierten und komplizierten Prozess des Erziehens zu resignieren.

Schule und Jugendhilfe können dabei zweifellos nicht alles allein leisten, was die gemeinsamen Aufgaben der jeweiligen Erwachsenengeneration, in erster Linie

(Ministerin Anne Lütkes)

der Eltern, sind. Sie stehen jedoch in der Pflicht, eine kooperative Begleitung der jungen Menschen zu vereinbaren, eine Kooperation, die fachlich und gesellschaftspolitisch dringend geboten ist.

Es gibt einerseits durchaus nachvollziehbare Gründe dafür, dass eine enge Zusammenarbeit beider Institutionen noch nicht zu den Selbstverständlichkeiten gehört. Es gibt aber andererseits auch gewachsene Vorbehalte, die eine solche Partnerschaft erschweren und die endlich der Vergangenheit angehören sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In dem Ihnen vorliegenden Landtagsbericht wird auf diese nur kurz eingegangen, denn es geht heute darum, die Bereitschaft zur Kooperation zu verstärken und damit die künftigen Zusammenarbeit auf eine solide Grundlage zu stellen. Dass es sich dabei um einen langen, intensiven und kontinuierlich zu betreibenden gemeinsamen Arbeitsprozess handelt, steht sicherlich außer Frage.

Nach der im vergangenen Sommer gemeinsam vom Bildungsministerium und von meinem Ministerium durchgeführten Klausurtagung wurden interministerielle Arbeitsgruppen gebildet, um Handlungsempfehlungen für eine Kooperation von Jugendhilfe und Schule zu entwickeln. Mit dem Berichtsauftrag vom Dezember 2000 sind diese interministeriellen Arbeitsgruppen sodann auf die umfangreichen, fachlich orientierten Berichtsansforderungen eingegangen, wobei in der Bestandsaufnahme und Bedarfsermittlung die Erziehungswissenschaftliche Fakultät der CAU wesentlich mitgewirkt hat.

In dem vorliegenden Bericht beschreiben wir in den einzelnen Kapiteln ausführlich und dezidiert die verschiedenen Schnittstellen beider Aufgabenfelder. Wir stellen einige Beispiele für gelungene Kooperationen dar. Zum Beispiel kooperieren **Kindertagesstätten** bei der Erfüllung des Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrages mit **Schulen** und stimmen sich beim Übergang von der einen in die andere Institution ab. Bereits heute gibt es eine vielfältige Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule in **Jugendzentren**, Jugendverbänden, im großen Bereich des Sports und in der politischen und kulturellen Bildung. Auch die themenbezogene Zusammenarbeit beispielsweise zu Fragen wie Sexualität, Drogen, sexueller Missbrauch, sexuelle Orientierung und Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen hat sich als sinnvoll und erfolgreich erwiesen.

Durch die Schaffung von Tagesgruppen an Schulen und durch die Einrichtung von Inselprojekten lassen sich kooperierend kostenintensive Hilfen zur Erzie-

hung wie die Fremdunterbringung vermeiden. Dabei wird dem fachlichen Gebot der Niedrigschwelligkeit, der Lebensweltorientierung sowie einer präventiven und integrativen Vorgehensweise Rechnung getragen. Auch hierfür gibt es eine Reihe guter Beispiele.

Wichtige Erkenntnisse hat die Bestands- und Bedarfserhebung für bestehende Projekte ergeben. So gibt es zwar bereits eine Vielzahl von betreuten Grundschulen, Frühstücks- und Nachmittagsangeboten und Mittagstische, aber diese Betreuungsangebote reichen trotz der vom Land und von den Kommunen in den vergangenen zehn Jahren erbrachten erheblichen Leistungen nicht aus.

Durch die Ausweitung der Förderung von **Ganztagsangeboten** an Schulen mit immerhin 3,7 Millionen DM für die nächsten beiden Jahre sowie mit der vorliegenden Empfehlung für eine strukturelle Verbesserung der Kooperation wird diesen Erkenntnissen auch in einer äußerst angespannten Haushaltslage schrittweise Rechnung getragen. Welch großen Stellenwert die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule im Jugendministerium hat, können Sie auch aus der Tatsache ableiten, dass wir noch in diesem Jahr einen erheblichen Betrag an die kreisfreien Städte und die Kreise, 50.000 €, zur Verfügung gestellt haben. Damit sollen der Aufbau von Kooperationen und **Vernetzungsangeboten** gefördert und bestehende Projekte unterstützt werden. Auch neue Projekte können mit dieser Hilfe konzipiert und angeleiert werden.

Mit unserem gemeinsamen Handlungsfaden zielen wir auf eine verbesserte Zusammenarbeit der institutionellen Ebene; denn wir sind der Überzeugung, dass diese Zusammenarbeit erst mit verbindlichen Regelungen und festen Strukturen nicht länger dem Zufallsprinzip überlassen bleibt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dem ebenfalls vorgestellten Handlungsleitfaden und dem damit entwickelten Konzept zur Ausweitung von Ganztagsangeboten wollen wir - das heißt, die Bildungsministerin, die Sozialministerin und ich als Jugendministerin dieses Landes - eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen. Wir wollen und wir müssen das Leben mit Kindern familienpolitisch unterstützen und durch sinnvolle Freizeit- und Bildungsangebote der Gefährdung junger Menschen präventiv begegnen.

Entsprechend dem Landtagsauftrag - aber selbstverständlich auch, weil wir das ebenso sehen - haben wir den Bericht mit den kommunalen Landesverbänden intensiv besprochen. Diese hatten Gelegenheit zur Stellungnahme und haben betont, dass Umfang und

**(Ministerin Anne Lütkes)**

Komplexität des Themas keine abschließende Bewertung zulassen. Frau Kollegin Erdsiek-Rave und ich haben den Bericht aber mit allen drei kommunalen Landesverbänden ausführlich erörtert. Die **kommunalen Landesverbände** haben dem eingeschlagenen Weg grundsätzlich zugestimmt. Zugleich ist Einvernehmen darüber erzielt worden, dass der Bericht eine gute Grundlage für die weitere Zusammenarbeit ist und eine Basis für den jetzt notwendigen weiteren intensiven Arbeitsprozess bildet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein erster Schritt in diese Richtung war die von uns gemeinsam - also von den Ministerien und den Spitzenverbänden - vor einigen Tagen ausgerichtete Fachveranstaltung zum Thema „Jugendhilfe und Schule auf einem gemeinsamen Weg“ am 5. November; sie diente dem gegenseitigen Informationsaustausch, der Analyse von Problemen und hatte zum Ziel, zur Überwindung der Systemgrenzen und der Annäherung der Berufsfelder beizutragen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über die grundsätzliche Zielsetzung einer verbesserten Zusammenarbeit besteht - das möchte ich betonen - mit den Kommunen keinerlei Dissens. Insbesondere besteht Einigkeit hinsichtlich des Ziels, Betreuungsangebote bedarfsgerecht auszubauen. Obwohl natürlich strukturelle Fragen zu klären, institutionelle Hindernisse zu beseitigen und rechtliche Fragen zu prüfen sind, ist die Landesregierung auch vor dem Hintergrund des bestehenden Bedarfs überzeugt, dass nicht abgewartet werden darf, bis all diese Fragen beantwortet und alle Zweifel beseitigt sind. Vielmehr müssen wir einen Prozess der schrittweisen Optimierung durchführen und sollten damit sofort beginnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass dies möglich ist, zeigt die bestehende Praxis im Lande. Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich das erklärte Ziel der kommunalen Landesverbände, die weitere Diskussion maßgeblich mitzugestalten und fortwährend einen konstruktiven Dialog wirklich positiv zu leben.

Ich denke, das ist eine Hoffnung, die von uns allen getragen und gemeinsam umgesetzt werden kann. Ich hoffe, dass Sie ebenso wie wir den Bericht als die Fortsetzung eines guten Arbeitsprozesses und damit als einen guten Schritt in die Zukunft werten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete de Jager.

**Jost de Jager [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am Dienstag der vergangenen Woche mobilisierte die Landesregierung weite Teile ihres weiblichen Charmes,

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was soll das denn jetzt heißen?)

um ein Konzept zum Ausbau von **Ganztagsangeboten** in Schleswig-Holstein vorzustellen. Aber auch die geballte Charme-Offensive, Frau Erdsiek-Rave, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich am Ende um nicht sehr viel mehr als um eine ministerielle Mogelpackung handelte;

(Beifall bei der CDU)

denn nach Ihrem Konzept zur Ausweitung der Ganztagsbetreuung sollen im Wesentlichen die Schulen das Angebot vorhalten, die Schulträger es finanzieren und am Ende Vereine und Initiativen es organisieren. Zusammengefasst bedeutet das, Frau Erdsiek-Rave, Frau Lütkes und Frau Moser, die vorsichtshalber gar nicht da ist: Sie geben das Geld anderer Leute aus und lassen die auch noch die Arbeit tun.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Arbeit, die Sie selber nicht geleistet haben, denn für das, was Sie vorhaben, hätte es einer landespolitischen Initiative und dieses dicken Berichtes nicht bedurft. Denn dieser Bericht ist mitnichten aufschlussreich, was die praktische Verwendbarkeit für die Landespolitik in diesen Fragen anbelangt. Das Einzige, was Sie durch Ihren PR-Aufwand tatsächlich erreicht haben, ist, dass Sie jede Menge Erwartungen geweckt haben, die jetzt andere erfüllen müssen - finanziell wie inhaltlich.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas dazu sagen, dass die kommunalen Spitzenverbände angeblich ihr Plazet gegeben haben. Das haben sie mitnichten! Das Einzige, was Sie berichten können, ist, dass es grundsätzlich Einigkeit darüber gibt, dass man so etwas machen will. Sie haben aber mit den **kommunalen Landesverbänden** keine Einigkeit darüber erzielt, wie man es machen will. Ziehen sie deshalb die kommunalen Spitzenverbände nicht für Ihr Konzept in eine Verantwortung, die sie gar nicht haben!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn wir über mehr Ganztagsbetreuung und vielleicht ja auch über mehr Ganztagschulen im Lande reden

(Jost de Jager)

wollen, so müssen wir folgende drei Punkte berücksichtigen: die Frage der Finanzierung, die Fragen der inhaltlichen Ausstattung und der Unterschied zwischen dem, was Sie wollen - die Ganztagsangebote -, und dem, was wir wollen - die Ganztagschulen.

Lassen Sie mich mit den **Finanzen** anfangen. Nach dem Konzept der Landesregierung liegt die wesentliche Verantwortung für die Ganztagsangebote bei den **Schulträgern** und damit bei den Kommunen. Die Träger der Jugendhilfe haben auch noch ihr Päckchen mitzutragen. Die Landesregierung - so sagt es das Konzept, das am Dienstag vergangener Woche vorgestellt wurde - gibt bis zu 60.000 DM dazu, allerdings - und das ist für die weiteren Schritte von erheblicher Bedeutung - in einem gedeckelten Topf. In der Pressemitteilung der vorvergangenen Woche heißt es, dass für dieses Konzept bis zu 3,7 Millionen DM vorgesehen seien. Es sind eben nur „bis zu“ 3,7 Millionen DM, und zwar bis zum Jahr 2005. Im Entwurf für den Haushaltsplan für das Jahr 2002 - so wie er uns bisher vorliegt - sind lediglich 560.000 DM vorgesehen. Das reicht nicht einmal aus, um zehn mal den Höchstsatz von 60.000 DM auszuschütten.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Wissen Sie, was mittelfristige Finanzplanung ist?)

Das, meine Damen und Herren, ist ein tolles Landkonzept! Es wird nicht einmal ausreichen, um die Bezuschussung der im Lande bereits bestehenden Angebote an Ganztagsbetreuung tatsächlich durch das Land kofinanzieren. Spätestens bei diesem Punkt schleicht sich Skepsis ein. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der Zahlen aus dem Bericht, den Sie vorgelegt haben. Ich meine das Kapitel über die **betreuten Grundschulen**. Die Skepsis rührt daher, dass die Finanzierung der zusätzlichen Ganztagsbetreuungsangebote aus dem gleichen Titel erfolgen soll wie die Finanzierung der betreuten Grundschulen; dazu ist die Systematik die gleiche. Das ergibt auch inhaltlich eine Analogie, die einem ein wenig Sorge bereitet, denn der Bericht ist aufschlussreich: Auf Seite 18 wird in diesem Bericht gesagt, dass lediglich 370 von den 690 Grund- und Sonderschulen im Land eine betreute Grundschule mit **verlässlichen Betreuungszeiten** anbieten. Das ist mitnichten eine Leistungsbilanz; nach meiner Lesart ist es vielmehr eine Defizitbeschreibung. Dabei geht es um mehr als um die Frage, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Es geht vor allem um die Erkenntnis, dass an fast jeder zweiten Schule des Landes verlässliche Betreuungszeiten in einer Grundschule nicht angeboten werden.

Wenn man zudem bedenkt, dass von diesen 370 betreuten Grundschulen, die verlässliche Betreuungszeiten anbieten, wiederum nur 115 - also ein Drittel -

vom Land auch tatsächlich bezuschusst werden, dann muss man hellhörig werden. Das bedeutet nämlich, dass nur ein Sechstel der Grundschulen insgesamt vom Land Zuschüsse bekommen. Wenn dies das Muster für die Ganztagsbetreuung sein soll, die Sie jetzt insgesamt planen, dann kommen auf die Kommunen in der Tat schwere Zeiten zu. Aber haargenau so wird es kommen, meine Damen und Herren! Die allermeisten Schulen und Schulträger werden mit Ihrem Landkonzept im Wesentlichen alleingelassen.

Das gilt aber nicht nur für die Finanzierung, sondern auch für die Inhalte. Denn nach Ihrem Konzept ist es so, dass die **inhaltliche Ausgestaltung** des Ganztagsbetreuungsangebots im Wesentlichen vor Ort selber organisiert beziehungsweise geschnitzt werden soll. Nach welchem Motto das geschehen soll, hat die Ministerpräsidentin uns im Sommer in einem Interview verraten. In diesem Interview hat sie als grobe Richtung vorgegeben, dass die Ganztagsbetreuung nach dem Motto „Fahrradflicken mit Opa am Nachmittag“ erfolgen soll. Wenn das aber das Ergebnis diesen dicken Berichtes, den Sie vorgelegt haben, und wenn das das Ergebnis Ihres Konzeptes für eine Ganztagsbetreuung an Schulen ist, dann handelt es sich in der Tat um eine verpasste Chance, Schule und Betreuung in diesem Lande vernünftig zusammenzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Sie verabschieden sich mit solch einem mageren Konzept auch von der schulpolitischen Verantwortung, die Sie für die Betreuungszeiten an den Schulen in Schleswig-Holstein haben. Das ist das Hauptdefizit dieses Regierungskonzeptes, das Sie vorgelegt haben. Es beinhaltet eine mangelnde **Verlässlichkeit von Betreuungsangeboten** sowohl für die Eltern als auch für die Schulträger.

Das möchte ich anhand von ein paar Stichworten festmachen. Eines der Stichworte ist die **Ehrenamtlichkeit**. Nach Ihrem Konzept ist auch vorgesehen, dass ein Teil der Nachmittagsbetreuung an Schulen auf ehrenamtlicher Basis durch Vereine und Initiativen realisiert werden soll. Die Erfahrungen aus der Praxis und die Erfahrungen derjenigen, die jetzt schon Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen anbieten, belegen, dass sich das auf Dauer nicht aufrechterhalten lässt. Planungssicherheit ist so nicht herzustellen. Im Übrigen ist das auch nicht fair gegenüber dem Ehrenamt. Vereine und Ehrenamtler sind nicht die Lückenbüßer einer zu kurz gesprungenen Schulpolitik.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] und Dr. Heiner Garg [FDP])

(Jost de Jager)

Nächstes Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Nach den Vorstellungen der Landesregierung kann ein solches Angebot ganztägiger Betreuung an den Schulen je nach Schule und - salopp gesprochen - je nach Lust und Laune entweder zwei Nachmittage die Woche oder auch fünf Nachmittage die Woche umfassen. Gerade aber für berufstätige junge Mütter ist ein so schwankendes Angebot überhaupt keine Planungsgröße und damit auch keine Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit bleiben die drei Ministerinnen hinter dem selbst gesteckten Ziel zurück,

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

denn gerade in der Phase des **beruflichen Wiedereinstiegs junger Mütter** - das sage ich auch als Vertreter einer Generation, die nun wirklich Erfahrung mit dieser Phase hat - ist es zwingend erforderlich, dass der Wiedereinstieg durch verlässliche Betreuungsangebote begleitet wird. Das ist nicht nur für die berufliche Komponente wichtig, sondern es ist für die Mütter auch mental wichtig zu wissen, dass ihr Kind dauerhaft, verlässlich und gut aufgehoben ist. Hier bleiben Sie hinter Ihren eigenen Ansprüchen zurück.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nächstes Stichwort: Gleiches Recht für alle Schularten! Es stellt sich die Frage, warum nach dem Konzept das Angebot im Wesentlichen auf die Hauptschulen, die Sonderschulen und die Gesamtschulen beschränkt bleiben soll.

(Zuruf von Ministerin Ute Erdsiek-Rave [SPD])

- Gut, wir haben dem nicht zugestimmt. Sie haben da eine andere Auffassung, entschuldigen Sie. Das ist erlaubt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles für alle, Herr de Jager!)

- Frau Heinold, ich weiß doch auch aus den Erfahrungen im Bundestag, dass die Grünen Schwierigkeiten haben, ihre eigene Meinung zu artikulieren. Wir können es noch!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn es um die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** geht, Frau Heinold, dann macht es keinen Sinn, einige Schularten von diesem Angebot auszuschließen, schon gar nicht, wenn aus dem Bericht hervorgeht, dass einige der ausgeschlossenen Schularten ein durchaus beträchtliches Angebot unterhalten. Laut dem statistischen Anhang auf Seite 82 ist es so - das

hat mich selbst überrascht-, dass 20 % der Gymnasien immerhin Mittagsangebote vorhalten. Im Vergleich dazu sind es nur 15 % der Hauptschulen. Berücksichtigt man, dass immerhin 9,3 % der Gymnasien jetzt schon Nachmittagsbetreuung anbieten, so ist das prozentual gesehen immerhin halb so viel wie an Hauptschulen. Insofern gibt es aus systematischer Sicht keinen Grund, irgendwelche Schularten davon auszuschließen. Es gibt auch keinen Grund dafür, die freien Schulen von den Segnungen dieses Konzeptes auszuschließen. Wir haben gestern schon eine Fragestunde zur Finanzierung der freien Schulen geführt. Ihnen jetzt noch etwas vorzuenthalten, nämlich Finanzmittel für die Teilnahme an der ganztägigen Betreuung zu erhalten, ist doppelt unfair.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit dem Punkt über den Unterschied zwischen Ganztagschulen und Ganztagsbetreuungsangeboten schließen und lassen Sie mich zu dem vielleicht interessantesten Satz kommen, den dieser Bericht enthält. Der Bericht widmet sich über lange Phasen dem Thema der **Schulsozialarbeit**. Das ist ein Punkt, der von Rot und Grün intendiert war, als dieser Bericht geschrieben wurde. Das Kapitel mündet in dem Satz auf Seite 31: „Schulsozialarbeit wird in Schleswig-Holstein nahezu ausschließlich an Ganztagschulen geleistet.“ - Quod erat demonstrandum.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Jost de Jager [CDU]:**

Ja, ich bin dabei. - Wir haben die Debatte über Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen als CDU-Fraktion durch einen eigenen Antrag angestoßen. Gerade nach der Kenntnisnahme von dem Bericht und der Rede der Ministerin bin ich davon überzeugt, dass unser Angebot der Ganztagschulen das inhaltlich bessere ist. Es ist das ehrlichere, es ist ein echtes Landesangebot. Was Sie machen, ist ein Landesangebot, das die Kommunen bezahlen und die Schulen erarbeiten müssen. Das ist unfair.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich weise aus gegebenem Anlass darauf hin, dass

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

Kommentierungen von der Regierungsbank aus nicht zulässig sind.

(Beifall bei der CDU)

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Herdejürgen.

**Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr de Jager, eine Bemerkung vorweg: Wir diskutieren über das Thema der **Vernetzung** von **Schule und Jugendhilfe**, Jugendhilfe, die zurzeit zum großen Teil auch ehrenamtlich organisiert ist. Ich denke, dabei wollen wir auch bleiben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Der vorliegende Bericht über die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe bestätigt im Wesentlichen das, was wir als SPD-Fraktion in den Gesprächen und Veranstaltungen zu diesem Thema mit Elterninitiativen, Schulen und anderen Fachleuten erfahren haben. Die positiven Erfahrungen von **Kooperation**, aber auch die Schwierigkeiten und Hemmnisse in der Zusammenarbeit bislang weitgehend getrennter Bereiche haben uns bereits in der Diskussion über die Einbringung des Berichtsantrages beschäftigt.

Grundsätzlich begrüße ich es sehr, dass sich der Bericht nicht an den Problemen, sondern an den Chancen orientiert, die eine stärkere Vernetzung von Schule und Jugendhilfe bieten können.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Die Beispiele gut funktionierender Projekte, die systematisch aufgearbeitete Darstellung der unterschiedlichen möglichen Handlungsfelder bieten eine gute Grundlage für die Initiierung weiterer Kooperationen. Dieser positive Ansatz des Berichtes schließt natürlich nicht aus, auf der Grundlage von Erfahrungen Störungen und Hemmnisse zu benennen und Möglichkeiten zu deren Überwindung zu suchen.

Im Rahmen der Auswertung bisheriger Projekte wurden als zentrale Probleme, die in engem Zusammenhang stehen, die finanzielle Ausstattung und die mangelnde personelle Kontinuität genannt. Welchen Beitrag können wir leisten, um hier Abhilfe zu schaffen? Wir wissen alle, dass weder Kommunen und Kreise noch das Land zusätzliche Mittel in entscheidender Höhe für freiwillige Leistungen zur Verfügung stellen können. Auf der anderen Seite steigen die Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Handlungsbedarf ist also dringend gegeben. Unrealistische Forderungen helfen uns jedoch nicht weiter. Es geht vielmehr darum - das gilt sowohl für die Landesebene als auch für die

kommunale Ebene -, vorhandene Töpfe so zu nutzen, dass den aktuellen Problemen und den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen wird.

Phantasievolle Ansätze, neue Strukturen und ein hohes Maß an Engagement sind in Schleswig-Holstein vorhanden. Darauf können wir aufbauen. Hier ist bereits in der Vergangenheit versucht worden, durch gezielten innovativen Einsatz gegebener Kapazitäten Jugend- und Bildungsarbeit zu entstauben. Dies ist in vielen Fällen mit Erfolg gelungen. Daher noch einmal ein Dank an alle, die sich zum Teil auch ehrenamtlich eingesetzt haben. Durch diese Vorarbeit ist eine Sammlung von Beispielen zustande gekommen, die - in diesem Bericht zusammengefasst - Praxisleitfaden für andere sein kann.

Bevor wir jedoch Appelle an die **Kommunen** richten, die in erster Linie gefragt sein werden, wenn es um die Finanzierung geht, sollten wir von Landeseite ein Zeichen setzen. Ich gehe mit der Erwartung in die Ausschussberatungen, dort Informationen darüber zu erhalten, wie vorhandene Mittel aus den verschiedenen Ministerien, aber auch zum Beispiel Mittel der Arbeitsverwaltung gebündelt werden können.

Bestehende und künftige Projekte sind sehr unterschiedlich gestrickt. Wie können auf den Einzelfall zugeschnittene Pakete geschnürt werden? Wir brauchen keine neuen Förderrichtlinien, sondern Flexibilität bei der Verwaltung bestehender Förderungen. Inwieweit können andere Finanzierungsquellen, zum Beispiel Stiftungsgelder, für andere Projekte herangezogen werden? Können Unternehmen zu Kooperationen - nicht nur finanzieller Art - bewegt werden? Das Interesse der Wirtschaft dokumentiert sich bereits in der Beteiligung von Firmen und Kammern an Projekten, denn letztlich profitiert auch die Wirtschaft von einer Jugend, die vielseitig interessiert, engagiert und damit gut vorbereitet auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft ist.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn sich aus der Auswertung der bisherigen Projekte die Forderung ergibt, die finanziellen Möglichkeiten zu verbessern, so geht das Hand in Hand mit der Forderung, die in unserem Antrag formuliert wurde: Die Schaffung einer zentralen Stelle, die genau dies leisten soll, passgenaue Förderung unter Ausnutzung vorhandener Möglichkeiten zu entwickeln und von außen eindeutig erkennbare und einzige Anlaufstelle zu sein. Die fachliche Beratung ist nach meiner Ansicht auf dieser Ebene zweitrangig.



**(Birgit Herdejürgen)**

Meiner Meinung nach leistet das in dem Bericht genannte Koordinierungsgremium dies nicht. Mir fehlt hier der pragmatische, an den Bedürfnissen des Ehrenamtes ausgerichtete Ansatz. Die Forderung nach **Koordinierungsstellen**, die auf **Kreisebene** angesiedelt sind, kann von unserer Seite aus nur eine Empfehlung sein. Wünschenswert ist so eine Stelle sicherlich. Die Umfrage hat es ergeben. Hier geht es nicht nur um Koordinierung und Aktivierung der Handelnden, sondern auch um fachliche Unterstützung und Moderation, um Hemmnisse vor Ort zu überwinden.

Anhaltspunkt für die Arbeit vor Ort kann sicherlich die Musterzielvereinbarung bieten, in der zum Beispiel Kritikpunkte aufgegriffen werden, die immer wieder genannt werden. Gefordert wird zum Beispiel die Einführung einer gewissen Durchlässigkeit zwischen Schul- und Jugendämtern und die Einbeziehung des jeweils anderen Fachbereichs in Ausschusssitzungen.

Eine Überprüfung der rechtlichen Absicherung solcher Konstruktionen sieht der Bericht vor. In Bezug auf die Bundesgesetzgebung geht mir die angedachte Überprüfung jedoch nicht weit genug. Es kann nicht nur darum gehen, das **SGB VIII** daraufhin zu überprüfen, inwieweit Schulen verbindlich in die individuelle Hilfeplanung einzubeziehen sind. Die Frage nach Modifizierung der **Hilfen zur Erziehung** ist in diesem Bericht nicht gestellt worden. Ich würde dieses Thema im Ausschuss gern vertiefend diskutieren. In Gesprächen, die Teile unserer Fraktion bereits in Vorbereitung des Antrags mit Vertretern der kommunalen Landesverbände geführt haben, ist klar zum Ausdruck gekommen, dass diesem Thema von kommunaler Seite hohe Priorität eingeräumt wird. Schnelle, praxisnahe Handreichungen, sowohl was den organisatorischen als auch den finanziellen Rahmen betrifft, sind gewünscht.

Die Bereitschaft zur konstruktiven Begleitung unserer zukünftigen Beratungen kommt auch im vorliegenden Bericht zum Ausdruck. Das wurde bereits angesprochen. Um zu einem Leitfaden für die Praxis zu kommen, sind sicherlich noch einige Punkte des Berichts präziser zu fassen. Die ausführliche und systematisch gut aufbereitete Darstellung von Kooperationsfeldern und die vorliegende Auswertung bestehender Projekte bilden eine verlässliche Grundlage. Ich freue mich auf konstruktive Beratungen in den betroffenen Ausschüssen und beantrage Überweisung an den Sozial- und an den Bildungsausschuss zur weiteren Beratung. Die Federführung sollte beim Sozialausschuss liegen, aber ich denke, auch der Bildungsausschuss wird sich ausführlich damit befassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] - Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg hat das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege de Jager, in einem Punkt waren wir uns - jedenfalls beim letzten Mal - einig, nämlich dass eine stärkere **Vernetzung** der Angebote aus dem schulischen Bereich und aus dem Bereich der Jugendhilfe notwendig ist, wenn hier in Schleswig-Holstein eine landesweite Förderung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden soll. Ich glaube, da braucht man keinen Dissens herbeizureden. Der Weg dorthin ist möglicherweise unterschiedlich, aber im Ziel waren wir uns - so habe ich das jedenfalls verstanden - einig.

Für einen weiteren Punkt, der sich aus der heutigen Debatte ergab, bin ich sehr dankbar: Wir diskutieren nicht mehr die Frage, ob Schule Reparaturbetrieb für Versäumnisse des Elternhauses ist. Faktisch ist sie es längst. Das kann man beklagen, aber man kann auch etwas dafür tun. Vielmehr müssen wir die Frage beantworten, wie der Schule dabei geholfen werden kann, den schulischen Bildungsauftrag vor diesem Hintergrund auch im Unterricht noch gewährleisten zu können.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Jürgen Weber [SPD]: Sehr richtig!)

Wenn heute sowohl Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe als auch Schulen Projekte anbieten, dann verfolgen sie ein gemeinsames Ziel: Die Unterstützung der **Eltern** bei der Erfüllung ihrer Erziehungsrechte, aber auch ihrer Erziehungspflichten. Was liegt also näher, als in einem gemeinsamen Antrag eine Vernetzung - und somit eine sinnvolle Ergänzung - der verschiedenen Angebote zu fordern? Durch die Veränderung von institutionellen Rahmenbedingungen seitens des Landes und der Kommunen bestünde die Möglichkeit, Projekte gemeinsam zu begleiten. Dabei auftretende Synergieeffekte könnten dann tatsächlich dazu führen, dass knappe Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Um aber eine solche **institutionelle Zusammenarbeit** zwischen Schule und Jugendhilfe voranzubringen, bedarf es eines einheitlichen finanziellen und inhaltlichen Konzepts. Die Forderung nach Vernetzung ist so neu nicht. Darauf hat die Kollegin Herdejürgen in ihrem Redebeitrag hingewiesen. Diese ist nämlich

(Dr. Heiner Garg)

schon elf Jahre alt und wurde erstmals im achten Jugendbericht gefordert.

Frau Ministerin Lütkes, ich finde es etwas traurig, dass in dem vorgelegten Bericht verschiedenste Kooperationsprojekte vorgestellt werden, denen allerdings ein konzeptioneller Zusammenhang weitgehend fehlt. Eine systematischere Erfassung der bereits vorhandenen Projekte ist sicherlich wichtig und war auch notwendig, doch ich vermisse ganz konkret, ob und welche Handlungsoptionen die Regierung aus der eigenen Bestandsaufnahme eigentlich ableitet. Wo genau können die Angebote der **Jugendhilfe** eine sinnvolle Ergänzung des **schulischen Angebots** - aber auch des vorschulischen Angebots - bieten? Speziell bei den Haupt-, Real- und Sonderschulen sollen aufgrund der erst kürzlich vorgestellten Initiative der Landesregierung Ganztagsangebote gefördert werden.

Wir dürfen uns nichts vormachen: Konkret sieht es so aus: Erweiterte Freizeitangebote von hauptsächlich bereits bestehenden Projekten werden lediglich an die Schulen verlagert. Das ist in Ordnung, wenn man das so will. Gerade hier wird aber das Dilemma unterschiedlicher Kostenträger und Zuständigkeiten ganz besonders deutlich. Eine Förderung weiterer schulischer Veranstaltungen und die Einbindung bestehender Projekte auf **kommunaler Ebene** bedeutet auch, dass es eines vermehrten Abstimmungsbedarfs zwischen den unterschiedlichen Zuständigkeiten bedarf. Allein auf Landesebene müssen sich für das neue Projekt der **Ganztagsbetreuung** mehrere Ministerien abstimmen. Von der zusätzlichen Abstimmung auf kommunaler Ebene ganz zu schweigen.

Es soll zwar Ansprechpartner im jeweiligen Ministerium geben, allerdings wäre es hier sinnvoller gewesen - wie übrigens im gemeinsamen Antrag auch gefordert -, eine zentrale **Koordinierungsstelle** in einem Ministerium einzurichten, eine Koordinierungsstelle, die alle Interessen bündelt und als zentraler Ansprechpartner für alle Fragen dient. Was nicht passieren darf, ist, dass die Initiativen in den Mühlen der Verwaltung aufgrund bürokratischer Abstimmungsprobleme der verschiedenen Abteilungen untereinander zerrieben werden.

Ein Projekt, wie das der erst kürzlich vorgestellten Ganztagsbetreuung, darf nicht bedeuten, dass sich das Land zulasten der Kommunen aus seiner Verantwortung zieht. Ich sage das deshalb, weil schon im vorliegenden Bericht selbst angezweifelt wird, ob allein im Bereich des Schulbaus das Problem der verschiedenen Kostenträger künftig gelöst werden kann. Derzeit nutzen lediglich 29 % aller Kooperationsprojekte Schulgebäude für ihre Angebote. Künftig soll bei der Investition in Schulgebäude eine weitere Nutzungs-

möglichkeit für **Kooperationsprojekte** geprüft werden.

Frau Ministerin, besteht aber nicht bereits jetzt die Gefahr, dass es bei einem künftigen Investitionsbedarf in Schulgebäude in Höhe von rund 1 Milliarde DM Probleme bei den Finanzierungsmodalitäten zwischen den Kommunen und dem Land geben wird? Deshalb müssen in diesem Zusammenhang bereits heute die Fragen beantwortet werden, wie künftig die Schulbauförderung aussehen soll, wenn die Räumlichkeiten auch für Projekte im Bereich der Jugendhilfe genutzt werden sollen, und welche Zuschüsse und Hilfestellungen die Kommunen ganz konkret von Seiten des Landes erwarten können.

Weitere Probleme in der Projektarbeit, wie der häufige personelle Wechsel und geringe finanzielle Mittel, werden in diesem Bericht bei der Auswertung bereits bestehender Projekt angesprochen. Natürlich ist es in Zeiten der Geldknappheit notwendig, nach anderen, neuen Wegen zu suchen. Aus diesem Grund sollen durch die Konzentration auf gemeinsame Projekte zwischen Schule und Jugendhilfe die vorhandenen Mittel auch besser genutzt werden. Ehrenamtliches Engagement ist hier sicherlich richtig am Platz, aber es darf nicht der Eindruck entstehen, dass aufgrund fehlender Gelder von vornherein die ehrenamtliche Mitarbeit der Eltern, Lehrer und Vereine zur Kostensenkung missbraucht wird.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die **ehrenamtliche Mitarbeit** bei solchen Projekten muss als eine sinnvolle Ergänzung gesehen werden, nicht aber als billiger Ersatz. Vernetzte Freizeitgestaltung an Schulen darf an dieser Stelle nicht bedeuten, dass das eigentliche Ziel, die Arbeit der Lehrer wieder stärker auf den Unterricht zu konzentrieren, aus den Augen verloren und Unterrichtsausfall durch ehrenamtliche Angebote kompensiert wird.

Bereits jetzt bringen sich Lehrerinnen und Lehrer in einem Umfang von insgesamt 337 Wochenstunden in Kooperationsprojekte ein. Frau Ministerin, ich frage Sie und Ihre Kollegin: Inwieweit bedürfen diese Kooperationsprojekte tatsächlich der Mitarbeit von Lehrerinnen und Lehrern im Sinne eines pädagogisch gewünschten Beitrages? Dieser Fragestellung geht der Bericht leider ebenso wenig nach wie der Frage, wie weit die Jugendhilfe Einfluss auf den schulischen Kernbereich nehmen darf. Wo ist eine sinnvolle Ergänzung des Unterrichts gegeben und wo liegt reine Projektarbeit vor? Dass diese Überlegungen auch einer Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen bedürfen, zeigen allein die schon aufkommenden Fragen zum Datenschutz.

(Dr. Heiner Garg)

Ich betrachte den hier vorgelegten Bericht als eine informatorische Zusammenstellung darüber, dass bereits vereinzelt Kooperationen zwischen Jugendhilfe und Schulen bestehen. Dafür, dass das Problem der Zusammenarbeit bereits seit längerem auf der Tagesordnung ist, ist mir das - für den Moment jedenfalls - noch ein etwas sehr kleiner Schritt.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Einen roten Faden, ein Gesamtkonzept für das weitere Vorgehen kann ich noch nicht erkennen. Deswegen bitte ich, dass wir uns, wenn wir den Bericht im Sozialausschuss und im Bildungsausschuss beraten, gleichzeitig Gedanken darüber machen, wie wir die Kommunen - die kommunalen Landesverbände als Ansprechpartner - einbinden, auch in Fragen der Finanzierung. Gerade daran droht das beste noch zu erarbeitende Gesamtkonzept zu scheitern, wenn diese Frage nicht geklärt wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die ersten Hürden sind überwunden. Das ist - glaube ich - eine der wichtigsten Botschaften für diesen neuen Bericht. Den drei zuständigen Ministerien Jugend, Soziales und Bildung, ihnen zusammen ist es gelungen, zusammen mit den kommunalen Landesverbänden Grundlagen für die bessere Zusammenarbeit im Bereich Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen zu legen. Die Verhandlungspartnerinnen und -partner sind gemeinsam bereit, die bisherigen positiven Erfahrungen vor Ort zum Ausgangspunkt einer neuen landesweiten Strategie zu nutzen und zu neuen Formen der Kooperation zu finden,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch wenn - wie Herr de Jager hier deutlich gemacht hat - noch nicht alle Details geregelt sind. Die jahrelange Marginalisierung und die gegenseitige Zuschiebung von Zuständigkeiten für dieses Thema sind überwunden. Wir kennen die Zickzackbewegungen, die es in der kommunalen Familie häufig gibt, wenn alle erkennen, was sie zugesagt haben. Aber wir wissen aus unserer langjährigen Erfahrung auch: Wenn diese Grunderkenntnis einmal da ist und eine Zustimmung gegeben ist, kommen die Kommunen da auch nicht mehr heraus. Das sage ich hier einmal so offensiv. Denn es ist ein gemeinsamer Auftrag von Land

und Kommunen - darüber lässt sich nicht hinweg reden -, wenn wir von **Kooperation** zwischen **Jugendhilfe und Schule** reden. Das lässt sich auch nicht auf das Thema der Ganztagsbetreuung oder der Ganztagschule reduzieren. Es gibt hier ganz wichtige Schnittstellen, aber das Themenfeld ist viel weiter gespannt. Das wird aus vielen Kapiteln sowohl unseres Berichtsantrages als auch aus dem Bericht selbst deutlich.

Ich möchte diese beiden großen Felder unter zwei Überschriften stellen: „Die Schule öffnet sich für die Jugendarbeit der Kommune“. Die zweite Überschrift: „Ganztagsbetreuung an Schulen wird auch vom Land gefördert“.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind die zwei Hauptbotschaften, die wir hier festhalten sollten.

Die Kooperation im Bereich der **Prävention** und der **erzieherischen Hilfen** heißt: Die Schulen sollen sich öffnen, in die gemeinwesenorientierte Jugendarbeit integriert. Mustervereinbarungen und Beispiele gelungener Verträge, aber auch Mittel, um Anreize für eine solche kooperative Präventionslogistik zu entwickeln, bietet das Jugendministerium. Das ist angesichts der knappen Kassen kein geringfügiger Schritt. Das ist etwas, was die Kommunen wirklich in die Lage versetzt, neue Wege zu gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Prävention für alle Kinder und Eltern, zum Beispiel Sucht- und Gewaltprävention in der Schule über Angebote von Familienbildung in Form von neu entstehenden Elternschulen in Schulen bis hin zu Gruppenangeboten für verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche mit Lernschwierigkeiten in so genannten Lerninseln gibt der Bericht konkrete Beispiele und eben auch allgemeine Leitlinien für diese komplexe und nach wie vor herausfordernde Arbeitsfeld.

Ich möchte auf einige Stichworte etwas näher eingehen. Wir hatten gestern einen ausführlichen Bericht zu dem gesamten Komplex der Förderschulen. Auch in diesem Bericht wurde deutlich, dass die Hauptschulen und die Gesamtschulen den Löwenanteil der Kinder mit Lernbehinderung in ihren Reihen haben und von diesen Schulen eine erhebliche Integrationsleistung geleistet wird.

Es ist selbstverständlich, dass eben nicht die Gymnasien, Herr de Jager, sondern - wie wir das in unserem Antrag gefordert haben - diese Schulen, die die Hauptarbeit der Integration leisten, im Blick sein müssen, wenn wir über **Kooperation** von Jugendhilfe und

(Angelika Birk)

Schule nachdenken und wenn wir über eine Verstärkung der Angebote seitens des Landes und der Kommunen Beschlüsse fassen wollen. Das ist doch logisch. Das ist meiner Ansicht nach gar nicht wegzudiskutieren, wenn es um die Verteilung knapper Ressourcen geht.

Ein Zweites ist sehr erfreulich: Das Thema Datenschutz, das vor Ort sehr häufig als Ausrede gebraucht wurde, wenn die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule nicht so gelang, wird hier endgültig deutlich gemacht, praxisrelevant geschildert. Ich denke, allein das wird eine gute Praxishilfe für viele schwierige Fragestellungen vor Ort sein.

Anders sieht es beim Thema Legasthenie aus. Hier hat der Bericht ehrlich aufgewiesen, was an unterschiedlichem Regelwerk in Bildungs- und Jugendarbeit existiert. Es gibt zwar schon eine sinnvolle Schnittstelle. Aber sie ist offensichtlich den Kommunen und manchmal den Schulen nicht bewusst. Hier sind die Grundsteine gelegt, endlich zu einer einheitlichen Förderung in diesem Bereich zu kommen. Es darf nicht sein, dass Eltern dann, wenn luxuriöse Angebote einzelner Anbieter, die nicht zertifiziert sind, vor Ort da sind, der Jugendhilfe die Kosten aufdrücken für etwas, was eigentlich im Unterricht geleistet werden soll, nämlich die Hilfe, dass Kinder zu lesen und zu rechnen lernen. Es darf aber auch nicht sein, dass Kindern, die erhebliche Lernschwierigkeiten haben, diese Bereiche der Jugendhilfe verschlossen bleiben, weil man sagt: Das wird doch in der Schule geregelt. Hier kommt es auf die Zusammenarbeit im Detail an.

Etwas mehr Details hätte ich mir auch bei der Berichterstattung über das Thema **geschlechtsspezifische Hilfen** gewünscht. Wir wissen, dass Jungen oft erhebliche Defizite im sozialen Verhalten haben, Mädchen ihre Lebenspläne häufig auf bestimmte Berufsfelder beschränken, die sich mit Familienarbeit scheinbar leicht vereinbaren lassen. Ich weiß, dass im Land eine Reihe von Dingen auf dem Weg sind. Ich hätte mir gewünscht, dass sie im Bericht gewürdigt werden.

Der Migrationsbericht, der uns noch ins Haus steht, wird eine große Palette all der Bereiche aufzeigen, die hier nur angerissen wurden, was das Land zum Thema Migration gerade auch bei Kindern und Jugendlichen und in der Schule tut.

Ich komme zum zweiten Komplex, der **Ganztagsbetreuung** an Schulen. Für die Kooperation im Bereich der Halb- und Ganztagsbetreuung gibt es erste finanzielle Angebote aus dem Bildungs- und Sozialministerium, und zwar nach dem Prinzip des Aufbaus von betreuter Grundschule, der sich in den letzten Jahren bewährt hat, mit Zuschüssen für die Eltern, die meistens in Elterninitiativen an Kommune, Arbeitsamt und

Land herangetreten sind, um eine betreute Grundschule an ihrer Schule aufzubauen.

Die Dynamik, die hierdurch entsteht - das macht mich ziemlich hoffnungsvoll -, wird auch im Bereich der Ganztagsbetreuung ihren Druck entfalten. Es wird dann gar nicht anders möglich sein, als die erfolgreich eingerichteten Projekte fortzuführen. Allerdings - das ist bei dieser Dynamik ein Wermutstropfen - werden Eltern an Schulen in sozialen Brennpunkten wahrscheinlich nicht zur Speerspitze der Bewegung gehören. Wir haben die Verantwortung - die Kommunen haben sie, aber auch wir als Land -, dass hier keine Gerechtigkeitslücke entsteht. Insofern hat unser Berichtsantrag den Schwerpunkt genau hierauf gelegt. Wir müssen also noch im Ausschuss beraten, wie wir dem Rechnung tragen.

Ich möchte an dieser Stelle auf ein aktuelles Beispiel aus Lübeck eingehen. So vertritt der Verband der bisherigen betreuten Grundschulinitiativen in Lübeck 25 Einrichtungen mit 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die 800 Schulkinder betreuen. Er wird nach wie vor ehrenamtlich geführt. Dieser Verband streitet in Lübeck mit der kommunalen Verwaltung derzeit um einen Zuschussbetrag von 2 Millionen DM und um mehrjährige Vereinbarungen. Das zeigt ein großes Maß an Professionalität.

An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass diese Professionalität nicht unwesentlich gefördert wurde durch einen landesweiten Verband der Beschäftigungsinitiative, des Beschäftigungsverbandes „Arbeit für Alle“, der einzige Träger, der in Schleswig-Holstein in großem Maßstab arbeitswilligen, arbeitssuchenden Frauen und insbesondere Müttern den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht oder sinnvolle Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt geschaffen hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist richtig, an dieser Stelle an diesen Verband zu erinnern. Dieser erfolgreiche Verband droht angesichts der neuen Arbeitsmarktbedingungen, in schweres Fahrwasser zu geraten. Wir brauchen natürlich auch solche Unterstützungsinstrumente. Insofern ist es wichtig, dass die Sozialministerin bei diesem Projekt mit im Boot ist.

Sonst wird es uns nicht gelingen, das ehrgeizige Projekt einer Ganztagsbetreuung in Schleswig-Holstein landesweit zu realisieren.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte auf ein Zweites hinweisen. In Lübeck kostet ein Ganztagsbetreuungsplatz in der Kindertages-

(Angelika Birk)

stätte derzeit bis zu 370 DM Elterngebühren und es ist in der Diskussion, diese Gebühren auf 450 DM anzuheben. Landesweit sind Elterngebühren bis zu 500 DM bekannt. Die großen **Finanzierungs- und Qualitätsunterschiede** zwischen einerseits Ganztags- oder Halbtagsbetreuung an Schulen und andererseits Hort- und Ganztagsbetreuung in der Kindertagesstätte stimmen schon nachdenklich.

Wir Grünen betrachten deshalb das öffentlich vorgestellte Konzept, das die drei Ministerinnen über die Berichte hinaus der Öffentlichkeit vorgestellt haben, als eine notwendige Grundsteinlegung für ein neues Haus der Ganztagsbetreuung in Schleswig-Holstein. Der Bauplan hierfür kann allerdings nur gelingen, wenn Hortbetreuung, erzieherische Einzelfallhilfe nach dem Jugendhilfegesetz und auch die Ganztagsbetreuungsangebote und die betreuten Grundschulangebote, die wir bisher haben, in einem gemeinsamen Gesamtkonzept noch einmal neu miteinander verknüpft werden.

Wir wissen, dass dies nicht innerhalb von wenigen Monaten, wie sie für den Bericht zur Verfügung standen, möglich ist, sondern dass hierzu natürlich ausführliche Verhandlungen auch seitens der Sozialministerin mit den Kommunen notwendig sind. Gerade weil man hier nichts zerstören darf, sondern alle positiven Kräfte bündeln muss, bedeuten diese Verhandlungen Geduld und ein großes Eingehen auch auf die Wohlfahrtsverbände, die ja diesbezüglich einen erheblichen Anteil leisten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das Land Nordrhein-Westfalen verweisen, das interessante Modelle hierzu entwickelt hat. Entscheidend ist für uns, dass die Qualität und die Quantität ausgeweitet werden und nicht leiden. Wir verstehen dieses neue Konzept also nicht als ein Dumpingangebot, sondern als eine Quantitäts- und Qualitätsoffensive, und wir freuen uns, wenn die Landesregierung mit drei Ministerien diesen Gesamtauftrag des Landtages unterstützt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war gut!)

Eine Bemerkung vorweg. - Die ist auch gut.

(Heiterkeit)

Der dem Bericht zugrunde liegende Antrag war breit gefasst. Das geht auch aus den einleitenden Bemerkungen des Berichts hervor. Der Antrag geht von einem umfassenden Verständnis von Kooperation aus, und genau das spiegelt sich in dem wider, was wir vom Ministerium bekommen haben.

Wir begrüßen, dass wir mit dem Bericht einen Überblick über den aktuellen Sachstand erhalten haben. Damit haben wir auch ein gutes Hilfsmittel für die weitere Arbeit im Ausschuss an die Hand bekommen. Denn wenn es um Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe geht, stehen wir erst am Anfang.

Heute werde ich insbesondere auf einen bestimmten Aspekt eingehen, nämlich auf den Aspekt der Betreuung, was natürlich damit zusammenhängt, dass die Landesregierung kürzlich parallel zu diesen übergeordneten Bestrebungen, die in dem Bericht zum Ausdruck kommen, **Richtlinien** für die **Einführung einer Ganztagschule** dargelegt hat. Ich denke, es ist richtig, darauf einzugehen. Alles andere werden wir sicherlich zur Genüge im Ausschuss debattieren.

Über einige Dinge besteht aber glücklicherweise weitgehend Einigkeit. Wir wollen, dass Schulen verstärkt auch außerhalb des Unterrichts für die Kinder da sind, und wir wollen, dass die Jugendhilfe auch in den Schulen stattfindet. Wir wollen, dass die Menschen aus beiden Bereichen mit ihren unterschiedlichen Zielsetzungen gemeinsam daran arbeiten, den Familien eine **verlässliche Betreuung** zu bieten, möglichst gute Startchancen in das Leben zu sichern und individuellen und sozialen Problemen vorzubeugen. Allerdings scheint uns noch einiges zu trennen, was den richtigen Weg dorthin und den erforderlichen Mitteleinsatz betrifft.

Sozusagen das Minimum ist die Möglichkeit der Betreuung für alle Kinder außerhalb des Schulunterrichts. Die Eltern müssen sich zumindest darauf verlassen können, dass ihre Kinder nicht auf der Straße stehen und sinnvoll beschäftigt werden. Dies ist bisher auch nicht flächendeckend gewährleistet. Aber die Landesregierung hat mit ihrer neuen Förderung von Ganztagsbetreuungsangeboten für Haupt-, Sonder- und Gesamtschulen zumindest - ich sagte es schon - einen weiteren Schritt in diese Richtung getan.

Allerdings meinen wir, dass mit 60.000 DM und der Mindestanforderung von zwei Nachmittagen pro Woche kaum ein ausreichendes pädagogisch sinnvolles Angebot gewährleistet werden kann. Solange dies die Standards für die Ganztagsbetreuung sind, bleiben reine Jugendhilfeangebote wie Kinderhorte und Häu-

(Anke Spoorendonk)

ser der offenen Tür die bessere Alternative, weil sie pädagogisch ein besseres Niveau gewährleisten.

(Beifall beim SSW)

Die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe kann Großes leisten. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel, wenn es wirklich darum geht, die verschiedenen Zielsetzungen der beiden Bereiche in einem Konzept für die Kinder und Jugendlichen miteinander zu verbinden. Allerdings ist derjenige blauäugig, wer nicht erkennt, dass der Bereich der **Jugendhilfe** allein schon aufgrund der in diesem Bereich niedrigeren Gehälter und aufgrund der dort üblichen Praktiken wie Ehrenamt, geringfügige Beschäftigung und Honorarkräfte ein Vorwand für Kosteneinsparungen sein kann. - Ich sage nicht, dass dies die Intention ist, aber die Gefahr besteht.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Betreute Grundschule** und Ganztagschule sollen aber keine reine Aufbewahrung zum Billigtarif ohne ausreichend gesicherte pädagogische Qualität sein. Dann jedenfalls hätten sie die Überschrift, unter der wir sie heute diskutieren, nicht verdient. Das Ziel der Landesregierung - ich zitiere aus dem Bericht -, die präventive und entwicklungsfördernde Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu stärken, ist damit kaum zu erreichen.

Das gilt allerdings auch für die Vorstellungen der CDU von der **Ganztagschule**. Auch das muss ich deutlich machen. Schule und Jugendhilfe sollen einander nicht ersetzen, sondern ergänzen. Damit lassen sich Aufgaben bewältigen, die beide, jeder für sich, nicht bewältigen können. Die erhofften Synergiewirkungen der Bereiche, die unterschiedlichen Sozialisationsleistungen von Schule und Jugendhilfe lassen sich nicht durch eine in den Nachmittag verlängerte Schulzeit ersetzen. Die Vorstellungen der CDU von ganztägiger Schule, so wie ich sie jedenfalls in den Debatten wahrgenommen habe, sind ja Vorstellungen nach französischem oder ähnlichem Strickmuster und zielen also auf eine Erweiterung der Schulzeit ab. Ich denke nicht, dass das ein Zukunftsmodell für unser Schulwesen sein kann. Denn die Ganztagschule trägt eben nicht genug dazu bei, die Kinder und Jugendlichen durch die besonderen Vorteile der Jugendhilfe zu fördern. Die Angebote am Nachmittag sollen etwas anderes sein als die Bildungsvermittlung im schulischen Sinne. Sie vermitteln andere Erfahrungen, bieten den Kindern andere Chancen, verfolgen andere Ziele und bringen die Kinder mit Erwachsenen in anderen Räumen als der von Lehrern und Schülern zusammen.

Die optimale Lösung liegt also dazwischen, ist ein pädagogisch wertvolles Angebot, das den Kindern eine optimale **Freizeitgestaltung** gestattet und den **Eltern** die **Berufstätigkeit** ermöglicht. Denn auch das ist ja Ziel der Bestrebungen. Allerdings glaube ich nicht daran, dass sich solche Ziele mit den **Förderrichtlinien** der Landesregierung erreichen lassen. Auch das muss ich deutlich sagen. Das gilt noch mehr, wenn die Angebote zusätzlich mit der Hoffnung verbunden sind, bestimmten Gruppen bessere Lebenschancen zu vermitteln, zum Beispiel durch besondere Bemühungen um die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien. Gerade hier kann eine bessere Verzahnung und Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe etwas leisten. Aber solche präventiven Projekte erfordern einen wesentlich höheren Mitteleinsatz. Hierzu fehlen im Bericht deutlichere Aussagen der Landesregierung. Wie will man sich zu solchen ambitionierten Projekten verhalten, die hochwertige Integrationsarbeit leisten und im qualifizierten Dialog von Schule und Jugendhilfe Konflikte wie den problematischen Übergang von Schule in Berufsausbildung lösen wollen? Ich habe im Bericht keine verbindlichen Antworten gefunden.

Aber nicht nur in solchen Punkten scheint eine gewisse Lücke zwischen allgemeinen Zielsetzungen der Landesregierung und ihren praktischen Handlungsempfehlungen zu bestehen. Einen Widerspruch zum erklärten Ziel der **Chancengleichheit** sehe ich auch darin, dass Kinder in Schulen in freier Trägerschaft offensichtlich kein Recht auf gesicherte Betreuungszeiten und pädagogische Förderung außerhalb des Schulunterrichts haben.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist wirklich schwer zu verstehen, dass die Förderung von Ganztagsangeboten durch die Landesregierung ausschließlich für Schülerinnen und Schüler in den **öffentlichen Schulen** gelten soll. Sowohl die Kinder in den dänischen Schulen wie auch die in freier Trägerschaft werden hier schwer benachteiligt. Zur Begründung gibt es kein inhaltliches Argument, sondern lediglich die Nöte des Finanzministers.

(Beifall bei SSW und vereinzelt bei der CDU)

Aber die kann man bestimmt nicht auf dem Rücken der Kinder lösen. Damit schickt das Land leider abermals ein falsches Signal für diesen Bereich.

Die Zielsetzung aber ist richtig. Nur durch eine bessere Verzahnung von Schule und Jugendhilfe ist eine effektive Vorbeugung und Bearbeitung von Problemen möglich, sei es nun der Rechtsextremismus, das Schu-

(Anke Spoorendonk)

leschwänzen oder die Probleme besonderer Gruppen, vor allem der Migrantenkinder. Nur wenn Schulpädagogen, Sozialpädagogen und andere kompetente Fachbereiche gemeinsam vorgehen, lassen sich bestimmte Probleme der Kinder und Jugendlichen Erfolg versprechend angehen. Dazu muss man dann allerdings auch die entsprechenden Mittel bereitstellen. Unsere Kinder sollten es uns wert sein.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich jetzt Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Bericht, den wir Ihnen heute vorgestellt haben, eines Tages als ein Meilenstein in der Jugend- und Bildungspolitik des Landes angesehen werden wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben diesen Bericht auch nicht deswegen gemacht, weil sich hier zwei Ministerinnen verschworen haben, wie ich neulich gesagt habe, oder weil sie sich gut verstehen und ihre Häuser besser zusammenarbeiten wollen. Vielmehr haben wir diesen Bericht erstellt und Dinge auf den Weg gebracht, weil es uns um die Jugendlichen und ihre Probleme und um die Probleme von Familien geht. Zwei getrennte Systeme sollen näher zueinander gebracht werden, weil sie mit denselben jungen Menschen arbeiten. Darum geht es nämlich. Wir haben uns in den letzten Monaten bemüht, dafür klare Strukturen zu schaffen und insbesondere bei der Finanzierung und Konzipierung von Ganztagsangeboten etwas gemeinsam auf den Weg zu bringen. Die Mittel sind zugegebenermaßen knapp, das verschweigt auch niemand. Ich kann aber nicht ein Wolkenkuckucksheim eines flächendeckenden Angebots der Ganztagschulen ausbreiten und gleichzeitig nicht sagen, wie ich das überhaupt jemals finanzieren will.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Frau Kollegin Spoorendonk, Sie haben von den Finanznöten des Finanzministers gesprochen. Dies sind die **Rahmenbedingungen**, unter denen wir alle hier arbeiten und beschließen. Es ist nicht der Finanzminister, der Probleme hat, sondern es ist das Land, das trotz dieser knappen Mittel noch gestalten will. Ich

bin froh, dass wir diese Mittel für einen Einstieg in mehr Ganztagsangebote jetzt endlich zur Verfügung haben. Es ist zugegebenermaßen nur ein Einstieg.

Die Probleme, Herr de Jager, um die es eigentlich geht, und unsere Ganztagsangebote kamen in Ihrem sehr oberflächlichen und sehr verkürzten polemischen Redebeitrag überhaupt nicht zur Sprache. Diese Probleme sind aber wirklich vielfältig. Es geht um die Jugendlichen, es geht um die mangelnde Erziehungskraft der Eltern, die den Schulen immer mehr Verantwortung und immer mehr Schwierigkeiten aufbürden, mit denen sie alleine nicht mehr klarkommen. Deswegen ist der Ansatz, **Schule und Jugendhilfe** zusammenzubringen und die unterschiedlichen Fähigkeiten, die im Umgang und der Erziehung von Jugendlichen vorhanden sind, zu nutzen und gemeinsam ein geeignetes Angebot zur Problemlösung zu schaffen, sinnvoll.

(Beifall bei der SPD)

Eine Bemerkung - ich kann nicht auf alles eingehen, die Zeit ist zu knapp - zum Stichwort **Ehrenamt** muss ich noch machen. Ich habe manchmal den Eindruck, Herr de Jager, dass Ehrenamtlichkeit bei Ihnen ein Thema für Sonntagsreden ist, aber es wenn es darauf ankommt, Ehrenamtlichkeit in Konzepte und die Gestaltung vor Ort einzubeziehen, dann reden Sie davon, dass wir uns aus der Verantwortung stehlen. Ich finde, dies ist eine Missachtung all derer, die sich seit Jahren in solchen Projekten ehrenamtlich engagieren. Man kann es ruhig deutlich sagen: Es sind Frauen, Mütter, die zum Teil ohne Bezahlung regelmäßig zum Beispiel Mittagstische anbieten, Cafeterien in Schulen betreiben und daran auch noch Spaß und Freude haben, weil sie sehen, dass das, was sie tun, etwas sehr Sinnvolles ist. Dies erwähnen Sie mit keinem Wort. Das finde ich einfach unangemessen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Caroline Schwarz [CDU]: Sie kalkulieren es mit ein!)

- Wir kalkulieren es nicht mit Mark und Pfennig ein - das tun wir ausdrücklich nicht -, aber wir wollen es auch nicht ausschließen. Wir wollen dazu ermuntern, dass diese Ehrenamtlichkeit in den Schulen auch gewürdigt wird. Dass die Konzepte diesen Willen einbeziehen, ist doch positiv. Wir sollten doch froh darüber sein, dass das geschieht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Gern.

**Dr. Heiner Garg** [FDP]: Frau Ministerin, sind Sie mit mir darin einig, dass bei den Ehrenamtlichen der Eindruck auf jeden Fall vermieden werden muss, dass sie quasi als Lückenbüßer eingesetzt werden?

Ausdrücklich ja, Herr Dr. Garg. Das sehe ich ganz genauso.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber da, wo Ehrenamt und die Bereitschaft dazu, da ist, kann es in ein Konzept doch einbezogen werden. In unseren Richtlinien ist natürlich keinerlei derartige Bedingung formuliert. Aber die **Richtlinien** werden klare Strukturen schaffen, die das Umfeld der Schule einbeziehen. Dies war, wenn ich es richtig verstanden habe, der erklärte Wille all derer, die dies im Frühjahr beschlossen haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Ich stelle fest: Diejenigen, die hier mehrheitlich für dieses Konzept von Ganztagsangeboten waren, haben ein anderes Verständnis von Schule. In diesem Verständnis haben Eigenverantwortung und die Einbeziehung der Kräfte vor Ort einen Platz. Es ist sozusagen ein Prinzip der Arbeit von unten nach oben. Wir geben kein Konzept vor, das sozusagen als Netz über das ganze Land gelegt wird. Wir setzen vielmehr darauf, dass vieles vor Ort schon entstanden ist, was wir weiter absichern und fördern und mit den knappen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, behutsam ausbauen werden. Ich bin mir sicher, die Kommunen und die Schulträger werden dieses Angebot akzeptieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Mir liegen noch zwei Wünsche nach Kurzbeiträgen nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung vor. Zunächst hat der Herr Abgeordnete de Jager das Wort.

**Jost de Jager** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Erdsiek-Rave, Sie werfen mir vor, dass meine Rede oberflächlich und polemisch gewesen sei, ich kann aber nicht erkennen, dass Ihre in irgendeiner Weise anders war.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grund fühle ich mich veranlasst, das eine oder andere dazu noch einmal zu sagen. Bei dem **ehrenamtlichen Engagement** geht es doch um Folgendes: Sie, Frau Erdsiek-Rave, instrumentalisieren das Ehrenamt für ein Landeskonzept, das sie sonst nicht hinbekommen. Haargenau dies werfen wir Ihnen vor.

(Beifall bei der CDU)

Es ist keine Frage von Sonntagsreden, sondern es ist die Frage, ob das, was Sie in dem Bericht inhaltlich beschreiben, durch ein ehrenamtliches Engagement der Eltern nachmittags tatsächlich geleistet werden kann. Wenn es die Probleme gibt, die in dem Bericht stehen, dann haben die Eltern und die Schüler ein Anrecht darauf, dass es dann auch ein Angebot an Betreuung gibt, das über das hinausgeht, was ehrenamtlich gemacht werden kann. Es ist nicht Aufgabe des Ehrenamtes, Lückenbüßer für eine Schulpolitik zu sein, die manches selber nicht mehr leisten kann.

Aus diesem Grunde sind wir der Auffassung, dass wir mit einem **Ganztagschulangebot** diese **professionelle Betreuung** erreichen können.

Frau Spoorendonk, es ist ein mittlerweile bewusst fortgeschlepptes Missverständnis, dass wir unser Konzept der Ganztagschule so verstehen, dass wir Unterricht von morgens bis 16 Uhr haben wollen. Gesagt haben wir, dass wir mit der Ganztagschule erreichen wollen, was von vielen Schulpraktikern gefordert wird, nämlich die Entzerrung des Unterrichtsblocks am Vormittag, indem man Teile in den Nachmittag und Teile der Betreuung in den Vormittag legen kann. Dies ist das eigentliche Konzept der Ganztagschule, wie es auch vom Ganztagsschulverband befördert wird. Dies ist pädagogisch sinnvoll und erlaubt wirklich eine sinnvolle Verbindung der Schule mit der **Schulsozialarbeit** und einer der Schule verbundenen Freizeitbetreuung, so wie wir es haben wollen.

Noch einmal zu den Finanzen, Frau Erdsiek-Rave. Bei Ihrem **Landeskonzept** werfen wir Ihnen vor, dass es nicht ehrlich ist. Wenn Sie ehrlich vor sich selber sind, dann müssen Sie doch zugeben, dass dieser Bericht zunächst aufgrund eines Beschlusses entstanden ist, den wir einstimmig hier im Landtag gefasst haben, Sie aber in der vergangenen Woche zusammen mit Ihren Kolleginnen ein Konzept vorgestellt haben, das die politische Antwort auf unseren Vorschlag der Ganztagschule sein soll. Das, was Sie vorgestellt haben, ist von der Finanzierung her gesehen aber nicht ehrlich. Wenn Sie das Geld nicht haben oder nicht aufbringen wollen, um den Kommunen und den Schulträgern bei der Organisation dieses Schulangebots wirklich ernsthaft unter die Arme zu greifen, dann sollten Sie nicht ein Landeskonzept vorstellen, sondern so ehrlich sein und den Kommunen sagen, sie sollen es alleine ma-



(Jost de Jager)

chen. Dann können sie es allein nämlich viel besser machen als Sie mit Ihrem Landeskonzept.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem, was Sie vorgestellt haben, erwecken Sie Erwartungen, die Sie nicht erfüllen können. Wir werfen Ihnen Folgendes vor: Die Leute, die jetzt glauben, dass es überall an jeder Schule ein Ganztagsangebot geben wird, melden sich nicht im Landeshaus, Frau Lütkes, die melden sich in den Rathäusern, und dort muss es dann gemacht werden, ohne dass es am Ende eine müde Mark seitens des Landes geben wird, obwohl Sie seitens des Landes das Konzept vorgestellt haben. Sie können die Erwartungen nicht erfüllen. Dies ist gegenüber den Eltern, den Schülern, aber auch den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern hochgradig unehrlich. Diese müssen nämlich das ausbaden, was Sie angerichtet haben.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat jetzt Frau Abgeordnete Spoo-  
rendonk.

**Anke Spoo-  
rendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Erdsiek-Rave, ich denke, ich habe vorhin eine ausgewogene Rede gehalten.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lars Harms [SSW]: Wie immer!)

Das habe ich; das war meine Intention. Meine Intention war auch, deutlich zu machen, dass der SSW zu einer besseren **Verzahnung** von **Schule und Jugendhilfe** steht, dass wir kein Ganztagsangebot haben wollen, wie es der Kollege de Jager vorhin noch einmal vorgestellt hat. Wir wollen die Verzahnung von Schule und Jugendhilfe.

Wir finden - ich sagte das vorhin bereits; das möchte ich gern wiederholen -, dass der Bericht ein Sachstandsbericht ist, mit dem sich gut arbeiten lässt. Uns ist bewusst, dass wir alle Schwierigkeiten haben werden, die Intentionen, die aus dem Bericht hervorgehen, umzusetzen, wegen der Nöte unseres Finanzministers, wegen unserer finanziellen Situation im Lande. Man kann sich den einen oder anderen Ausdruck aussuchen. Aus meiner Rede ging jedoch deutlich hervor, dass ich mir sehr wohl bewusst bin, wie die Finanzlage unseres Landes ist.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass sich die Richtlinien der Landesregierung allein auf Ganztags-

angebote für öffentliche Schulen beziehen. Das muss ich bemängeln und kritisieren unter der Überschrift „Chancengleichheit“ bemängeln und kritisieren. Damit müssen wir uns, wenn wir es mit der Verzahnung von Schule und Jugendhilfe ernst meinen, auch befassen. Das war mein Anliegen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat nunmehr Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Debatte reizt zum Mitstreiten, wenn sich die CDU hier hinstellt und der Regierung Unehrlichkeit vorwirft. Da möchte ich einmal hinterfragen, was denn bei der CDU los ist. Die CDU fordert ein rein vom Land finanziertes Konzept „Ganztagschule“ für alle im ganzen Land, wohl wissend, dass sie dies nicht bezahlen muss.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Würden Sie sich gedanklich auch nur ein Stück auf unser Konzept einlassen, nämlich **Vernetzungsstrukturen der Kommunen** in den Vordergrund zu stellen, hätten Sie das reale Problem vor Ort, mit den Kommunen zu diskutieren, wie es finanziert werden soll, und davor scheuen Sie sich, weil Sie auf kommunaler Ebene Verantwortung tragen und wissen, wie schwierig die Finanzstrukturen sind. Im Land, wo Sie das Geld immer nur theoretisch bereitstellen können, ist das sehr viel einfacher; also fordern Sie, das voll vom Land zu bezahlen. Herr de Jager, Sie verkennen dabei - das ist das, was ich nicht verstehe - die reale Situation vor Ort. Sie verkennen, dass das ehrenamtliche Engagement vorhanden ist. Sie verkennen, dass es nur mit einer Vernetzung gehen wird.

Ich freue mich über den Beitrag von Herrn Garg, der die Realität zur Kenntnis nimmt, der zur Kenntnis nimmt, dass das Ganze in einer gemeinsamen Kraftaktion finanziert werden muss, und der auf der Grundlage der Wahrnehmung der Realität kritische Gedanken einbringt. Das freut mich, das sind konstruktive Beiträge; dann können wir in der Sache streiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul? - Bitte, Herr Abgeordneter!

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:** Frau Kollegin Heinold, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die CDU vorgeschlagen hat, einen Einstieg mit 15 Ganztagschulen zu machen, und dass wir angeboten haben, dazu ein Finanzierungskonzept vorzulegen?

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich nehme das zur Kenntnis. Ich weiß das; ich habe das in Erinnerung. Aber es entspricht leider nicht dem, was Herr de Jager hier gesagt hat. Herr de Jager hat hier dargestellt, dass die CDU alles vom Land bezahlen lassen will, nicht von den Kommunen, weil sie dort mit in der Verantwortung steht.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich werde die Rede von Herrn de Jager gern noch einmal nachlesen. Es freut mich ja, wenn auch die CDU erkennt, dass leider nicht alles sofort machbar ist.

(Zurufe von der CDU)

Auch in einem anderen Punkt fordere ich die CDU auf, mit uns gemeinsam zu denken. Wir haben sehr viele Betreuungsangebote vor Ort wie die betreute Grundschule und den Hort. Meine Fraktion ist der Meinung - das ist aber noch nicht Koalitionsmeinung -, dass wir jetzt, wenn wir anfangen, **Betreuung vor Ort** neu zu organisieren, natürlich auch den **Hort** gedanklich in das Konzept einbeziehen müssen

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und dass wir auch die **betreute Grundschule** gedanklich in das Konzept mit einbeziehen müssen, in der Hoffnung, dass es zu einem Gesamtkonzept für Betreuung an Schulen, für Jugendhilfe und Schulen im Land kommt. Da bitte ich die CDU ganz herzlich, auch die bestehenden Schulstrukturen einmal weiter zu denken. Sollte es - ich formuliere das ausdrücklich im Konjunktiv - zu einer Hinterfragung des Hortangebotes kommen, wird die CDU die Erste sein, die sofort das Kindertagesstättengesetz in seiner jetzigen Form vehement nicht verändert haben will, obwohl sie es immer anders gefordert hat.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Warten Sie mal ab! - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich komme zum Schluss. - Meine Damen und Herren von der CDU, ich bitte Sie sehr herzlich: Nehmen Sie die Realität zur Kenntnis und öffnen Sie sich einer realistischen Debatte!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt in Schleswig-Holstein 1.100 **öffentliche Schulen**. Wer den Eindruck erwecken wollte, es sei möglich, die in absehbarer Zeit flächendeckend mit Ganztagsangeboten zu versorgen, geht doch ziemlich in die Irre.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe bei der CDU)

Herr Wadephul, bei 15 von 1.100 Schulen bieten Sie nicht etwas an, was vielleicht ansehnlicher sein könnte als das Konzept, das jetzt zur Diskussion steht und über das wir im Rahmen der Ausschussberatung im Detail werden sprechen können.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben ausdrücklich gesagt: In einer langfristigen Vorstellung wollen wir auch weitere Schularten einbezogen wissen. Weil die Mittel aber begrenzt sind, muss man zunächst einmal in bestimmten Bereichen, in denen es aus sozialen Gründen, aber auch aus pädagogischen Gründen besonderen Handlungsbedarf gibt, einen gezielten Anfang setzen. Das war unsere Vorstellung.

Sie können gern auf der Website des hessischen Kultusministeriums nachlesen, was in Hessen an Ganztagskonzepten entwickelt wird, nämlich nicht die Vorstellung, dass das Land allein zahlt. Herr Kollege Wadephul, Herr Kollege de Jager, so agiert eine Partei, die im Hinterkopf klar die Erkenntnis hat, dass sie die nächsten zehn bis 20 Jahre nicht in die Verlegen-

**(Dr. Ekkehard Klug)**

heit geraten wird, das umsetzen zu müssen, was sie verlangt.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Die hessische Kultusministerin stellt zwei verschiedene Modelle für Ganztagskonzepte vor. Das eine Modell sieht vor, dass an drei Nachmittagen ein zusätzliches Unterrichts- und Freizeitangebot gestaltet wird, wobei der Schulträger die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen zum Einnehmen warmer Mahlzeiten schafft, zusätzliche Mittel für Lehr- und Lernmaterial und weiteres Personal zur Verfügung stellt und die Einbeziehung freier Träger mit der entsprechenden Finanzierung sicherstellt. Nach diesem hessischen Modell sind das alles Aufgaben des Schulträgers. Das Land leistet seinen Beitrag durch zusätzliche Mittel im Bereich des Personals dadurch, dass es einen gewissen Zuschlag bei der Lehrerausstattung gibt.

Der dritte Bereich, den ich ausdrücklich erwähnen will, ist, dass man das Engagement von Eltern in Form **ehrenamtlicher Tätigkeit** in solche Konzepte einbezieht, ebenso wie Angebote von Vereinen, insbesondere Sportvereinen, und Verbänden vor Ort. Wir haben ein reges Vereinsleben in Deutschland und gerade in Schleswig-Holstein, das wir nicht dadurch „wegblocken“ sollten, dass alle Nachmittage für Kinder und Jugendliche in der Schule sozusagen durch Verpflichtungen belegt sind, sodass Vereine an den Nachmittagen überhaupt nicht mehr zum Zuge kommen können.

Was die CDU hier an Kritik aufbaut, ist zu 99 % ein Popanz. Kommen Sie wieder auf den Boden der Tatsachen zurück!

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 58 Abs. 2 liegt mir noch eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Weber vor. Nach § 56 Abs. 4 folgt Herr Abgeordneter Dr. Wadephul und dann hat noch einmal Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute Morgen offensichtlich nicht allein über das, was in allen möglichen Papieren steht. Frau Kollegin Heinold und Herr Kollege Klug haben zu Recht auf das Bezug genommen, was Herr de Jager vorgetragen hat.

Wenn nun so getan wird, als seien das, was im Bericht als Einstieg bezeichnet wird, sozusagen Peanuts, weil nur ein Teil der Schulen in diesem Land davon betroffen sind und weil die Ausstattung qualitativ und quantitativ flexibel sein soll, dann muss ich Ihnen, Herr de Jager und Herr Wadephul, sagen, dass Sie zwar ein anderes Modell bevorzugen, dass aber im Ergebnis auch Ihr Modell eines ist, was einen kleinen Einstieg bedeutet und was in Bezug auf Qualität und Quantität Flexibilität aufweist. Deswegen ist der eigentliche Kern der Auseinandersetzung vielleicht das Modell - darüber lohnt es ja, sich zu streiten -, aber nicht die Frage, ob es sich um einen kleinen oder einen großen Einstieg handelt.

Natürlich gibt es in Deutschland einige Bundesländer, die aufgrund ihrer Finanzkraft einen größeren Einstieg machen, aber auch das ist nur ein Einstieg. Ich nehme einmal Rheinland-Pfalz als Beispiel. Ich will es gern zugeben: Wir in Schleswig-Holstein können das zurzeit nicht in vergleichbarer Größenordnung schaffen. Dort wird intensiv - und zwar mit einem Mischkonzept, ich betone das - der Einstieg versucht. Auch in Rheinland-Pfalz ist man in die Situation gekommen, dass man - obwohl sehr viel mehr Geld zur Verfügung steht - nicht all die Wünsche und Begehrlichkeiten sofort erfüllen kann. Dort gibt es jetzt schon doppelt so viel Anmeldungen wie in Bezug auf die Finanzierbarkeit geplant.

Deshalb haben wir in Schleswig-Holstein doch von Beginn an gesagt, dass wir nicht versprechen können, dass an allen Schulen ein Einstieg möglich ist. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir bewusst im Bereich der Haupt- und Sonderschule und dort, wo es möglich ist, auch im Bereich der Gesamtschule einsteigen wollen.

Es geht doch darum, dass wir einmal überlegen, worauf wir aufbauen können. An dieser Stelle muss man doch Folgendes festhalten: In Schleswig-Holstein haben wir immerhin schon etwas über 20 **Ganztagschulen**. Diese Zahl müssen Sie als Basis nehmen und addieren. In der jetzigen Situation ist es deshalb doch sinnvoll, darüber nachzudenken - das ist in der Debatte leider in der Tat etwas zu kurz gekommen; dazu werden wir im Ausschuss noch etwas vortragen -, dass das, was es an Ganztagschulen schon gibt, ein Stück mehr Sicherheit erhalten muss. Man darf eben nicht etwas Neues anfangen und etwas schon Funktionierendes dafür nicht weiterführen. Allenfalls kann man dort, wo es schon Ganztagschulen gibt, im Rahmen von neuen Modellen von Ganztagsangeboten zu Flexibilisierungen zu kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Jürgen Weber)

Insofern gibt es in der Tat Aufgaben, an denen wir noch arbeiten müssen; denn kein Bericht ist so perfekt, dass er nicht vom Parlament nachbearbeitet werden muss. Eine solche Regierung gibt es auf der Welt nicht und dafür sind Parlamente auch da.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das also sind die Punkte, an denen sich der inhaltliche und sachliche Streit lohnt. Ich glaube, wenn wir das berücksichtigen, kommen wir ein Stück weiter. Ich bin ganz optimistisch, dass der Streit, wenn er auf einem hohen Niveau weitergeführt wird, wie das im Parlament bisweilen der Fall ist, zu mehr Akzeptanz führen wird. Vielleicht können wir den Stellenwert dieses gesamten Bereiches noch ein Stück verbessern. Das sind aber Aufgaben, die in allen Fraktionen geleistet werden müssen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 56 Abs. 4 unser Geschäftsordnung hat nun der Herr Abgeordnete Wadepful das Wort.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt die 15 Schulen benennen, die nachher das Angebot bekommen sollen!)

**Dr. Johann Wadepful [CDU]:**

Ja, dazu will ich gleich etwas sagen. Ich empfehle allen - ich greife nämlich das, was der Kollege Weber zur Frage des Niveaus gesagt hat, gern auf -, zunächst einmal das zu lesen, was wir beschlossen haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Klug, wissen Sie, ich möchte in diesem Land sehr wohl gern regieren, aber ich will dafür nicht all das aufgeben, was ich an guten Konzepten habe. Bei manchem habe ich allerdings den Eindruck, er möchte einfach in jedem Fall regieren - egal, welche Politik am Schluss gemacht wird.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich das richtig sehe, haben wir als einzige Partei ein schlüssiges Konzept zum Thema Ganztagschule.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Ich kann nur allen empfehlen - auch Ihnen, Herr Kollege Klug -, dies einmal zu studieren.

Lassen Sie mich beim Thema Kommunen beginnen. Es geht doch mitnichten darum, dass die **Kommunen** für die geplanten Projekte keine Mark ausgeben sollen.

Die Kommunen machen derzeit doch schon sehr viel. Es geht vielmehr darum - das ist, Frau Ministerin, das Problem Ihres Konzeptes -, dass es nicht sein kann, dass die Kommunen als Zahlmeister benutzt werden. Das lassen wir nicht zu.

(Lachen der Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Wenn wir als Land, als Landtag, als Landesregierung Ganztagschulen wollen, dann müssen wir auch diejenigen sein, die die Hauptlast der Kosten tragen. Was Sie aber in den letzten Jahren gemacht haben, nämlich einen Verschiebebahnhof auf die kommunale Ebene - siehe FAG -, und was Sie in diesem Bereich auch jetzt wieder machen, das schwächt die kommunale Selbstverwaltung. Weil es die Selbstverwaltung vor Ort schwächt, machen wir das nicht mit. Denn das ist die verkehrte Politik.

Herr Kollege Weber, natürlich kann man sagen, dass das, was die Landesregierung jetzt macht, ein Einstieg ist. Dann ist es eben ein „Mini-Mini-Mini-Einstieg“; dann geht es eben nach dem Motto: Der Berg kreiße und gebar ein Mäuschen. Aber bei dem Konzept gibt es doch folgende zwei Probleme: Zunächst einmal geht es darum, dass bestimmte **Schularten** - nämlich Realschule und Gymnasium von vornherein ausgeschlossen werden. Nun nennen Sie mir dafür einmal eine Begründung! Wenn Sie der Auffassung sind, dass es in diesen Bereichen keine sozialen Probleme gebe, dann kann ich Ihnen und Ihren Kollegen nur sagen, dass Sie die sozialen Probleme verkennen, die wir in diesem Land etwa in Bezug auf Drogen im Bereich der Realschulen und der Gymnasien haben. Auch diesbezüglich gibt es die Verantwortung und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, etwas zu tun, nämlich Ganztagsbetreuung.

(Beifall bei der CDU)

Bedenken Sie im Übrigen die Logik hinter Ihrem Konzept: Wir reden doch immer darüber, dass die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** verbessert werden soll. Nach Ihrem Konzept werden aber doch gerade diejenigen Frauen benachteiligt, die ihre Kinder auf Realschulen und Gymnasien schicken. Für die würde nämlich dann in Bezug auf die Verbesserung der Vereinbarkeit nichts getan. Auch das ist eine unsoziale Politik, die ich nicht für richtig halte.

(Beifall bei der CDU)

Letztlich geht es an dieser Stelle - Frau Ministerin, um dieses Problem werden Sie nicht herumkommen; Sie werden das vor den Wählern zu verantworten haben - darum, dass wir wirklich mehr Schule wollen. Das hat der Kollege de Jager schon deutlich gesagt. Schleswig-Holstein ist das Land, das im bundesweiten Vergleich mit einer katastrophalen Schul- und Unterrichtsversor-

**(Dr. Johann Wadehul)**

gung dasteht. Das ist ein Wettbewerbsnachteil für unsere Schülerinnen und Schüler.

Wenn wir deswegen über Ganztagschule reden, dann ist das erstens eine Frage, bei der es uns inhaltlich um eine ganztägige Betreuung geht. Zweitens muss es aber doch auch darum gehen, endlich für mehr Unterricht in Schleswig-Holstein zu sorgen. Anderenfalls versündigen wir uns an dieser Stelle ein weiteres Mal an der jungen Generation, an den Schülerinnen und Schülern in diesem Land. Deswegen verlangt die CDU - wir werden entsprechende Haushaltsanträge auch vortragen -, dass es endlich mehr Unterricht in Schleswig-Holstein gibt.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt noch einmal Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Eigentlich habe ich wenig Neigung, mich mit dem letzten Beitrag auseinander zu setzen. Ich muss sagen: Das war Polemik und Vernebelung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war auch wirklich total neben der Sache.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich warte noch immer auf Ihren Vorschlag, welche 15 von 1.000 Schulen gleichsam von oben herab zu Ganztagschulen erklärt werden sollen.

(Widerspruch bei der CDU)

Da hilft ein Blick ins **Schulgesetz**, wonach Schulträger Ganztagschulen beantragen müssen. Warum haben wir in Schleswig-Holstein eigentlich in den letzten Jahren keine solchen Anträge gehabt?

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das will ich Ihnen sagen: Weil die ganz andere Sorgen in der Bildungspolitik haben!)

- Sie erwarten nicht, dass ich Ihnen darauf antworte. Wir haben die Anträge deswegen nicht gehabt, weil reguläre Ganztagschulen mit einem Angebot wie etwa am Hans-Geiger-Gymnasium in Kiel oder an anderen Ganztags- und auch Gesamtschulen, die Ganztagschulen sind, für die Schulträger eine ganz erhebliche Beitragslast bedeuten. Das fängt beim Baulichen an und geht hin bis zu den Standards, die bei einem regulären Ganztagsangebot gewährleistet werden müssen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Kosten für Bauten haben Sie sonst noch nie interessiert!)

- Frau Schmitz-Hübsch, nun lassen Sie mich doch einen Augenblick ausreden. Natürlich kann man sich darüber streiten - und das haben wir in der Vergangenheit doch auch getan -, ob wir mit den vorhandenen Mitteln - wir gehen doch im Grunde von demselben Volumen aus; machen Sie doch jetzt nicht so einen Popanz, als ob Sie Millionenbeträge in die Hand nehmen könnten -

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben das Geld doch weggewirtschaftet!)

versuchen sollen, in die Breite zu wirken, um möglichst viele Schulen zu erreichen, oder ob wir die Mittel für wenige - maximal bis zu 15 - konzentrieren.

Sie sagen, das ist richtig so. Wir sagen, das ist zu wenig. Das wäre wirklich ein Exklusivangebot für ganz wenige. Wir wollen dabei - und ich bin sehr froh darüber, dass es hier eine breite Übereinstimmung gibt und Sie mit Ihrer Meinung im Grunde auf einsamen Posten stehen - die **Hauptschulen** und die **Sonderschulen** vorrangig berücksichtigen. Ich will die ganze Debatte dazu nicht wiederholen. Diejenigen, die dafür plädieren, haben gute Gründe. Unsere Richtlinien sehen vor, dass diejenigen Hauptschulen und Sonderschulen, die Anträge auf ein volles Angebot für die ganze Woche stellen, Vorrang bei der Förderung erhalten, damit wir wirklich Angebote schaffen können, die den Namen Ganztagsangebot auch verdienen.

Wenn es allerdings diesen Bedarf nicht in diesem Umfang bei den Schulträgern und Schulen gibt - der Bedarf soll von den Schulträgern erhoben werden, die Schulträger müssen zustimmen, damit ein solcher Antrag von uns bearbeitet wird -, dann bezuschussen wir auch Angebote, die geringer sind. Das ist ein vernünftiger Weg, der sowohl den Willen vor Ort als auch die finanziellen Möglichkeiten im Auge behält.

Zum Schluss möchte ich noch ein versöhnliches Wort sagen. Erstens bedanke ich mich bei Herrn Dr. Klug für die kongeniale Argumentation. Ich musste daher nicht alles wiederholen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Zweitens muss ich doch noch einmal darauf hinweisen, dass wir nach Jahrzehnten, in denen es ideologische Auseinandersetzungen über die Frage gab, ob die Familie oder die Schule und Jugendhilfe für die Kindererziehung zuständig ist, diese Gräben wirklich überwunden haben. Dafür bin ich ausgesprochen dankbar.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich begrüße jetzt auf der Tribüne zwei neue Besuchergruppen, und zwar die Besuchergruppe der städtischen Handelslehranstalt Flensburg und der Hauptschule Schäferberg, Bad-Bramstedt.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

**Dezentralisierung der Lehrpersonalverwaltung**

Landtagsbeschluss vom 28. September 2001

Drucksache 15/1186

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1328

Das Wort erteile ich der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Der Übergang von diesem Thema zu dem jetzt folgenden bietet sich an. In beiden Fällen geht es um Eigenständigkeit und Autonomie von Schule. Sie haben vielleicht vor einigen Wochen die Überschrift und sogar den ganzen Artikel in der „Zeit“ gelesen: „Lasst die Schule von der Leine!“ Personalmanagement - so der Autor, der selbst Schulleiter ist - erfolge nach wie vor - in NRW wohl gemerkt - am grünen Tisch von Behörden und Ministerien mit der Folge, dass wichtige fachliche, inhaltliche und personelle Gestaltungsspielräume der Schulen eingeschränkt würden.

Genau an diesem vermeintlichen oder - das gestehe ich auch zu - tatsächlichen Defizit setzt unser Konzept der Dezentralisierung der Lehrpersonalverwaltung in Schleswig-Holstein an, das darin besteht, die **Gestaltungsspielräume** von **Schulen** und Schulämtern im Sinne der Schulen zu erweitern, die zentrale Steuerung auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren und wichtige Entscheidungen da zu treffen, wo sie sich auswirken, nämlich in der Schule selbst.

Dezentralisierung der Lehrpersonalverwaltung ist eine der Säulen unseres Konzeptes zur Stärkung der **Eigenverantwortung** von Schulen. Die Grundlage dafür, gewissermaßen der Paradigmenwechsel vollzog

sich ja schon in der Novelle des Schulgesetzes im Oktober 1998. Vieles hat sich seitdem getan, was zur Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen beiträgt. Ich glaube, dies ist eine Entwicklung, die übrigens nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit und - so könnte man sogar sagen - europaweit stattfindet. Sie ist eine sehr positive Entwicklung, die die Schulen stärken und auf Dauer nachhaltig verändern wird.

Die am Projekt beteiligten Schulen haben die Möglichkeit, zugewiesene freie Stellen auszuschreiben und die Personalauswahl eigenständig durchzuführen. So kann jede Schule ihr eigenes **Schulprofil** realisieren und stärken. Über die Festlegung von Anforderungskriterien kann sie steuern, welche Fächer, welche Fachrichtungen, welche zusätzlichen Qualifikationen, vielleicht auch welche Persönlichkeiten sie künftig in der Schule haben will und welche Merkmale sie mitbringen sollen. Die **Schulämter** koordinieren und begleiten die **dezentralen Stellenbesetzungen** der Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen. Der grüne Tisch der Bürokratie - das wird man in Zukunft sagen können - hat ausgedient.

Wir haben unser Projekt zunächst 1997 in ausgewählten Grund-, Haupt- und Sonderschulen und in entsprechenden Schulämtern begonnen. Ab 2002 wird der Kreis Segeberg zusätzlich berücksichtigt werden. Im Bereich der berufsbildenden Schulen wurde die Dezentralisierung der Lehrpersonalverwaltung inzwischen flächendeckend umgesetzt. Für alle Gymnasien und Gesamtschulen folgt dies mit Beginn des nächsten Jahres 2002.

Dieses dezentrale Verfahren wird die **Vergabep Praxis** allerdings nicht vollständig ersetzen können. Ich glaube, das ist auch unmittelbar einsichtig. Dies geschieht nicht aus dirigistischen Motiven, wohl aber aus regionalen Unterschieden in der Schulversorgung und aus Gründen der **Mangelfachbesetzung**. Wir wollen natürlich eine ausgeglichene Versorgung im Lande behalten. Dazu bedarf es eines Restes an Steuerung auch aus dem Ministerium heraus.

Angesichts der aktuellen bundesweiten Entwicklung hinsichtlich des Bewerbermarktes von Lehrkräften glaube ich, dass das **Besetzungsverfahren** noch an zusätzlicher Bedeutung gewinnt, denn nicht alle Interessenten, übrigens besonders aus anderen Bundesländern - das ist unsere Erfahrung -, bewerben sich ohne Einschränkung landesweit für Schleswig-Holstein. Es handelt sich in der Regel um gezielte Bewerbungen in bestimmten Regionen für sogar einen bestimmten Schulstandort. Allein schon vor dem Hintergrund des **wachsenden Wettbewerbs** um Nachwuchskräfte, wie auch um Lehrkräfte, die bundesweit auf dem Markt

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

sind, müssen wir diese gezielte Bewerbung unterstützen und die Möglichkeiten dafür schaffen.

Uns bestärken bei diesem ganzen Verfahren die positive Resonanz, die guten Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben. Dezentralisierung - das ist die Erfahrung- stärkt die Eigenverantwortung. Die Direktoren, die Schulleiter widmen sich dieser Aufgaben mit großer Sorgfalt, obwohl sie stärker belastet - sowohl zeitlich wie natürlich inhaltlich rechtlich - werden. Die Erfahrungen und die Berichte der Betroffenen sagen uns, dies verbessere das Schulklima, das verbessere die Zufriedenheit mit der Personalauswahl, das verbessere das Qualitätsprofil. Alle profitieren eigentlich nur davon.

Ich will allerdings nicht verschweigen, dass es natürlich auch Probleme gibt. Das werden Sie dem Bericht entnommen haben. Das ist immer so, wenn man solche Verfahren verändert. Natürlich wünschten wir auch noch mehr technische Unterstützung in diesem Prozess. Das ist ein teures Projekt, wenn man es mit der entsprechenden technischen Struktur unterlegt. Aber wir werden das Projekt trotz dieser natürlich auch finanziellen Probleme, die darin stecken, kontinuierlich fortsetzen und ausweiten. Die überzeugenden Projektergebnisse zeigen auch, dass die Schulen entschlossen sind, sich frei vom Gängelband in Richtung souveräne Bildungseinheiten zu entwickeln. Ich glaube, dass das ein guter Prozess ist, der es wert ist, breite Unterstützung zu erfahren. Diese Unterstützung erhoffe ich mir von Ihnen.

(Beifall von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich jetzt dem Antragsteller, Herrn Abgeordneten Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Meine Damen und Herren! Die Dezentralisierung der Lehrpersonalverwaltung ist ein Teil des Projektes autonome selbstverwaltete Schule. Wir haben diesen Bericht angefordert, weil ich in den Gesprächen, die ich in den letzten Monaten geführt habe - insbesondere in den Berufsschulen -, festgestellt habe, dass dieses Projekt auf sehr große Zustimmung und auf sehr großen Zuspruch in den Schulen gestoßen ist, in denen es eingeführt worden ist, und dass dieses Projekt sehr erfolgreich und mit sehr großer Begeisterung verfolgt wird.

Die Schulen selbstständiger zu machen, hat ja zum Ziel, dass die Probleme vor Ort gelöst werden und man

nicht immer alle Probleme, die es vor Ort gibt, ans Ministerium abschieben kann. Dadurch werden die **Selbstorganisation** und die Kompetenz sowie die **Eigenverantwortlichkeit** gestärkt wird. Eltern, Schüler und Lehrer arbeiten stärker zusammen und die Schulen sind dadurch erfolgreich in dem, was sie wollen, nämlich den Schülern eine gute Bildung für ihren Bildungsweg zu ermöglichen.

Zu diesem Projekt gehört auch die Dezentralisierung der Personalverwaltung. Das heißt, dass die Schulen eigenständig Personalpolitik machen sollen. Ich glaube nämlich, dass dann, wenn die Lehrer nach ihrer Examensnote ausgesucht werden, dies nicht immer zu jeder Schule passen muss. Es muss nicht so sein, dass die Hobbys, die der Lehrer teilweise sehr intensiv in die Schule hineinträgt, unbedingt zu der Schule passen, zu der er geschickt wird. Es führt manchmal dazu, dass Lehrer sich darüber ärgern, dass sie in die falsche Stadt geschickt wurden. Wenn sie sich aber selber bewerben, dann kommen sie gar nicht dazu, sondern freuen sich, wenn sie eine Stelle bekommen haben. Es führt auch dazu, dass die Schulen sich ihre Leute genau angucken und zum Beispiel Erkundigungen einziehen, Erfahrungen bewerten oder ihre eigenen Referendare beurteilen können. Manchmal ist es auch so, dass ein Lehrer, der keine so gute Note hat, einfach besser mit Kindern umgehen kann. Deshalb nehmen die Schulen diesen lieber, weil er erfolgreicher sein wird. Der andere hat zwar eine „Eins“, aber er hat andere Probleme. Auch das gehört zu einer Beurteilung, die ich den Schulen selber überlassen möchte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb freut es mich sehr, dass die Beurteilung des Projekts so positiv ausgefallen ist. Ich zitiere aus dem Bericht:

„Die positiven Wirkungen führen zu einer deutlich höheren Qualität der Entscheidungen und der Zufriedenheit der unmittelbar Betroffenen. In der mehrjährigen Erprobungsphase des Projektes hat sich bestätigt, dass die Schule selbst am besten in der Lage ist, zielgerichtet Personal auszuwählen, das in ihre fachliche und pädagogische Ausrichtung passt.“

Nun zu der Frage, wie viele Stellen ausgeschrieben werden. Hier gebe ich der Ministerin völlig Recht. Dies wurde uns im Verlauf der Diskussion vorgeworfen. Es kann Probleme mit der **räumlichen Verteilung** der Lehrer geben und mit der Zuweisung in bestimmten Regionen. Daher ist es völlig richtig, wenn das Ministerium sagt: Ein gewisser Teil der Lehrstellen soll auch weiterhin zentral zugewiesen werden,

(Karl-Martin Hentschel)

um solche lokalen Unterschiede auszugleichen. Das ist ein sinnvolles Verfahren, dem ich zustimme.

Eine Bemerkung zur Perspektive des ganzen Prozesses! Die Frage der Weiterentwicklung der Schulen zu eigenständigen Schulzentren ist nicht abgeschlossen mit der **dezentralen Lehrerverwaltung**. Dazu gehören noch eine ganze Reihe anderer Fragen, die wir in den nächsten Jahren weiter bearbeiten müssen. Dazu gehört einmal die Frage der Unterrichtsformen und der Unterrichtsgestaltung aufgrund von Rahmenrichtlinien des Landes. Diese müssen autonomer gestaltet werden, wenn wir wollen, dass die Schulen eigene Profile enthalten. Die Lehrer müssen sich dann in dem, was sie inhaltlich bieten können, freier bewegen.

Dazu gehört die Frage der Verwaltung. Ich glaube, gerade im Sinne von Ganztagschulen werden wir dahin kommen, dass Schulzentren eine eigenständige **Schulzentrumsverwaltung** brauchen, die die Integration der verschiedenen Organisationen - vom Hort über den Verein bis zur Jugendhilfe - in der Verwaltung der Schule weiterentwickeln und dazu entsprechende Möglichkeiten hat.

Hierzu gehört weiter die Frage der Budgets. Der nächste Schritt wäre die Einführung eigenständiger **Budgets** an den Schulen, und zwar irgendwann einmal auch für Personal. Das bedeutet aber, dass wir den nächsten Schritt machen, der aus meiner Sicht lautet: Geld statt Stellen, um den Schulen mehr Spielräume und mehr Flexibilität beim Einsatz von Personalmitteln zu geben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass das Thema Geld statt Stellen der nächste Schritt auf dem Weg ist, den wir gehen. Ein weiterer Schritt ist die Weiterentwicklung der Schulorganisation. Ich glaube, dass wir auch in diesem Bereich mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben sollten. Meine persönliche Idee ist seit langem, dass die Schulen einen **Schulvorstand** bekommen, in dem die Kooperation, die wir jetzt im Rahmen der Schulkonferenz durch Beteiligung von Eltern, Lehrern, Kommunen und gegebenenfalls auch Schülern haben, auch auf kontinuierlicher Ebene - die Schulkonferenz trifft sich ja nur zweimal im Jahr - repräsentiert wird. An den freien Schulen haben wir das zum Beispiel schon.

Damit verbunden ist auch die Frage der Professionalisierung des Managements. All diese Punkte liegen vor uns und wir werden uns auf sie zubewegen. Wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Wir sind aber mit der Dezentralisierung der Lehrerverwaltung wieder einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei der Frau Ministerin.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Dr. Höppner hat das Wort.

**Dr. Henning Höppner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schulen haben in der Vergangenheit immer darüber geklagt, dass sie in weiten Bereichen fremdverwaltet werden. Das betraf und betrifft zum Großteil auch heute noch den Bereich der sächlichen Ausstattung und der Unterhaltung der Schulen. Es betrifft also ganz wesentlich die Bereiche, die in der Verantwortung der Schulträger liegen. Das betrifft aber auch den dienstlichen und personellen Bereich der Lehrkräfte in den Schulen. Der Wunsch nach mehr Eigenverantwortung kommt im Wesentlichen aus den Schulen selbst. Er wird in der Regel von den Schulkonferenzen und von vielen Schulleiterinnen und Schulleitern getragen. Gleichwohl müssen wir feststellen, dass nicht alle Schulleitungen das Thema der Stärkung der Autonomie mit Begeisterung aufnehmen. Es gibt Vorbehalte hinsichtlich des gestiegenen Verwaltungsaufwands und hinsichtlich der Zeitminderung für die eigentlichen Aufgaben der Schulleiterinnen und Schulleiter.

Im schleswig-holsteinischen Schulgesetz sind die Voraussetzungen für die Wahrnehmung der Aufgaben der Schulverwaltung hinreichend festgelegt. Die Schulleiterinnen und Schulleiter tragen die Verantwortung für die **Verwaltung der Schulen**. Sie verwalten die Schule für den Schulträger und sie sind Dienstvorgesetzte der Lehrkräfte an den Schulen und der Beschäftigten des Schulträgers. Sie sind selbst befugt, ihnen selbst zugeordnete Aufgaben auf die Lehrkräfte ihrer Schulen zu übertragen. Mit Beginn des Schuljahres 2002/2003 werden die schulbezogenen Stellenausschreibungen, die Durchführung von Bewerbungsverfahren, die Anordnung von Genehmigung von Mehrarbeit und die Vorbereitung einer einvernehmlichen Versetzung zwischen Schulen, flächendeckend auf die Gymnasien und Gesamtschulen übertragen.

Für die Schulen hat das Verfahren den Vorteil, dass sie sich in einem persönlichen Gespräch eine Vorstellung und ein eigenes Bild von den Bewerberinnen und Bewerbern verschaffen können. Es scheint - das zeigen zumindest die Erfahrungen aus dem Kreis Pinneberg - eine ausgesprochen positive Resonanz bei den Schulen zu geben. Ich will dennoch Bedenken gegen dieses Verfahren nennen. Sie kommen aus dem Bereich der überörtlichen Personalräte. Diese Bedenken beziehen sich auf die zukünftig gegebenen Möglich-



(Dr. Henning Höppner)

keiten, neben der gewünschten Fächerkombination zusätzliche Qualifikationen und Persönlichkeitsmerkmale in die Stellenanforderungen aufzunehmen. Dies - so die Bedenkenträger - wird die Chancengleichheit der Bewerberinnen und Bewerber beeinträchtigen und die Auswahlmöglichkeiten der Schulen einengen. Es gibt - so die Befürchtungen - kein landesweit offenes Bewerbungsverfahren mehr. Wir werden uns anschauen, wie sich das in der Praxis darstellen wird. Das zentrale Verfahren wird ohnehin nicht ausgesetzt werden.

Die weit reichende **Übertragung von Aufgaben** der Personalverwaltung auf die unteren Schulaufsichtsbehörden halten wir für ausgesprochen sinnvoll. Dort, in den **Schulämtern** der Kreise und kreisfreien Städte, werden im Rahmen der Aufgaben der unteren Landesbehörde ohnehin schon heute vorbereitende Anteile in die Personalverwaltung eingebracht und die Personalakten der Lehrkräfte als B-Akten geführt. Hier, in den Schulämtern, wird aus einer vorbereitenden Personalverwaltung eine eigenverantwortliche Personalverwaltung. Sie wird die Schulämter daher zeitlich und organisatorisch auch nicht stärker belasten.

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Absicht der Landesregierung, die Lehrpersonalverwaltung in sinnvollen Bereichen auf die Schulen und Schulämter zu übertragen. Sie wird die Flexibilität in der Sicherung der Unterrichtsversorgung erhöhen und das Profil unserer Schulen stärken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Storjohann das Wort.

**Gero Storjohann [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ministerin hat in ihrem Beitrag selbst davon gesprochen, dass wir von dem Gängelband des Kultusministeriums befreit werden. Das möchten wir gern positiv begleiten. Die zentrale Personalverwaltung für Schulen wurde mit dem Modellprojekt „Dezentralisierung von Verantwortung im Schulbereich/Delegation der Lehrpersonalverwaltung“ aufgelockert. Der heute vorliegende Bericht gibt einen überwiegend positiven Gesamteindruck von diesem Schritt in Richtung **Personalverantwortung vor Ort**.

Im Bereich der **berufsbildenden Schulen** wurde die Personalverwaltung in Schleswig-Holstein vor Ort inzwischen flächendeckend umgesetzt. Wir - auch als CDU-Fraktion - erfahren aus dem Umfeld der Berufs-

schulen überwiegend positive Signale über die zusätzlichen Personalauswahlmöglichkeiten vor Ort.

Der Vorteil für die Schule liegt auf der Hand: Es ist eine gezielte Personalauswahl möglich. Der Vorteil für das Personal selbst: Es ist eine größere Berufszufriedenheit auf Dauer festzustellen.

Jetzt ist für 2002/2003 vorgesehen, die **Dezentralisierung** auf das ganze Schulsystem zu übertragen.

Der Bericht weist auf Seite 4 darauf hin, dass das dezentrale Besetzungsverfahren nicht vollständig anstelle der zentralen Vergabepaxis treten kann. Dies wird im reduzierten Umfang auch weiterhin erforderlich sein - das alles ist von meinen Vorrednern sehr schön vorgetragen worden -, allerdings weise ich auf eine Problematik hin. Wir marschieren auf eine eklatanten **Lehrermangel** in der Zukunft zu. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit diesem neuen System etwas haben, dass auch den Anforderungen der Zukunft gerecht wird.

Wird es den benachteiligten **Randstandorten** in Schleswig-Holstein auch eine ausreichende Lehrerversorgung garantieren? - Das ist die Frage. Hierzu fehlt mir noch eine Konkretisierung im Bericht. Hier erwarten wir von der CDU im Ausschuss eine detailliertere Konzeptbeschreibung, damit wir das besser nachvollziehen können.

Zukünftig werden auch die Schulämter mehr Verantwortung bekommen, und zwar die Durchführung des Planstellenbemessungsverfahrens in eigener Zuständigkeit, die Zuteilung von dezentral zu besetzenden Stellen an den Schulen und die notwendige Koordination und Zeitplanung. Damit verlagert er das Ministerium vor dem Hintergrund des absehbaren Lehrermangels die Mangelverwaltung auf die untere Ebene. Das müssen wir so feststellen.

Unklar werden die Formulierungen in dem Bericht, wenn sie die Zielzahl der dezentral zu besetzenden Planstellen beschreiben.

Welchen Stellenwert hat das verfassungsrechtliche Gebot der Bestenauslese? Wie ist es sinnvoll vereinbar mit dem Gewicht der schulspezifischen Kriterien im Rahmen der Profilbildung der einzelnen Schulen? - Das gilt es gegeneinander abzuwägen. Da brauchen wir noch konkretere Antworten von Ihnen, Frau Ministerin.

Auf Seite 8 sprechen Sie von dem nachvollziehbaren Wunsch der Bewerberinnen und Bewerber nach einem konkreten Schulstandort. Dies streichen Sie - vielleicht sogar zu Recht - als Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Bundesländern heraus. Nur, wenn alle Bun-

(Gero Storjohann)

desländer das gleich machen, ist es auch kein Vorteil mehr; dann ist es ein notwendiges Nachklappen.

Allerdings bleibt das Grundproblem bei der Dezentralisierung bestehen: Bei Lehrermangel sehe ich erhebliche Probleme bei der Verteilung über das ganze Land.

Unser Ziel muss es doch sein, **Standortnachteile** auszugleichen, um eine gleichmäßige Lehrerversorgung im gesamten Land zu erreichen.

Im Grundsatz stimmen wir Ihnen zu, in der Detailplanung sind Sie noch in der Berichtspflicht im Bildungsausschuss.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die dezentrale Stellenbesetzung bietet unbestreitbar Vorteile, wie sie auch an den Schulen, wo dies schon heute so praktiziert wird, gesehen werden. Die Berufsschulen sind hier in der Debatte als ein Erfahrungsbereich, in dem grundsätzlich eine positive Aufnahme dieser neuen Organisationsregelung vorhanden ist, angesprochen worden.

Es gibt aber auch - dass ist in der Debatte auch schon gesagt worden - noch einige Fragen und auch Risiken gerade im Hinblick auf die weitere Entwicklung. Denken wir etwa daran, dass der Lehrermangel in den kommenden Jahren zunehmen wird. Natürlich bleibt eine Sorge, dass bei einer von der einzelnen Schule ausgehenden Stellenbesetzung Standorte, die sich in einer Randlage befinden und die von Bewerbern nicht besonders stark prioritär gesucht sind, in einen Nachteil geraten könnten. Das ist in einem **Flächenland**, das auch die Pflicht hat, eine gute und alle Fächer, und zwar auch Mangelfächer, umfassende **Lehrerausstattung** an allen Standorten sicherzustellen, ein Problem, das man weiter wird bedenken müssen. Es ist richtig, dass überall dort, wo auf dem Weg der dezentralen Stellenbesetzung die Schule letztlich nicht zu einem Ergebnis kommt, die „Rückfalllösung“ da ist, dass das Land in die Pflicht genommen wird, für die Schule eine personelle Lösung zu finden.

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen, der die **Berufsschulen** betrifft. Ich glaube, man sollte daran denken, die im Prinzip vernünftige und gut funktionierende dezentrale Stellenbesetzung um einen, wenn auch vielleicht nur kleinen, **Landespool** zu ergänzen. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen.

Wenn wir wissen, dass in einem **Mangelfach** im Berufsschulbereich in den nächsten drei Jahren mehrere Pensionierungen anstehen, aber gleichwohl in dem laufenden Jahr, in dem Stellen zu besetzen sind und eine Referendarin oder ein Referendar in diesem Mangelfach ihre oder seine Ausbildung gerade abschließt, vor Ort im Rahmen der dezentralen Stellenbesetzung keine Stelle für diesen Menschen frei ist, sollten uns überlegen, ob wir nicht gerade in solchen extremen Mängelfächern - die haben wir vielfach, gerade im Berufsschulbereich - einen kleinen „Feuerwehrpool“ auf Landesebene einrichten sollten. Dieser sollte mit einigen Stellen ausgestattet sein und mit ihm könnten wir sozusagen Leute, von denen wir genau wissen, dass wir sie im nächsten oder im übernächsten Jahr dringend brauchen, für Schleswig-Holstein, für unser Schulsystem sichern und stünden dann nicht vor dem großen Problem, dass wir keine ausgebildeten Lehrkräfte haben.

Wie gesagt: Keine prinzipielle Änderung, aber ein Abfedern in einer Mangelsituation durch einen solchen zusätzlichen kleinen Landespool, mit dem man die Möglichkeit hat, gezielt für die Mangelfächer Vorsorge zu betreiben.

Eine völlige **Übertragung von Verwaltungstätigkeiten**, administrativen Tätigkeiten auf die Schulen selbst kann ohne entsprechende Ressourcen nicht erfolgen. Kollege Hentschel, wenn Sie davon ausgehen, dass jede Schule sozusagen umfassend ein eigenes **Management** aufbauen soll und die ganze Personalverwaltung inklusive beispielsweise Lohnbuchhaltung abwickeln soll - so jedenfalls habe ich Ihren Redebeitrag verstanden -, heißt das, dass jede der 1.100 Schulen hier im Land einen eigenen Geschäftsführer bekommen müsste - so wie auch Schulen in freier Trägerschaft eigene Geschäftsführer haben. Das würde dann allerdings in der Summe einen wesentlich höheren **Personalaufwand** bedeuten, als wir ihn heute bei den Strukturen, die wir beim Land haben und die von der Schulaufsicht bereitgestellt werden, haben. Dann wäre auch der Anteil der Verwaltungskosten deutlich höher. Solche Dinge wie Lohnbuchhaltung, Gehaltszahlung und so weiter sollten für die Mitarbeiter zentral über das Landesbesoldungsamt des Landes abgewickelt werden. Es sollte nicht jede einzelne Schule ihre eigene Organisation aufbauen. Da muss man sehr genau gucken, welche Dinge man im Sinne dezentraler Stellenbesetzung sehr wohl zunehmend und in verstärktem Maße den Schulen übertragen kann und was sinnvollerweise das Land beziehungsweise die untere Schulaufsicht macht, die Schulämter machen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für den SSW ist das Fazit, das sich aus dem vorliegenden Bericht der Landesregierung ergibt, klar: Die Landesregierung sollte die Dezentralisierung der Lehrerverwaltung flächendeckend und für alle Schularten so schnell wie möglich umsetzen. Denn der Bericht legt überzeugend dar, dass die bisherigen Modellversuche zur Stärkung der schulischen Eigenverantwortung sehr erfolgreich waren und von allen Beteiligten angenommen worden sind.

Konkret geht es bei der eingeführten Dezentralisierung um das **Anstellungsverfahren** für neue Lehrerinnen und Lehrer. Früher wurde dieses Besetzungsverfahren zentral durch das Bildungsministerium gesteuert, das dann die neu angestellten Lehrerinnen und Lehrer auf die Schulen verteilte. Das ist heute schon mehrfach erklärt worden.

Seit dem Schuljahr 1996/97 gibt es in verschiedenen Kreisen bei verschiedenen Schularten und bei den berufsbildenden Schulen Modellversuche, in denen das neue, **dezentrale Besetzungsverfahren** ausprobiert wurde.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Aus dem Bericht wird deutlich, warum die dezentrale Personalverwaltung ein Vorteil für das Land und für alle vor Ort Beteiligten ist, angefangen bei den Schülern über die Schulleiter bis hin zu den Personalvertretungen.

Ich will jetzt nicht alles aufzählen, was im Bericht nachzulesen ist und was auch von den Aussagen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Anderson im Bericht erwähnt wird. Aber natürlich kann die Schulleitung vor Ort viel besser ein spezifisches Anforderungsprofil der zu besetzenden Stelle für die regional angesiedelte Schule erstellen, als es das Bildungsministerium oder das Schulamt kann, auch wenn es richtig ist, dass das dezentrale Besetzungsverfahren nicht vollständig an die Stelle der zentralen Vergabepaxis treten kann. Die Argumente sind ja auch schon ausgetauscht worden.

Mit diesem **dezentralen Besetzungsverfahren** wird die Eigenverantwortung der Schulleiterinnen und Schulleiter und der Schulen gestärkt. Das wollen wir. Wir wollen, dass sie ihr Personal direkt vor Ort einstellen können und dass sie auch die Bewerberinnen und Bewerber selbst beurteilen können. Es liegt auf

der Hand, dass solche Entscheidungen vor Ort besser aufgehoben sind als im fernen Kiel.

Ein noch wichtigeres Argument für eine Dezentralisierung der Lehrpersonalverwaltung ist aus unserer Sicht der zukünftige Lehrermangel, der zu einem verschärften **Wettbewerb** zwischen den Ländern um Bewerberinnen und Bewerber führen wird. Die jungen Lehramtsanwärterinnen und -anwärter werden es sich nicht bieten lassen, dass das Bildungsministerium sie zentral an die Schulen verteilt. Es mag sein - Dr. Klug sagte es -, dass wir trotzdem eine zentrale Verteilung haben müssen. Aber wir müssen als Flächenland in Zukunft auch verstärkt auf die individuellen Wünsche der Bewerberinnen und Bewerber Rücksicht nehmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das passiert doch schon!)

Wir müssen lernen, dass Standorte attraktiv gemacht werden können, wenn für Familien Angebote bereitgestellt werden, wenn nicht nur auf die Schule fokussiert wird, sondern auf das ganze Umfeld.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die Schulleitungen vor Ort oder auch die Schülern einer weiteren Dezentralisierung und Flexibilisierung der Schulverwaltung widersetzen werden, und ich möchte in Erinnerung rufen, dass sich auch der Schleswig-Holsteinische Gemeindefrat ernsthaft Gedanken darüber macht, inwiefern man in Richtung Kommunalisierung von Schule weiterkommen kann.

Viel zu lange - das ist unsere Meinung - ist alles vom Bildungsministerium zentral gesteuert worden. Es wird Zeit, dass wir in der Bildungspolitik den Schulen mehr Eigenverantwortung, auch im finanziellen Bereich, zutrauen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Für einen Kurzbeitrag hat nun der Herr Abgeordnete Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Dr. Klug, ich möchte mich dafür bedanken, dass unsere Auffassungen so nah beieinander liegen.

(Zuruf von der CDU: Wollt ihr eine Ampel machen?)

Wir befinden uns gegenwärtig in der konkreten Diskussion darüber, wie eine Verselbstständigung von Schulen tatsächlich stattfinden kann. Hierfür sind die

**(Karl-Martin Hentschel)**

freien Schulen durchaus ein Modell, das man sich ansehen muss. Sie haben völlig Recht. Ich kenne das aus dem Konzern auch.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aus welchem Konzern? - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Kayenburg, wenn ich eine dezentrale Personalverwaltung habe - das wissen Sie auch -, dann gehen trotzdem die normalen Arbeiten an die Personalbuchhaltung. Die Unterlagen müssen ja nicht in der Schule bearbeitet werden. In der Schule werden vielmehr die Entscheidungen getroffen und die Verwaltung erhält die Unterlagen. Das Gleiche gilt übrigens auch für die Kosten-Leistungs-Rechnung. Man erhält monatlich die Abrechnung. Trotzdem weiß man, wie man wirtschaftet, und kann entsprechende finanzielle Entscheidungen treffen. Das heißt, der Service soll weiter beim Land gemacht werden. Das ist völlig logisch.

Ich will noch einen Punkt nennen, bei dem es - auch bei den Modellversuchen - momentan Schwierigkeiten gibt. Das sind die Einstellungstermine. Wir müssen bei den Einstellungsterminen flexibler werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich denke, dass die Schule, wenn sie selber die Entscheidungen trifft - das ist auch der Wunsch der Schulen, mit denen ich geredet habe -, weiß, wo sie der Schuh drückt, ob sie eine Stelle eine Zeit lang unbesetzt lassen kann, wann die Einstellung notwendig ist. Das ist nicht immer nur zum Schuljahresbeginn. Es kann auch Gründe geben, die zwischendurch eine Einstellung notwendig machen. Das hat auch den Vorteil für die Bewerber, dass man ihnen feste Zusagen zu einem bestimmten Termin machen kann. Heute besteht die Situation, dass bestimmte Bewerber aufgrund der Einstellungstermine erst einmal schauen, ob sie in anderen Bundesländern eine Stelle bekommen. Ich glaube, dass auch in diesem Punkt zusätzliche Flexibilität erforderlich ist, und wünsche mir, dass wir auch in diesem Punkt weiterkommen. - Danke schön.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Hentschel, Sie sollten Ihre Fraktion besser organisieren, bevor Sie hier solche Reden halten!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es gibt im Ausschuss noch viel zu diskutieren. Ich empfehle daher, den Bericht dem Fachausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um

das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das haben wir so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

**Sicherheitsmaßnahmen auf kleineren Flughäfen und Luftlandeplätzen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1355

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Es ist Berichterstattung durch die Landesregierung beantragt worden. Die Landesregierung ist berichterstattungsfähig.

(Heiterkeit - Martin Kayenburg [CDU]: Das musste einmal gesagt werden!)

Ich erteile Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung ist immer berichterstattungsfähig, auch heute.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur nicht immer willig!)

- Bei sinnvollen Anträgen schon, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ach! Sie wollten sagen: Das ist ein sinnvoller Antrag?)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zur Sache!

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Das Thema Sicherheit im Flugverkehr hat seit dem 11. September eine völlig neue Dimension erhalten. Aus dem Verkehrsmittel Flugzeug ist - so furchtbar das ist - eine potenzielle Mordwaffe geworden. Der Absturz der Airbus-Maschine am vergangenen Montag in den New Yorker Stadtteil Queens hat dies noch einmal schrecklich vor Augen geführt.

Der Staat ist in dieser brisanten Situation gefordert, die **Sicherheit im Luftverkehr** zu optimieren. Hier gilt ebenfalls das, was gestern beim Thema Milzbrand gesagt worden ist: Absolute Sicherheit vor Terroristen wird es nicht geben können. Wir werden allerdings alles tun müssen, um vorbereitet zu sein, und wir werden die Sicherheitsmaßnahmen optimieren und maximieren müssen.

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben am 19. Oktober ein Maßnahmenpaket gegen den internationalen Terrorismus verabschiedet. Dieses sieht neben

**(Minister Dr. Bernd Rohwer)**

der besseren Sicherung der Cockpits und dem erschweren Zugang zu Flugsimulatoren und Flugschulen auch die Verschärfung der Sicherheitsbedingungen auf den Flughäfen der EU-Staaten vor.

Auch auf den **Flughäfen in Schleswig-Holstein** sind eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, um die Sicherheit im Luftverkehr zu erhöhen. Dies gilt sowohl für die Flughäfen Kiel-Holtenau, Lübeck, Blankensee und Westerland als auch für die 12 Verkehrslandeplätze in Schleswig-Holstein und in nochmals abgestuftem Maße auch für die Sonderlandeplätze.

Bisher schon - das wissen Sie - wurden die Fluggäste im **Linienverkehr**, also in Kiel, Lübeck und Westerland, überprüft: Kontrollen des Hand- und des Reisegepäcks, Zugangsüberwachung der nicht öffentlichen Bereiche. Für alle Flugplätze galt auch schon bisher, dass Luftfahrzeugführer und Luftfahrzeuge kontrolliert werden. Diese Bestimmungen wurden inzwischen durch Änderungen im Luftverkehrsgesetz des Bundes deutlich verschärft. Das Luftverkehrsgesetz sieht ein Verbot der Mitnahme von gefährlichen Gegenständen vor, die sich zu Angriffen auf Personen oder zur Beschädigung von Luftfahrzeugen eignen. Hier sind die Kontrollen auch in Schleswig-Holstein ausgeweitet worden. Sie werden es bemerkt haben, wenn Sie fliegen.

Für die Angestellten im **Flughafenbereich** gilt das Gebot, einen Ausweis bei sich zu tragen, den der Flughafenbetreiber den Mitarbeitern nach einer Überprüfung der Person ausstellt. Weiterhin gibt es die stichprobenartige Überprüfung des Kabinen- und Cockpitpersonals. Die Überwachung der abgestellten Flugzeuge und die Videoüberwachung weiterer Flugplatzbereiche ist in Schleswig-Holstein ausgeweitet worden. - Alle diese Maßnahmen gelten für Kiel, Lübeck und Westerland.

An allen Flughäfen in Schleswig-Holstein fährt die Polizei in Abstimmung mit dem Innenminister verstärkt Streife.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Einen Augenblick, Herr Minister. - Ich habe bestimmt Verständnis für Konditionsprobleme. Aber die sollten nicht schon am Vormittag auftreten.

(Heiterkeit)

Ich bitte um etwas mehr Konzentration!

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Des Weiteren wurden alle Luftfahrtschulen durch die Polizei überprüft, und die **Kontrollstellen** auf den **Flughäfen** arbeiten bei der Prävention eng mit den **Sicherheitsbehörden** zusammen. Die Luftaufsichtsstellen in Schleswig-Holstein wurden vom Landesamt für Straßenbau und Verkehr angewiesen, unbekannte Luftfahrzeugführer, besonders bei Vercharterung, oder verdächtige Luftfahrzeugführer verstärkt zu kontrollieren und gegebenenfalls die Polizei zu verständigen sowie abgestellte Luftfahrzeuge, Vorfeldbereiche und Flugplatzeinzäunungen verstärkt zu überwachen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Diese Maßnahmen wurden allen Flugplatzhaltern empfohlen. Vereine und Verbände - Sie kennen das Problem - sollen für den Sicherheitsaspekt sensibilisiert werden, damit der Luftverkehr auch auf den kleineren Verkehrs- und Sonderlandeplätzen möglichst sicher ist.

Zur weiteren Erhöhung der Luftsicherheit sind weitere Maßnahmen vorgesehen. Die Zugangsberechtigungen für **sicherheitsrelevante Bereiche** der Flughäfen sollen künftig genauer spezifiziert werden. Die Zugangsberechtigten einschließlich des Personals für Luftaufsicht und Flugsicherung sollen öfter selbst kontrolliert und jährlich überprüft werden. Das Kontrollpersonal wird mit Unterstützung des Landeskriminalamts zusätzlich geschult. Im Übrigen drängt Schleswig-Holstein mit anderen Ländern im Bundesrat darauf, dass es Überflugverbote mit ausgeweiteten Zonen bei Kernkraftwerken gibt. Das gilt auch für die Kernkraftwerke, die nahe an oder in Schleswig-Holstein liegen.

Unser Ziel ist auch in Zukunft das höchstmögliche Maß an Sicherheit. Dafür haben wir bereits jetzt Maßnahmen getroffen. Wir unterstützen bei der Bundesregierung, dem Bundesrat und auch bei der EU alle Maßnahmen, die diesem Ziel dienen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht. Ich eröffne jetzt die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Graf Kerksenbrock das Wort.

**Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte es für richtig, dieses Thema durchaus nüchtern zu behan-

**(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)**

deln und nicht zu überhöhen. Ich glaube, auch der Bericht des Ministers hat dies deutlich gemacht. Wir wollten durch unseren Antrag im Grunde einfach wissen, was passiert und wann es passiert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bist du jetzt schlauer geworden?)

- Wir sind schon ein bisschen schlauer geworden, Herr Kollege Kubicki. - Wir konnten feststellen, dass es durchaus Maßnahmen, und zwar eine ganze Reihe, gibt, die ergriffen worden sind. Ich sage Ihnen allerdings ganz offen: Es wäre natürlich schön gewesen, wenn wir Ihren Bericht vorher in schriftlicher Form vorliegen gehabt hätten. Dann hätte man dazu noch substanzierter etwas sagen können.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Dies sollte möglich sein und es muss erlaubt sein, diese Kritik zu äußern.

Lassen Sie mich etwas Grundsätzliches sagen - auch der Minister hat im Grunde darauf hingewiesen -: Nach dem 11. September ist nichts mehr so, wie es einmal war. Das heißt, auch die schöne Metapher von Reinhard Mey „Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein“ gilt nicht mehr so, wie es einmal schien. Wir haben uns dem zu stellen, dass das Flugzeug ein Verbrechens- und Terrorinstrument sein kann und in erheblicher Weise missbraucht werden kann. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

Sie haben erweiterte Überflugverbote bei Kernkraftwerken erwähnt. Die Debatte über die Kernkraftwerke zeigt, dass **Sicherheit** vor Flugzeugterroristen nicht nur bei den Flugzeugen und den Flugzeugführern ansetzen muss, sondern natürlich auch bei den **Flughäfen** selbst. Wenn Menschen in der Luft sind, dann muss in diesen Zeiten leider auch die Kontrolldichte zunehmen, und zwar nicht nur in der Luft, sondern auf den Flughäfen selbst. Sie haben deutlich gemacht, wo angesetzt werden muss: bei den Zugangskontrollen, der Videoüberwachung. Wer kreucht und fleucht eigentlich auf den Flugplätzen herum, wer darf da herumkreuchen und -fleuchen? Gibt es für den Fall, dass man hinterher recherchieren muss, die Möglichkeit eines späteren Nachweises? Diese **Kontrolldichte** müssen wir uns in diesem freien Land, das wir auch bleiben wollen, leider leisten.

Ich erinnere beispielsweise an die Gerüchte vor einigen Jahren um den Flugplatz in Hartenholm, die aber nicht verifiziert werden konnten. Es ging einerseits um die Seriosität der Betreiber, aber auch um das Treiben, das dort stattfand. Auch dies ist Veranlassung für unseren Antrag.

Wir wollen eine bundesweite Einbettung. Es kann nicht sein, dass besondere Maßnahmen ausschließlich in Schleswig-Holstein stattfinden und damit der private Flugverkehr in Schleswig-Holstein nicht mehr stattfindet, aber außerhalb Schleswig-Holsteins alles fröhlich weitergeht, als wenn nichts geschehen wäre. Dies alles werden wir im Ausschuss vertiefen. Bei dieser nüchternen und sachlichen Feststellung möchte ich es bewenden lassen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Rother das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kerssenbrock, erst einmal vielen Dank für den sachlichen Debattenbeitrag. Dies war nach der gestrigen Milzbrandfalldiskussion eigentlich kaum zu erwarten. Aber es ist ganz gut, dass wir hier wieder auf dem Boden der Tatsachen angekommen sind.

Zur Sache! Die **Bundesregierung** hat nach dem Anschlag vom 11. September schnell und zielgerichtet Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Flugverkehr auf den Weg gebracht. Bereits am 19. September verabschiedete das Bundeskabinett eine **Verordnung** über die **Zuverlässigkeitsprüfung für Zivilpersonen**, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen eingesetzt werden. Bislang lag die Durchführung einer solchen Überprüfung im Ermessen der Luftfahrtbehörde. Das Reise- und Handgepäck wird seither stärker kontrolliert. Gegenstände, die als Waffe dienen könnten, dürfen ab sofort nicht mehr im Handgepäck mitgeführt werden. Das gilt eben auch für die berühmten Scheren, Nagelfeilen und andere spitze Gegenstände, die jetzt in das aufzugebende Reisegepäck gehören. Mit den Fluggesellschaften und den Flugzeugherstellern wurden und werden technische Maßnahmen zum besseren Schutz der Cockpits vereinbart.

**Sicherheitsflugbegleiter**, die man auch „Skymarshals“ nennt, schützen die Fluggäste vor möglichen Luftpiraten. Es ist gut, dass dies durch ausgebildete Polizeivollzugsbeamte des BGS passiert und nicht durch Private. Private Sicherheitsdienste wären hierzu sicherlich nicht so gut in der Lage.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Vor dem Hintergrund der **Qualifikation von Sicherheitskräften** ist ein Hinweis auf das Papier von Herrn Wadephul - er ist gerade nicht anwesend - sicherlich angebracht, der nach dem 11. September eine Hilfspolizei ins Spiel gebracht hat. Auch seine Bürgerwehr

(Thomas Rother)

wäre vielleicht ganz froh, wenn sie einmal mitfliegen dürfte. Bei der Diskussion über zusätzliche Maßnahmen nach dem 11. September wird die Absurdität eines großen Teils der Vorschläge deutlich. Darüber werden wir uns vielleicht noch andernorts unterhalten, sofern die CDU diese Vorschläge bis daher nicht schon selbst wieder eingestampft hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Denken Sie an Herrn Schlie!)

- Herr Schlie ist da schon ein bisschen weiter, auch mit sinnvolleren Vorschlägen.

Die Präsenz von qualifizierten - die Betonung liegt auf „qualifizierten“ - Sicherheitskräften auf **Flughäfen** wurde natürlich auch erhöht. Eine Expertengruppe auf Bundesebene wird weitere Vorschläge zur Erhöhung der Luftsicherheit vorbereiten. Ebenso werden EU-weite Regelungen zur Sicherheit auf den Weg gebracht. Eine erste Sitzung der Verkehrsminister hierzu fand am 14. September statt. Auch auf dieser Ebene ist eine entsprechende Expertengruppe eingesetzt worden. Auf Regierungsebene wurden erste Maßnahmen - dies hat der Wirtschaftsminister schon vorgestellt - am 19. Oktober vereinbart. Auch Herr Kerssenbrock hat es am Schluss schon angemerkt: Hier sind nicht nur nationale Regelungen, sondern weltweite Regelungen erforderlich, denn mit dem Flugzeug ist man ein bisschen schneller als mit anderen Verkehrsmitteln. Nur das, was weltweit gelten wird, ist auch tatsächlich wirksam. Darüber hinaus hat die Bundesregierung nach den Terroranschlägen **Staatsgarantien für Fluggesellschaften** übernommen. Diese sind bis zum Januar 2002 vorläufig verlängert. Es muss natürlich eine privatwirtschaftliche **Haftungsregelung** mit der **Versicherungswirtschaft** erfolgen. Auf Dauer kann der Staat hier nicht eintreten.

Minister Rohwer hat zu den Maßnahmen, die für die Flugplätze in unserem Lande greifen, schon Bericht erstattet. Ich danke dem Minister für diesen Bericht. Er macht deutlich, dass die Flugsicherheit hier in guten Händen ist. Er macht deutlich, dass wie auf Bundesebene auch in Schleswig-Holstein rasch, zielgenau und maßvoll gehandelt wurde. Weitere Maßnahmen stehen noch an.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Über das richtige Maß dieser Punkte wird man sicherlich noch weiter reden müssen. Das kann man dann im Wirtschafts- und im Rechtsausschuss machen. Aber weder Panikmache noch Herunterspielen der Bedrohungslage, die real vorhanden ist, sind dafür geeignete Diskussionsgrundlagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort. - Das Kaffeekränzchen in der letzten Reihe unter Anführung des Abgeordneten Jahner könnte vielleicht besser im Konferenzraum Platz nehmen.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Bei der Vorbereitung auf diesen Tagesordnungspunkt hatte ich ein Problem: Der Bericht lag noch nicht vor. Da ist die Frage, wer beauftragt wurde. Sollte ich die Recherche durchführen, um hier Stellung zu nehmen, oder ist das Sache der Regierung? Nachdem der Minister den Bericht eben gehalten hat, ist es ein bisschen schwer, darauf zu reagieren. Also habe ich mich erst einmal mit dem Inhalt des schriftlich vorliegenden Berichts-antrages befasst und mir die Frage gestellt: Was will der Antragsteller mit dem Antrag sagen beziehungsweise was will er von der Landesregierung wissen?

Zuerst sollten wir uns meines Erachtens aber über die Begriffe einigen, damit wir überhaupt wissen, worüber wir reden. Da stellt sich für mich die Frage: Was sind kleine Flughäfen und was - bitte schön - sind „zivile Luftlandeplätze“? Mir ist der Begriff Luftlandetruppe bekannt. Dann müsste es der Platz sein, an dem die Fallschirmspringer landen und dann müssten zivile Luftlandeplätze Plätze sein, auf denen ein ziviler Fallschirmspringer, also ohne Waffen ausgestattet, landet.

(Zuruf: Möllemann! - Heiterkeit)

- Da haben wir eine neue Begriffsbestimmung. Vielen Dank, Herr Kollege! - Ich hätte mir gewünscht, dass der Berichtsantrag etwas präziser gefasst worden wäre. Nach meinen Erkenntnissen gibt es in Schleswig-Holstein Regionalflugplätze, zum Beispiel Kiel und Lübeck.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es gibt keine Luftlandeplätze! - Weitere Zurufe)

- Es gibt keine Luftlandeplätze. - Es gibt mehrere - der Minister nannte vorhin die Zahl zwölf - Verkehrslandeplätze, zum Beispiel mit Flugleitung ausgestattet und mit bekannten Öffnungszeiten, die in den entsprechenden Büchern nachzulesen sind, wie zum Beispiel Hartenholm, Uetersen-Heist, Flensburg oder Husum. Dann gibt es noch Sonder- oder Außenlandeplätze wie zum Beispiel bei unserem Kollegen Feddersen auf Pellworm, die einfach nur mit Pisten und entsprechenden Barken an den Rändern ausgestattet sind, damit man die Landebahn nicht irgendwie verfehlt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und wo ordnen Sie Appen ein? - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

**(Günther Hildebrand)**

- Ein so genannter Verkehrslandeplatz.

(Heinz Maurus [CDU]: Und Westerland? - Weitere Zurufe)

Außerdem gibt es noch die militärischen Einrichtungen. Auf den Verkehrs- und Sonderlandeplätzen gibt es keinerlei Zoll; auf Sonderlandeplätzen darf normalerweise kein Flugzeug aus dem Zolllausland landen. Bei Verkehrslandeplätzen wird gegebenenfalls der Zoll angefordert.

Daraus ergibt sich, dass auf **Verkehrs- und Sonderlandeplätzen** nur sehr bedingt gezielt **Sicherheitskontrollen** durchgeführt werden beziehungsweise durchgeführt werden können. Herr Minister, Sie sprachen davon, dass das alles ausgedehnt werden soll. Ich möchte mir nicht ausmalen, was es bedeutet, wenn man diese Plätze rund um die Uhr bewachen will, wenn man dort die entsprechenden Kontrollen durchführt. Das wäre letztlich nicht finanzierbar und wir würden damit zum Beispiel die **Sportfliegerei** in Schleswig-Holstein nicht mehr möglich machen. Das kann nicht Sinn und Zweck sein.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wie mir bekannt ist, sind nach dem 11. September auf den Verkehrslandeplätzen **Registrierungen des Personals** im Alter von 18 bis 40 Jahren sowie der Piloten und Flugschüler möglicherweise schon im Rahmen der anlaufenden Rasterfahndung vorgenommen worden. Hier besteht also kein weiterer Handlungsbedarf. Außerdem ist das Personal aufgefordert worden, besonders aufmerksam zu sein, speziell gegenüber Ausländern, insbesondere Arabern. Wir sehen also, hier wird schon systematisch nach möglichen Gefährdungen gefahndet.

Eine 100-prozentige Sicherheit vor kriminellen Handlungen werden aber auch solche Maßnahmen nicht bieten. Selbst wenn die Union irgendwann einmal an die Regierung käme, könnte sie das nicht garantieren.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Heinz Maurus [CDU]: Seien Sie einmal ein bisschen optimistischer!)

Kollege Klug hat das vorhin in dem richtigen Zeitrahmen dargestellt.

Kleine Flugzeuge können - wie bereits gesagt - auch auf Schotterpisten landen und starten, ohne dass es jemand zur Kenntnis nimmt. Nun stellen Sie sich einmal die gleiche Problematik beim Einsatz von Hubschraubern vor, die letztlich überall „herunterkommen“ können. Das wäre überhaupt nicht mehr zu kontrollieren.

Meine Damen und Herren, hier ist eine Politik mit ruhiger Hand gefragt, wie sie leider in anderen Bereichen fälschlicherweise betrieben wird.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Hoffentlich sagt der einmal etwas zu den Hubschraubern! - Lothar Hay [SPD]: Nenn die Hubschrauberplätze mit! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Oder Tiefflieger!)

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei Herrn Hildebrand für die interessanten Ausführungen am Rande des Themas.

(Heiterkeit)

Ich bedanke mich auch für den Bericht. Ich bin mir mit dem Minister in Sachen Flughäfen nicht immer einig, aber in diesem Fall glaube ich, dass ich den Bericht, den der Minister gehalten und den ihm sein Flugreferent, Herr Schneider, aufgeschrieben hat - wie ich vermute -, an Know-how kaum übertreffen kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der war doch inhaltsleer!)

Auch ich habe von meinem Referenten einen Bericht aufgeschrieben bekommen.

(Heiterkeit)

Darin sind auch einige spezielle Details über den Flughafen Kiel enthalten, wie man sich denken kann.

(Zurufe)

Ich möchte aber den detaillierten Ausführungen, die wir hier zu dem Thema bekommen haben, nicht Weiteres hinzufügen. Wir sollten den Bericht im Ausschuss beraten. Ich gebe meinen Beitrag zu diesem Thema nicht zu Protokoll, weil das ja nicht geht, sondern verweise auf das Internet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Herr Hentschel, Sie müssen mal Ihren Kollegen Steenblock



**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

fragen! Der hat mit Hubschrauberflügen große Erfahrung! - Weitere Zurufe)

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe diesen Antrag sehr aufmerksam studiert.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Ich habe den Bericht des Herrn Ministers verfolgt. Er hat die Auskünfte erteilt, die ich durch eigene Recherche auf dem Luftlandeplatz in Flensburg erhalten habe.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Ich bin etwas enttäuscht. Ich hatte gedacht, dass wir auch bei diesem Thema an der Sache bleiben. Es geht um die **Sicherheitsmaßnahmen auf kleineren Flugplätzen**, denn zurzeit prägen leider die Ängste das Fliegen. Seit den Attentaten in New York und in Washington sind es verständlicherweise immer wieder Flugzeuge und Hochhäuser, die Gegenstand dunkler Befürchtungen geworden sind. Es stellt sich die Frage nach der Sicherheit. Das gilt umso mehr, als sich die Attentäter des 11. Septembers offensichtlich auch für kleinere Flugzeuge interessiert hatten.

Nach unserer Ansicht besteht jedoch kein Grund für eine konkrete Furcht. Bei aller Vorsicht - das muss man auch einmal sagen - ist nicht zu erkennen, welche Ziele in Schleswig-Holstein jetzt für Terroristen eine besondere Symbolkraft haben sollten. Trotzdem stellt sich natürlich die Frage nach den Sicherheitsmaßnahmen.

Sowohl der Bund als auch die Landesregierung haben auf diese sensiblen Fragen reagiert. Den Flughäfen wurden Merkblätter zugeleitet, Weisungen erteilt und auch die Kontrollen sind verstärkt worden. Im Rahmen einer Abwägung wurde nach den verschiedenen Arten der Nutzung von Luftlandeplätzen, Flughäfen und Flugplätzen differenziert und vor allem auf die **Flughäfen** fokussiert, die für **Personenflüge** genutzt werden. Das halte ich auch für richtig. Es macht auch einen Unterschied, ob es um rein privaten und beruflichen Charterflugverkehr geht oder um Linienverkehr.

Wir können natürlich nicht hinter jeden Piloten einen Luftsheriff setzen. Deshalb ist es zu verantworten, hier mit unterschiedlichen Aufmerksamkeitsstufen zu arbeiten.

Auch die anderen Nutzer der Flugplätze müssen in Bezug auf die potenziellen Gefahren sensibilisiert werden. Dieses geschieht auch, wobei immer darauf geachtet werden sollte, dass keine unnötige Panik verbreitet wird. Letztlich müssen wir aber der Tatsache ins Auge sehen, dass wir nicht jederzeit für alles vorbeugend gewappnet sein können. Im Gegenteil! Es

besteht sogar eine Fahrlässigkeit darin, sich jetzt auf Hochhäuser und Flugzeuge zu fixieren und dadurch neuere Entwicklungen „kreativer“ Terroristen zu übersehen.

Der 11. September lehrt uns, dass ein waches Auge auf die Vorbeugung des Terrorismus gerichtet sein muss. Dabei hat man zu entscheiden, wo man die größten Risiken sieht und wo die Ressourcen am besten eingesetzt werden können. Zu einem besonnenen Umgang mit der neuen Gefährdung gehört aber auch, dass Politik nicht noch mit dem Feuer spielt und Ängste instrumentalisiert, die in der Bevölkerung bestehen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Dazu gehört nach meiner Ansicht in diesem besonderen Falle aber auch, dass sich Abgeordnete nicht jederzeit auf jede Teilproblematik stürzen und diese auf die Tagesordnung setzen.

(Beifall bei SSW, SPD und FDP)

Vielmehr sollten die Abgeordneten zunächst die Fülle der Möglichkeiten nutzen, die ihnen zur Verfügung stehen, um Informationen von der Landesregierung zu erhalten. Das Ziel muss sein, Pläne für den Notfall zu entwickeln und diese im Rahmen der Fachausschüsse zu diskutieren.

Ich hoffe, dass wir den Antrag zur abschließenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss überweisen werden.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht mag man sich zunächst gefragt haben, ob es sich lohnt, dass ein solcher Bericht im Parlament gegeben wird. Ich fand den Bericht aber durchaus informativ und mit Blick auf die Öffentlichkeitswirksamkeit auch notwendig. Ich habe jetzt, Herr Minister Professor Dr. Rohwer, drei Fragen zu Ihrem Bericht. Ich wäre dankbar, wenn Sie die beantworten würden.

Erstens. Sie haben von „verdächtigen Luftfahrzeugführern“ gesprochen, die verstärkt überprüft würden. Das Wort „verdächtige Luftfahrzeugführer“ ist ja durchaus gewichtig. Ich frage Sie einfach, was darunter zu verstehen ist. Denn an diesem Wort kann man, wenn man es hier im Parlament gehört hat, nicht so einfach vorbeigehen.

(Werner Kalinka)

Zweitens. Sie haben davon gesprochen, dass es aus Sicht der Landesregierung Überflugsverbote bei Kernkraftwerken geben sollte. Meine Frage an Sie lautet: Wie ist Ihre Haltung zu Munitionsdepots? Wie Sie wissen, stelle ich diese Frage nicht ohne Grund, sondern mit Blick auf das Munitionsdepot Jägersberg im Kreis Plön und in Kiel-Holtenau. Gibt es Veränderungen in Bezug auf Munitionsdepots oder dicht besiedelte Gebiete? Das ist ein Punkt, der jedenfalls mich interessiert.

Drittens. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns sagen würden, was in dem Fall, den wir uns alle nicht wünschen, passiert. Welche Übungen, welche Szenarien sind erörtert worden? Was ist in dieser Hinsicht vorgesehen? Kernfrage ist doch, wie schnell zivile Katastrophenschutz- und Rettungsdienstorganisationen in einem solchen dramatischen Fall, der alles übersteigen würde, was wir bislang gewohnt waren, bei uns zusammenwirken können. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch zu diesem Punkt etwas sagen würden. Im Übrigen bedanke ich mich für die für informativen Hinweise.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ebenfalls zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kubicki das Wort.

(Zuruf von der SPD: Aber, Herr Kubicki, sie landen doch niemals auf kleinen, sondern nur auf großen Flugplätzen in der Bundesrepublik!)

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Kollegin Hinrichsen außerordentlich dankbar, dass sie uns bei der Debatte auf das Wesentliche zurückführen will. Das besteht nämlich darin, dass wir uns ernsthaft die Frage stellen müssen, wie wir die Situation nach dem 11. September 2001 eigentlich diskutieren müssen. Kollege Kalinka, ich kann mir unglaublich viele Szenarien von Katastrophen - wodurch auch immer ausgelöst - vorstellen. Armageddon werden wir nun einmal nicht beherrschen können. Zu glauben, dass man mit einer einmotorigen Cessna von einem Flughafen in Schleswig-Holstein ausgehend eine Katastrophe auslösen kann, und dafür eine gewisse Eintrittswahrscheinlichkeit anzunehmen, sodass man in diesem Hause darüber diskutieren müsste, halte ich für fahrlässig, weil man damit der Bevölkerung nicht Angst nimmt, sondern neue hervorruft.

(Beifall bei FDP und SSW)

Die Tatsache, dass Flugzeuge als Waffen gebraucht werden können, ist doch überhaupt nicht neu.

(Beifall bei FDP und SSW)

Die Tatsache, dass Flugzeuge entführt werden können, ist doch ebenfalls überhaupt nicht neu. Die **Sicherheitsvorkehrungen**, die wir vor dem 11. September 2001 bereits hatten, lassen sich doch nur so erklären, dass wir alle davon ausgegangen sind, dass Flugzeuge entführt werden können.

(Beifall bei FDP und SSW)

Die Tatsache, dass das nicht ausreichend funktioniert hat, muss uns zum Nachdenken anregen. Auf diese Bereiche sollten wir uns konzentrieren, anstatt uns mit der Frage zu beschäftigen, ob wir einen Deutschen oder einen Nichtdeutschen, der auf einer einmotorigen Cessna das Fliegen lernt, überwachen müssen oder nicht. So etwas kann man doch weiterspinnen: Neulich war ich völlig begeistert, als ich auf dem Hamburger Flughafen meinen Korkenzieher abgeben musste - meine Nagelfeile hingegen behalten durfte -, dann aber im Flugzeug ein Metallmesser bekam! Ja, da war ich richtig begeistert: Man muss der Deutschen Lufthansa einmal sagen, dass das ein Sicherheitspaket ist, wie ich es mir vorstelle!

Es gibt also viele Sachen, über die man lange diskutieren kann. Wenn man die These vertritt, dass ausländische Terroristen sich unseres Gemeinwesens bedienen würden, dann muss man auch bei der Frage des Nutzens von Überwachungsmaßnahmen einmal Folgendes bedenken. Man lässt die Iran-Air nach Deutschland fliegen; sie wird dann in Deutschland voll betankt. Aber kein Mensch kommt auf die Idee, den iranischen Luftfahrzeugführer, der in Deutschland landet, zu kontrollieren; das kann man auch gar nicht. Das Gleiche gilt für Luftfahrzeugführer aus den Vereinigten Arabischen Emiraten.

(Werner Kalinka [CDU]: Deswegen frage ich doch!)

- Werner Kalinka, wir sollten die Debatte auf den Kern konzentrieren, das heißt, auf die Bereiche, bei denen die **Eintrittswahrscheinlichkeit** groß ist und bei denen wir in der Vergangenheit bereits erkannt haben, dass ein Missbrauch vorliegen könnte. In diesen Bereichen also müssen wir unsere Anstrengungen verstärken. Hingegen können wir es in den Bereichen, in denen die Eintrittswahrscheinlichkeit nicht so groß ist oder in denen das Ergebnis in seinen Auswirkungen nicht so katastrophal ist, so belassen, wie es ist; denn die Diskussion darüber, ob von jedem Verkehrslandeplatz eine terroristische Gefahr ausgehen kann, würde dazu führen, dass die Diskussion, die wir im Kieler Umland mit Blick auf Holtenau geführt haben, für

(Wolfgang Kubicki)

jeden Verkehrslandeplatz zu führen wäre. Eine solche Diskussion - landauf, landab - wünsche ich allen Beteiligten! Dann aber: Gute Nacht mit der verantwortlichen Politik! Deshalb lassen Sie uns uns auf das Wesentliche konzentrieren! Der Antrag hat vielleicht dazu geführt, dass sich der Innen- und Rechtsausschuss damit beschäftigen kann; insofern war er ganz sinnvoll. Ich hätte mir aber gewünscht, dass neben dem sehr inhaltvollen Bericht auch ein inhaltsvoller Redebeitrag geliefert worden wäre. Aber das kann ja nachgeholt werden.

(Beifall bei FDP, SSW und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Die Debatte ist nicht abgeschlossen. Ich empfehle daher, auch diesen Bericht zur Beratung dem zuständigen Ausschuss, dem Wirtschaftsausschuss, zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 47 auf:

### **Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein**

Landtagsbeschluss vom 19. Oktober 2001

Drucksache 15/1261

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1349

Zur Berichterstattung erteile ich der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat von der Landesregierung einen Bericht zum Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein angefordert. Diesen Bericht lege ich Ihnen heute vor. Es ist der „Bericht über den Stand der Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein“. Mit dieser Initiative wollen wir die Chance unseres Landes auf dem wachsenden Gesundheitsmarkt nutzen. Dabei arbeiten wir eng mit den Akteuren aus der Medizintechnik, der Wissenschaft und der Forschung, den Gesundheitsdienstleistern, dem Tourismusbereich und allen anderen, die sich in irgendeiner Form mehr oder weniger dem Wellness-Bereich nahe fühlen, zusammen.

Der Gesundheits- und Wellness-Tourismus spielt in der **Gesundheitsinitiative** natürlich eine wichtige Rolle. Die Nachfrage nach Gesundheits- und Well-

ness-Tourismus wird in Zukunft weiter steigen. Je schneller man sich an diesem Markt engagiert, umso größer sind die Chancen, ein Stück davon abzukommen. Nach Angaben des Instituts für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa sind für den Zeitraum 2001 bis 2003 mehr als 24 Millionen Bundesbürger an einem Gesundheits-, Fitness- oder Wellness-Urlaub interessiert. Ein knappes Drittel nennt dabei Schleswig-Holstein als mögliches Ziel.

Diese Perspektiven - so schön sie sind - dürfen jedoch nicht dazu verführen, sich jetzt entspannt zurückzulehnen. Die Urlauber kommen nicht von selbst nach Schleswig-Holstein, wie wir in den letzten Jahren festgestellt haben. Die Konkurrenz in den anderen Küstenländern schläft bei weitem nicht. Manchmal sieht es so aus, als ob sie uns eine Fußlänge voraus wären. Deshalb sind Tourismusindustrie und ihre Verbände gefordert, attraktive Angebote zu schaffen, mit einem entsprechenden **Marketing** für diese Angebote zu werben und die **Buchungsmöglichkeiten** auch direkt über das Internet zu verbessern. Diese Verantwortung - eine unternehmerische Verantwortung - kann ihnen niemand abnehmen.

Als Landesregierung werden wir die Tourismuswirtschaft jedoch auch in der Zukunft unterstützen, und zwar mit folgenden Rahmenbedingungen: Die Förderrichtlinien für touristische Infrastruktureinrichtungen werden neu gestaltet, um auch Förderungen von Wellness-Einrichtungen in öffentlichen Einrichtungen zu ermöglichen und damit neue Nutzungen kommunaler Kurmittelhäuser zu erleichtern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut! Ich sage immer nur: Büsum! Büsum! Büsum!)

Bei der neuen **Tourismuskonzeption**, die zurzeit erstellt wird, spielt der Wellness- und Gesundheitsurlaub eine besondere Rolle. Dabei geht es unter anderem um die Ansprache neuer Kunden und die Förderung innovativer Projekte zur Verbesserung der **Wettbewerbsfähigkeit** des schleswig-holsteinischen Tourismus. Die meisten Akteure der schleswig-holsteinischen Tourismuswirtschaft sind in der Zwischenzeit aufgewacht und stellen sich der Herausforderung. Jüngstes Beispiel ist das Anfang Oktober eröffnete Therapie- und Vitalzentrum der Damp Holding AG. Fremdenverkehr entwickelt sich hier beispielhaft zu Gesundheitstourismus weiter; weitere Entwicklungsmöglichkeiten werden heute schon geschaffen. Unter einem Dach sind Therapie nach Akutbehandlung, Reha, Gesundheitsvorsorge, Fitness- und Wohlfühlangebote vereint.

Seit Jahren fördert die Landesregierung solche innovativen Konzepte mit erheblichen finanziellen Zuschüssen, zum Beispiel das Vital-Zentrum mit 4,4

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Millionen DM - eine Anstrengung, die übrigens von allen Beteiligten anerkannt wird.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

So hat der Vorstandsvorsitzende der Damp Holding, Carl Hermann Schleifer, in einem Schreiben das klare Bekenntnis der Landesregierung zu diesem zukunftsorientierten Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein ausdrücklich hervorgehoben und sich für die Unterstützung bedankt.

Auch der Ferienpark Weissenhäuser Strand setzt auf den Trend zum Wellness-Urlaub. Etwa 15 Millionen DM sollen investiert werden, um eine Wellness-Oase mit modernen Geräten, betreut von qualifizierten Trainern und Therapeuten zu schaffen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Auch hier kann ich mir nicht vorstellen, dass diese Mittel investiert würden, wenn der Wellness-Tourismus in Schleswig-Holstein aus Sicht der Unternehmer keine Zukunft hätte.

Doch solche Projekte lassen sich nicht beliebig oft kopieren. Wir können nicht in jedem Urlaubsort ein ähnlich großes Zentrum aus dem Boden stampfen. Attraktive Gesundheitsaktivitäten lassen sich aber an vielen, auch kleineren Urlaubsorten anbieten, auch in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen des klassischen Gesundheitswesens. Man muss es nur anpacken und richtig mit anderen Aktivitäten im Lande verknüpfen, zum Beispiel mit dem schleswig-holsteinischen Musik Festival und den maritimen Ereignissen in unserem Land.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich bin froh darüber, dass im nächsten Jahr einige Hotels im Rahmen eines Modellversuchs versuchen wollen, über den Verkauf von Karten für das Musik Festival den Tourismus zu stärken. Das soll nun im 13. oder 14. Jahr des Musik Festivals zum ersten Mal geschehen. Wir haben also einen Durchbruch erreicht!

(Beifall bei SPD und SSW sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine sehr gelungene Kooperation im **Gesundheitswesen** ist die **Patientenbrücke** mit **Norwegen**. Schleswig-holsteinische Krankenhäuser haben sich gegen die starke Konkurrenz aus dem In- und Ausland durchgesetzt und Verträge zur Aufnahme norwegischer Patienten abgeschlossen. Das ist ein großer Erfolg für unsere Krankenhäuser, aber auch ein Erfolg unserer Politik der Ostseezusammenarbeit. Es wäre fahrlässig,

diesen Erfolg durch unbegründete Vorurteile zu schmälern.

Anfang des Monats geisterte die Behauptung durch einige Zeitungen, skandinavische Tumorpatienten würden in der Behandlung bevorzugt, sodass Wartezeiten für deutsche Patienten entstünden. Dabei wurde das Flensburger Sankt-Franziskus-Hospital genannt. Das Krankenhaus hat in der Zwischenzeit klargestellt, dass diese Behauptung falsch ist. Im Gegenteil, die Mitfinanzierung durch die Linearbesteuerung durch **Sønderjyllands Amt** ermöglicht eine erhebliche Erweiterung der Kapazität und gleichzeitig eine Verkürzung der Wartezeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das Gerücht hat Anke gestreut! - Glocke des Präsidenten)

Für die deutschen Patienten erhöhen sich dadurch die Planungs- und Terminalsicherheit. Dänische Krebspatienten können zuverlässig innerhalb der in Dänemark geltenden Behandlungszeiten versorgt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind also mit unserer Gesundheitsinitiative auf einem guten Weg. In nicht einmal einem Dreivierteljahr ist Vieles vorangekommen. Unser Bericht stellt Ihnen Einzelheiten dar. Ein erstes Zwischenergebnis wollen wir am 28. November in Lübeck auf dem Kongress „Gesundheit der Zukunft - Zukunft mit Gesundheit“ ziehen. Ich lade Sie herzlich ein, in Lübeck mit zu diskutieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Ministerpräsidentin für diesen Bericht und eröffne die Aussprache. Ich erteile Herrn Abgeordneten Arp das Wort. - Die Redezeiten verlängern sich für die Fraktionen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nach „Lady Wellness“ kommt „Minister Fitness!“)

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich zunächst einmal bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien für die Erstellung des Berichts;

(Beifall bei CDU und FDP)

er belegt in eindrucksvoller Offenheit, dass die Regierung in Sachen Wellness und Gesundheitstourismus nach wie vor auf der Stelle tritt - anders, als Sie das eben kommentiert haben -

(Beifall bei der CDU)

(Hans-Jörn Arp)

und das, obwohl die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung vom Mai 2000 den Ausbau Schleswig-Holsteins zum Wellness-Standort als wichtigen Schwerpunkt der Regierungsarbeit beschrieben hat. Ein an sich begrüßenswertes Vorhaben in dem Land der Horizonte, problematisch offensichtlich aber bei einer Regierung ohne Konzepte!

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie doktern noch 18 Monate nach der Regierungserklärung an der Frage herum, was genau unter den Begriffen Wellness, Gesundheitstourismus oder Gesundheitsmarkt zu verstehen ist. Zwölf Arbeits- und Lenkungsgruppen sind mit der Erforschung dieser Fragestellung regierungsseitig beauftragt. Sie handeln einmal wieder nach der Devise: Wenn ich nicht weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis. Ich sage Ihnen, diese Arbeitsgruppen werden noch tagen und beraten, wenn der Trend vorbei ist. Zumindest wird aber kein einziger Gast mehr nach Schleswig-Holstein kommen.

Das, was in der **Medizintechnik** geschehen ist - ich nenne als Beispiel die Firma Dräger -, ist lobenswert. Das ist aber ein privater Investor, der keine Unterstützung der Landesregierung hatte. Die **Gesundheitsinfrastruktur** haben Sie nicht konzeptionell begleitet. Der von Ihnen angesprochene **skandinavische Gesundheitsmarkt** - sehr lobenswert - könnte aus meiner Sicht noch viel besser ausgebaut und für unsere Mediziner besser genutzt werden, weil dort die Steuerlast sehr hoch ist.

Ein Tourismuskonzept fehlt bis heute. Der erste Schritt der **TASH** ist lobenswert, aber das ist kein Konzept, sondern eine Agentur. Der **sanfte Tourismus**, lieber Herr Kollege Steenblock, ist gescheitert. Er hat uns dahin gebracht, dass wir heute an der letzten Stelle derjenigen Regionen mit den geringsten Zuwachsraten im Tourismus stehen.

Der neue **Gesundheitsmarkt**, über den wir heute reden, könnte maßgeblicher Träger des nächsten Konjunkturzyklusses sein. Darin gebe ich Ihnen Recht. Das sagen nicht nur Sie, das sagen nicht nur wir, sondern das sagen eben auch namenswerte Forscher im Gesundheitswesen, wie Herr Professor Nefiodow.

Eine frühzeitige Einrichtung auf die Erfordernisse dieses neuen Marktes kann helfen, die **Wettbewerbsfähigkeit** Schleswig-Holsteins in diesem Teilmarkt zu verbessern. Wir sind bereit, Frau Ministerpräsidentin, Sie bei diesem Vorhaben zu unterstützen. Dies geht allerdings nur, wenn man Mut zum Handeln hat. Dabei hat Schleswig-Holstein große Chancen. Durch seine vielen Heilbäder haben wir eine einmalige Infrastruktur und eine große Destination bei den Begriffen Wellness, Erholung und Gesundheit.

Nach Bayern, Spanien und Österreich stehen wir auf der Beliebtheitsskala an vierter Stelle. Dabei ist diese Skala kein Ewigkeitswert, sondern sie unterliegt den Veränderungen des Marktes.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Länder wie Tunesien, Marokko und die Türkei kämpfen heute genau so wie die Bundesländer Baden-Württemberg, Niedersachsen und natürlich Mecklenburg-Vorpommern um höhere Marktanteile. Von den fünf Top-Wellness-Hotels sind allein zwei in Mecklenburg-Vorpommern, während es in Schleswig-Holstein noch keines gibt.

(Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

Wir müssen unsere Marktanteile verteidigen und brauchen zusätzliche Alleinstellungsansprüche, wie beispielsweise im Tallasso-Bereich mit Algen aus der Ostsee, um nur ein Beispiel zu nennen. Der Meierhof in Glücksburg und das Vital-Zentrum in Damp zeigen den richtigen Weg. Nur machen zwei Wellness-Schwalben noch keinen Sommer.

Allein von 1996 bis 2001 war die Nachfrage bei der TUI im Wellness-Bereich um 150 % gestiegen. Die Menschen wollen vermehrt Kurzreisen, überwiegend im Gesundheitsbereich machen.

Frau Ministerpräsidentin, der Gesundheitstourismus muss nicht neu erfunden werden. Er ist von alters her die eigentliche Keimzelle unseres heutigen Urlaubs. Schon Goethe, Schiller und andere Größen der Zeitgeschichte

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

nutzten das heilklimatische Klima hier bei uns im Norden gegen Asthma, Juckreiz, Neurodermitis und Pollenallergien.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Schleswig-Holstein hat anerkanntermaßen gute Voraussetzungen, diese Gegebenheiten mit den neuen Bedürfnissen in Einklang zu bringen und als solche auch wirksam zu vermarkten. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Daher auch dieser Berichts Antrag. Um diese bewältigen zu können, brauchen wir nicht zwölf Arbeitsgruppen zur regierungsinternen Begriffsfindung, sondern die Bereitschaft sich auf folgende fünf Schwerpunkte zu konzentrieren.

Erstens. Wir brauchen hochwertige Qualitätskriterien.

Zweitens. Wir brauchen eine institutionelle Forschung, die uns von unseren Mitbewerbern im In- wie im Ausland abgrenzt und unsere Alleinstellungsmerkmale

(Hans-Jörn Arp)

hervorhebt. Wir müssen mit unserem Land, mit dem Klima und der einmaligen Lage zwischen den Meeren werben und wir müssen unsere hervorragenden Mediziner mit einbeziehen.

Drittens. Wir müssen alle Kräfte bündeln und die Leitprojekte, die dieses hergeben, inszenieren und dann auch finanziell fördern. Wenn Sie allerdings als Leitprojekt nur deshalb die „Hüttener Berge“ nehmen, weil sie eine abgeschlossene LSE haben, dann haben Sie wirklich nicht begriffen, welche Infrastruktur der neue Gesundheitsmarkt braucht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Viertens. Wir brauchen eine bessere Verkehrsanbindung, zum Beispiel die A 20, denn Kurzturlauber wollen nicht stundenlang im Stau stehen. Kurzturlauber wollen - wie der Name schon sagt - einen kurzen Urlaub und möglichst viel Entspannung und keinen Stress auf der Straße oder in der Bahn.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Ich habe insgesamt fünf Punkte; einen muss ich noch erwähnen.

Fünftens. Wir müssen den gesamten Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein evaluieren, um hochrangige drittmittelgeförderte Forschungsvorhaben zu definieren, um die medizinische Forschung und Lehre zu unterstützen.

Meine Damen und Herren von der Regierungsseite, wir würden Sie gern unterstützen, denn wir wollen das Beste für Schleswig-Holstein - und das ist die Wertschöpfung in diesem Bereich.

(Beifall bei CDU und FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Benker hat das Wort.

**Hermann Benker [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Arp, den letzten Satz übernehme ich. Das Übrige habe ich leid, nämlich das ständige Lamentieren darüber, dass es nicht vorangeht, nicht funktioniert oder irgendetwas nicht stimmt. Hinter Ihrer Kritik höre ich nichts anderes als die Forderung: Mehr Geld für diesen Bereich!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mehr Ideen!)

Das kennen wir aus den vorangegangenen Diskussionen und allem anderen. Noch ist für den Tourismus Wirtschaft der entscheidende Punkt. Noch sind es Unternehmer, die etwas unternehmen müssen. Es ist

nicht die Landesregierung, die Hotels oder irgendetwas anderes baut.

(Beifall bei der SPD)

Dort, wo Unternehmer aktiv sind, dort wird auch gefördert. Die Ministerpräsidentin hat darauf hingewiesen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich sage nur Büsum!)

Dieser Bericht kann sich sehen lassen, denn der Ausbau des **Gesundheitsstandorts** wird konsequent weiterverfolgt. Die Infrastruktur in diesem Bereich ist in Schleswig-Holstein gut. Die Voraussetzungen für die touristische Einbindung sind gegeben. Die touristischen Anbieter müssen zielgerichtete, qualitativ hochwertige Angebote schaffen. Die Tourismusagentur Schleswig-Holstein, TASH, wird sich mit einer entsprechenden Marketingbegleitung für diese Angebote einsetzen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo? - Zurufe von der CDU)

- Lesen Sie doch den Bericht, das steht da drin. Ziel muss es sein, über Leitprojekte hinaus die Einmaligkeit Schleswig-Holsteins durch Klima und Infrastruktur hervorzuheben und mit **Qualitätsangeboten** Marktführer gegenüber den Mitbewerbern zu werden. Auf die Mitbewerber haben Sie mit Recht hingewiesen. Noch wird bei dem Stichwort Gesundheit und Wellness Bayern vor uns genannt. Das muss sich ändern.

(Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Die von mir genannten Fakten sind eine grobe Zusammenfassung. Ich bin der Meinung, dass Schleswig-Holstein mitten im Prozess und auf dem richtigen Wege ist, zu einem Gesundheitszentrum in Norddeutschland zu werden. Daran hat die Landesregierung einen erheblichen Anteil. Sie können diesen Bericht nicht isoliert betrachten. Über die Gesundheitswirtschaft sagt Ihnen die Potenzialanalyse mehr als das, was Sie immer nur aufgrund von Gerüchten sagen, nämlich dass hier nichts getan wird.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Kayenburg, ich nenne die Schritte, die dazu geführt haben. Wenn ich von einem Prozess spreche, dann beginnt es mit der Expertise über genau diese Potenziale. Es setzt sich fort mit dem Workshop vom Mai dieses Jahres.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nicht realisierbare Möglichkeiten!)

(Hermann Benker)

Weiter erfolgte im Dezember die Gründung der **Gesundheitsinitiative**. Hervorzuheben ist auch und gerade die Kooperation mit den Akteuren, die aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden zusammengeholt wurden und zusammen auch an der zukünftigen Konzeption gearbeitet haben. Ich nenne die Projektgruppen vom Mai 2001 sowie die dort entwickelten Leitprojekte, die alle gefördert werden, und den Kongress, der Ende des Monats unter dem Titel „Gesundheit der Zukunft - Zukunft mit Gesundheit“ in Lübeck stattfindet.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Das sind Schritte, um aus Leitprojekten Routineinstrumente der schleswig-holsteinischen Gesundheitswirtschaft zu machen. Es ist ein Zukunftsmarkt.

Ich nenne Zahlen zu diesem Bereich: Die Zahl der **Beschäftigten** in der **Tourismuswirtschaft** insgesamt liegt auf Bundesebene bei 2,8 Millionen Menschen. Das wird häufig unterschätzt. Es zeigt die Konkurrenzsituation, in der wir uns auf dem Tourismusmarkt - insbesondere auf dem Gesundheitsmarkt - befinden. Es wird immer von Benchmarking gesprochen, als ob wir immer auf andere gucken müssten. Wir sind im Bereich der Gesundheitswirtschaft in bestimmten Bereichen auch Benchmarker. Das zeigen die Zahlen aus dem Bericht im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. In Schleswig-Holstein beträgt der **Umsatz** der Gesundheitswirtschaft am Gesamtumsatz 32 %. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 13,6 %. Wir geben in Schleswig-Holstein im Dienstleistungsbereich 32 Milliarden DM aus. Warum sollen wir die Bereiche Wellness, Beauty und Gesundheit in der Tourismuswirtschaft nicht auch zu vergleichbaren Spitzenzahlen bringen? Diesem Ziel dienen der Bericht und die Initiativen dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weil der **Tourismusmarkt** aber ein **internationaler Markt** ist, müssen wir weg vom Kirchturmdenken. Auch dazu gibt es Projekte wie grenzüberschreitende medizinische Versorgung, die Patientenbrücke oder das Leitprojekt „Forum life sciences“. Alle diese Projekte tragen dem internationalen Aspekt Rechnung. Vor diesem Hintergrund finde ich es ausgesprochen albern, sich ständig ausschließlich mit der Konkurrenzsituation zu Mecklenburg-Vorpommern zu beschäftigen, statt gemeinsam Norddeutschland zu einer Kompetenzregion Gesundheitstourismus zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen durch Qualität und Aktualität überzeugen. Insofern ist das Qualitätssiegel, das wir angemahnt haben, ein wichtiger Schritt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und warum macht ihr das nicht?)

- Das steht doch im Bericht! Es kommt in dieser Phase und wird entwickelt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wann denn, wo denn?)

Das themenbezogene Marketing durch die **TASH**, das für Anfang 2002 angekündigt ist, ist ein weiterer notwendiger Schritt. Sie haben das natürlich alles schon in der Tasche. Sie haben immer alles schon fertig. Ich finde, in keinem Bereich kommt es so sehr auf Kooperation an wie im Tourismus.

(Martin Kayenburg [CDU]: Immer, wenn Sie hilflos sind, fordern Sie Kooperation!)

Insofern ist eine **Qualitätsoffensive** erforderlich, die für den Wellness- und Gesundheitstourismus nicht nur Infrastrukturmaßnahmen im Blick hat. Sie muss auch Weiterbildung und Einbindung der Menschen zum Ziel haben. Wenn uns das nicht gelingt, wenn es uns nicht gelingt, das Tourismusbewusstsein in Schleswig-Holstein auf gemeinsame Schultern zu bringen, dann können wir alle Bemühungen und Investitionen - ob es nun Promenaden oder andere Dinge sind - vergessen. Ich fordere dieses gemeinsame Bewusstsein für Schleswig-Holstein von Ihnen auch für die Beratungen im Ausschuss ein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke hat das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist die Einzige, die etwas davon versteht!)

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer schön, wenn man von so wohlmeinenden Worten begleitet wird, wenn man hier nach vorn geht, insbesondere wenn sie aus der eigenen Fraktion kommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Lieber Herr Kollege Benker, bei Ihren Ausführungen habe ich richtig gezittert. Sie waren so eindrucksvoll, laut und überzeugend, dass ich Ihren Namen fast anders begriffen hätte. Wir haben heute gehört, dass die Ministerpräsidentin am 10. Mai letzten Jahres die Gesundheit zum vierten Schwerpunkt ihrer Regie-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

rungsarbeit ausgerufen hat. Sie begründete dies mit den Wachstumsaussichten des **Gesundheitsmarktes**. In alternden Bevölkerungen mit steigendem Lebensstandard wird immer mehr Geld für Gesundheit ausgegeben. Das hoffen wir jedenfalls. Bisher habe ich eher den Eindruck, dass in Deutschland für Gesundheit wenig Geld ausgegeben wird und die Leute meinen, Gesundheit müsste eigentlich von allen anderen bezahlt werden, nicht aber selbst.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Folgerungen der Ministerpräsidentin lauteten damals:

„Heute entscheidet sich, welche Position unser Land auf diesem Wachstumsmarkt haben wird: Vorreiter oder Mitläufer. In den kommenden Jahren wollen wir alle diese Kompetenzen in einem Gesamtkonzept bündeln.“

Das höre ich dauernd. Soweit die Absicht der Regierungschefin. Das ist ein sehr kluger Schachzug. Jetzt legt Sie uns einen Bericht über Wellness- und Gesundheitstourismus vor. Das sind 23 Seiten, von denen doch immerhin gut sechs Seiten dem Tourismus gewidmet sind. Der Rest wiederholt die Bemühungen der Landesregierung, die Kompetenzen zu bündeln.

Wäre dieser Bericht ein Beispiel absichtgeleiteter Schwerpunktbildung in der Landesregierung, dann hätte die Landesregierung das Konzept der Schwerpunktbildung nicht verstanden. Das ist also nichts wirklich Neues. Was steht im Bericht zum Tourismus? Da ist zunächst das Leitprojekt zum Tourismus. Ein flexibles Baukastensystem für den Wellness-Tourismus soll entstehen, mit einem Wissens- und Aktionszentrum als Basisinfrastruktur. Mittelfristig soll es sogar ein Kompetenzzentrum geben. Ob diese Aneinanderreihung von Managementmodebegriffen Schleswig-Holstein wirklich zum Vorreiter im Gesundheitstourismus macht, bleibt zumindest vordergründig offen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es ist ein CDU-Antrag, auf dem der Bericht beruht. Der Kollege Greve ist leider nicht anwesend. Lassen Sie mich noch einmal sagen: Ich würde vorschlagen, nicht Wellness-Tourismus zu sagen, sondern „Wohlbefindlichkeitsfremdenverkehr“.

(Heiterkeit und Beifall)

Dann folgt das Leitprojekt „Modellregion Natürliches Erleben“. Es zielt auf Angebote zur Gesundheitsvorsorge, zur Stärkung des Gesundheitstourismus und der Landwirtschaft - durch eine mittelfristig zu erreichende, attraktive Darstellungsform.

Die Betroffenen vor Ort waren wahrscheinlich schon vor Beginn der Projektplanung weiter, als das federführende Umweltministerium je kommen wird. Hoffen wir, dass Herr Minister Müller sie nicht zu sehr bremst.

(Martin Kayenburg [CDU]: Er macht ein Ranking!)

- Richtig!

Dann gibt es noch den Abschnitt Wellness- und Gesundheitstourismus. Zunächst wird bestätigt, dass **Gesundheitsurlaub** eine Wachstumsbranche ist. 8 bis 9 Millionen potenzielle Gesundheitsurlauber können sich im Zeitraum 2001 bis 2003 Schleswig-Holstein als Urlaubsziel vorstellen. Die Ministerpräsidentin hat es hier eben wiederholt. Wir werden sehen, ob sich das bestätigt. Wir alle hoffen das natürlich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der Verkehr, Herr Hentschel!)

Die Aktivitäten der Landesregierung beschränken sich auf die Ankündigung einer neuen Tourismuskonzeption und erweiterter Fördermöglichkeiten. Das ist normal. Aber wenn sich nach den Worten der Ministerpräsidentin schon letztes Jahr entscheiden sollte, wer Vorreiter am Gesundheitsmarkt wird, dann hinge die Landesregierung der Entwicklung wieder einmal etwas hinterher.

Dies wäre nun der Platz, um verbal auf die übliche Ankündigungspolitik einzuschlagen. Aber diesmal nicht! Im Gegenteil, ich beglückwünsche die Ministerpräsidentin zu ihrem ausgeklügelten strategischen Konzept. Sie hat ihre Strategie am 10. Mai 2000 auch schon offen gelegt.

Der Gesundheitsmarkt ist ein Wachstumsfeld. Schleswig-Holstein erfüllt viele Voraussetzungen für einen erfolgreichen Gesundheitsstandort. Wie kann eine Regierungschefin hier geschickt für das Land handeln? - Ganz einfach: Sie entschließt sich, dem Wachstum des heimischen Gesundheitsmarktes möglich selten im Weg zu stehen.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Wie kann sie das politisch geschickt verwirklichen? - Auch ganz einfach: Ankündigungspolitik!

Die Ministerpräsidentin ruft einen neuen Schwerpunkt aus und kündigt ein Gesamtkonzept an.

Sie setzt Gremien mit möglichst vielen hochrangigen Teilnehmern ein, die alle auch sonst schon schwer beschäftigt sind.

Sie lässt die Ergebnisse der Gremiensitzungen in blumigen Worten vermarkten.



(Christel Aschmoneit-Lücke)

Währenddessen können diejenigen in Ruhe arbeiten und die Chancen des Gesundheitsmarktes nutzen,

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

die etwas vom Geschäft verstehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich halte diese Art von Wirtschaftspolitik für außerordentlich weit reichend und empfehle der Landesregierung insgesamt, diese Strategien häufiger zu verwirklichen.

(Anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Steenblock das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Steenblock, sagen Sie drei Sätze zum Thema Verkehr!)

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich höre Ihnen, Frau Aschmoneit-Lücke, wirklich immer sehr gern zu. Der Unterhaltungswert, aber auch die Qualität Ihrer Äußerungen sind für das Haus ausgesprochen belebend.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Leute sollen hierher schwimmen!)

Wenn ich das höre, geht es mir natürlich immer auch so - da kann Herr Kubicki gleich einen Einwurf machen -: An Ihren Ausführungen merkt man: Opposition macht Spaß. Ich finde, das sollte auch so bleiben - bei Ihnen.

(Heiterkeit - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir haben in der Frage des Tourismus generell - das wissen Sie genauso gut wie die Landesregierung und alle hier im Haus vertretenen Fraktionen - einen ausgesprochenen Leidensweg hinter uns. Ob man diesen Leidensweg nun mit Leitprojekten tatsächlich auf den richtigen Weg bringen kann, ist die Frage.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Das, was die Landesregierung hier versucht, ist, die Konsequenz aus einer sehr unsäglichen Entwicklung zu ziehen, an der sehr viele Akteure hier im Land Schuld gehabt haben. Wir sind seit wenigen Jahren dabei, uns alle hier zusammenzureißen und eine neue **Tourismuskonzeption** zu entwickeln, und zwar vor dem Hintergrund dessen, was hier in diesem Land lange Zeit versäubert worden ist.

(Heiterkeit)

Wir müssen die Schritte gehen, die jetzt konsequent gegangen werden. Deshalb ist der Bericht, den die Landesregierung heute vorgelegt hat, ein richtiger und wichtiger Zwischenschritt auf dieser Etappe, den Tourismus in Schleswig-Holstein zu konsolidieren.

Es sind Zukunftsfelder und die Vernetzung angesprochen worden. Es wird eben nicht nur darüber gesprochen, wie man den **sanften Tourismus** neu definieren kann. Herr Kollege Arp, Sie haben gerade gesagt, im Zusammenhang mit Wellness und Gesundheitstourismus sei der sanfte Tourismus gescheitert. Das erscheint mir eine ausgesprochen falsche Schlussfolgerung zu sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sehen wir uns die in dem Bericht ausgewiesenen Zuwachsraten an, sehen wir uns an, welche Potenziale hier realisiert werden könnten. Der Kollege Benker hat darauf hingewiesen, die Ministerpräsidentin auch. Schleswig-Holstein ist eines der Länder, in denen diese Potenziale realisiert werden können. Das hat sehr viel damit zu tun, dass wir diese Urlaubsform in einer naturgebundenen, sehr schönen Umgebung anbieten können. Die Leute, die aus diesen Gründen hier Urlaub machen wollen, wollen eine intakte Naturlandschaft um sich herum haben. Deshalb sind wir sehr gut beraten, sanften Tourismus in diese Konzeption einzu beziehen. Das heißt nicht, dass alle mit Zelt und Rucksack unterwegs sind.

Sanfter Tourismus hat auch immer etwas mit hohen **Qualitätsanforderungen** zu tun. Die Potenziale, die es hier gibt, und auch die Zielgruppen für sanften Tourismus sind mittlerweile so differenziert, dass wir in Schleswig-Holstein sehr gut beraten sind, gemeinsame Konzeptionen von Gesundheitstourismus, Wellness, Fitness und sanften Tourismus zu bieten. Das ist eine Chance für unser Land.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Heinz Maurus [CDU]: Warum reden Sie nicht auch von nachhaltigem Tourismus?)

Natürlich gehört dazu, dass in diesem Land Unternehmungen von der Landesregierung unterstützt werden - wie in anderen Bereichen auch. Dazu hat die Ministerpräsidentin das Notwendige gesagt. Investoren, die hier eine zukunftsweisende Form des Tourismus aufbauen wollen, werden von der Landesregierung unterstützt. Dafür gibt es Beispiele.

Wir müssen die Leute, die hier investieren wollen, ein bisschen in Wallung bringen. Deshalb ist es ausgesprochen kontraproduktiv, wenn in dieser Debatte

**(Raider Steenblock)**

genau dasselbe wie in der Wirtschaft passiert, dass von Ihnen dieser Standort schlechtgeredet wird,

(Widerspruch bei der CDU)

so getan wird, als befänden wir uns am Ende der Entwicklung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Lieber Kollege Arp, setzen wir uns doch zusammen. Hier geht es um einen Ideenwettbewerb, wie es besser weitergehen kann. Es geht überhaupt nicht um ideologische Ansätze.

Auf der Grundlage dieses Berichts können wir unsere kreativen Potenziale sehr gut zusammenschmeißen und zum Wohl des Landes gemeinsam handeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Kein Wort zum Verkehr!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bedeutung des Themas Tourismus für das Land Schleswig-Holstein ist klar. Wir haben wichtige Unternehmen der Branche im Land. Wir haben Hochschulen mit Schwerpunkten in diesem Bereich. Wir haben gesunde Lebensbedingungen. Darüber hinaus gibt es erste Ansätze einer **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** mit Dänemark und Norwegen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wat?)

Nicht ohne Grund haben Sie, Frau Ministerpräsidentin, das Thema Gesundheit auch als Leuchtturm für die Zukunft des Landes gewählt und dies eben noch einmal eindrucksvoll bestätigt. So weit, so gut!

Mit Ihrem Berichts Antrag hat die CDU jetzt nach einem besonderen Bereich dieses Komplexes „Gesundheit in Schleswig-Holstein“ gefragt, dem Tourismus mit Wellness- und Gesundheitsangebot. Die CDU fragt gezielt nach den tourismusrelevanten Aspekten. Aber hier fällt die Antwort der Landesregierung leider etwas dünn aus.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Tja!)

Der Bericht kommt hier nur auf knapp 2 bis 3 Seiten.

In dem Bericht wird von der breitestmöglichen Definition des Begriffs „Tourismus“ ausgegangen. Entsprechend geht er auf viele Bereiche ein, die den Touris-

mus mittelbar im weitesten Sinne beeinflussen können, aber doch eher allgemeine gesundheitspolitische Maßnahmen darstellen. Diese Maßnahmen werden von uns selbstverständlich begrüßt. Aber ich lege den Begriff „Tourismus“ doch etwas enger aus. Deshalb werde ich heute auch nur auf das eingehen, was Reisebewegungen betrifft.

Ich glaube, dass der Wellness-Bereich eher zu den weichen Standortfaktoren gehört, der gern mit gebucht wird, der aber bei weitem nicht ein alleiniges oder ausschlaggebendes Buchungskriterium für den Touristen darstellt. Ähnliches gilt auch für den Gesundheitsbereich, wenn man einmal von dem Krankenhauspatienten absieht. Das heißt nicht, dass der gesamte Bereich Gesundheit uninteressant ist. Aber es ist wichtig zu wissen, dass es im Tourismus andere ausschlaggebende Faktoren gibt, die in ihrer Bedeutung den Gesundheits- oder Wellnessbereich weit übertreffen.

Im Rahmen des **Projektes „Gesundheits- und Wellness-Tourismus in Urlaubsorten“** soll ein flexibles Baukastensystem für den Urlaub entwickelt werden. Durch ein solches System wären Leistungen vergleichbar und auch auf andere Orte übertragbar. So würde man die Chance erhalten, ein flächendeckendes Angebot aufzubauen. Das ist auch der richtige Weg. Dem Gast ist es oft schon längst egal, an welchem Ort er konkret untergebracht wird, wenn bloß die Leistung stimmt.

Wenn wir es schaffen, dass die Leistung überall gleich definiert wird, haben wir die Grundlage für eine breitere Vermarktung dieses Marktsegments. In der Vergangenheit hatte das Land Schleswig-Holstein gerade hier seine Probleme, da es zwar zentral buchbare Angebote gab, diese aber kaum miteinander vergleichbar und auch nicht kompatibel waren. Würde man dieses Problem lösen, wären wir einen wichtigen Schritt vorangekommen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Dass man bei der Problemlösung sehr eng mit Westerland und St. Peter-Ording zusammenarbeitet und dortige Initiativen fördern will, wird von uns natürlich ausdrücklich begrüßt. Dies zeigt, dass wir an der Westküste durchaus innovativ arbeiten und förderfähig sind. Voraussetzung dafür, dass eine **Vermarktung** auch funktioniert, ist allerdings immer noch, dass wir entsprechende **Buchungsmöglichkeiten** flächendeckend anbieten. Eine zentrale Buchungsstelle, die mit den Akteuren vor Ort eng zusammenarbeitet, ist somit eine Voraussetzung. Eine weitere Möglichkeit bestünde in der Übernahme von festen Kontingenten

(Lars Harms)

durch die **TASH** oder auch in der Zusammenarbeit mit einem oder mehreren großen touristischen Anbietern.

Welcher Weg hier letztlich gegangen werden soll, verrät uns der Bericht leider nicht. Dafür lesen wir umso mehr über das Projekt „Modellregion Natürlich Erleben“. Die Ziele ökologisch ausgerichtete Gesundheitsvorsorge, gesundheitlich orientierter Tourismus, Ernährung und Förderung der weichen Standortfaktoren hören sich alle nett an. Aber das, was in diesem Leitprojekt beschrieben wird, kennen wir alle schon und haben wir auch alle schon. Alles in allem enthält der Bericht wenig Greifbares aus dem Bereich Tourismus. Wir zweifeln nicht daran, dass das Thema Gesundheit ein wichtiger Baustein für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ist. Es ist aber immer noch nicht deutlich geworden, mit welchem Konzept man Wellness- und Gesundheitstourismus in Zukunft fördern will.

(Werner Kalinka [CDU]: Genau das!)

Ich habe den Eindruck, wir werden hierauf leider noch länger verzichten müssen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich rufe jetzt Wortbeiträge nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf. - Herr Abgeordneter Kalinka!

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von der CDU ist hier überhaupt nichts schlechteredet worden. Aber Sie müssen sich schon die Frage gefallen lassen, ob wohlklingende Worte und auch gute Absichten im Einklang mit dem stehen, was konkret gesagt wird und wie die Realität aussieht. Künstliche Polemik, Herr Kollege Benker, hilft überhaupt nicht weiter und zeigt eigentlich nur, dass Sie nicht sattelfest sind.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich in den drei Minuten meines Kurzbeitrages einige Aspekte sagen, die mir zu diesen Bereichen wichtig sind.

Erstens. Ich hätte erwartet, wir würden vor allen Dingen hören, dass wir für mehr Tourismus und Gesundheit auch mehr Radwege in diesem Land bekommen, Herr Kollege Professor Rohwer. Das ist eine zentrale Aussage, die dazugehört. Mehr Radwege sind die beste Werbung für mehr Touristen und für Gesundheit. Hier wäre eine Mittelumichtung notwendig.

(Beifall bei der CDU - Lars Harms [SSW]: Sattelfest!)

Zweitens. Sie haben es in der Regierungserklärung im Mai 2001 angekündigt: In diesem Jahr haben wir 500 norwegische Patienten, meine Damen und Herren. In unseren Krankenhäusern in Schleswig-Holstein haben wir in diesem Jahr 500.000 Patienten. Das zeigt, wie gering dieser Anteil ist. Von daher sind die Bemühungen bisher enttäuschend.

(Zuruf von der SPD: Sie hätten natürlich mehr gemacht!)

Drittens. Ich würde mir wünschen, dass Sie in Ihre Betrachtungen einbeziehen, welche Veränderungen es möglicherweise in der Gesundheitspolitik auf Bundesebene geben wird. **Heilpauschalen** haben große Auswirkungen auf die Gesundheitspolitik. Wir sprechen hier von einer konjunkturabhängigen Branche. Von daher ist es notwendig, dass alle Bemühungen im Land in die Fragestellung eingebettet werden, welche Risiken hierin liegen und wie wir darauf reagieren müssen. Ohne dies können wir diese Diskussion gar nicht führen.

Viertens. Sie haben in Ihrem Bericht ausgeführt, 50 % der Gesundheitstouristen Schleswig-Holsteins seien über 60 Jahre alt. Mehr sagen Sie nicht. Was bedeutet dies? Welche Konsequenzen hat das? Welche Gewichtungen für die Älteren zieht das nach sich? Mit diesen Fragen müssen wir uns doch beschäftigen.

Fünftens. Die Fördermöglichkeiten. Sie verweisen in Ihrem Bericht ganz zurückhaltend auf „ziel“. Ich kann nur sagen: Hoffentlich geht es uns hier nicht so wie beim Thema LSE: Groß verkünden, aber nachher nichts bieten!

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten der Öffentlichkeit schon klar dokumentieren, welche Fördermöglichkeiten konkret zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, wir sprechen der Regierung nicht die gute Absicht ab. Wir sind auch weiterhin zu einem konstruktiven Miteinander bereit. Vielleicht, Frau Ministerpräsidentin, ist es auch überlegenswert, die Opposition nicht nur einmal im Jahr zu einer Veranstaltung, sondern generell auch zur Mitarbeit in Gruppen einzuladen. Das wäre einmal eine Überlegung wert. Ich denke, dies wäre kein Nachteil. Ich möchte Ihnen das ausdrücklich noch einmal anbieten, wie wir es schon einmal getan haben. Ich hoffe, dass Sie diesen Ball aufnehmen. Uns geht es gemeinsam um Schleswig-Holstein, aber dabei kommt es auf das richtige Tempo an.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung Geschichte.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich schlage vor, den Bericht dem zuständigen Agrarausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Wir haben das so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung. Um 15 Uhr geht es weiter.

(Unterbrechung: 13:17 bis 15:02 Uhr)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir treten wieder in die Tagesordnung ein. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich unsere Besucher begrüßen. Auf der Tribüne sitzen Damen und Herren des CDU-Ortsverbandes aus Pellworm. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich hoffe, dass sich die fröhliche Grundstimmung auch auf die vor uns liegende Beratung erstrecken wird.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 29 auf:

**Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt**

Landtagsbeschluss vom 23. März 2001

Drucksache 15/779 (neu)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1173

Ich erteile zunächst für die Landesregierung Frau Sozialministerin Moser das Wort.

**Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt gemäß Landtagsbeschluss vom 23. März 2001 einen Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein vor. Dieser Bericht gliedert sich in einen allgemeinen Teil zur **Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt** und in einen speziellen Teil, der die Fragen im Berichtsantrag aufgreift und besondere Aspekte von Frauenerwerbsarbeit darstellt. Die Federführung für den Bericht lag beim Arbeitsministerium. Eingearbeitet worden sind aber auch Beiträge des Frauenministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Statistischen Landesamtes und des Landesarbeitsamtes Nord. An dieser Stelle möchte ich mich für die gute

Zusammenarbeit mit allen Akteuren herzlich bedanken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

In fünf Minuten sind die vielfältigen Daten in diesem Bericht und die daraus abzuleitenden Erkenntnisse natürlich nicht darzustellen. Ich hoffe, wir nehmen uns die Zeit dafür im Sozialausschuss.

Auf zwei Aspekte möchte ich kurz eingehen. Es wird ganz deutlich - auch in diesem Bericht -, dass sich die Gewichte zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt deutlich verschoben haben. Waren in Schleswig-Holstein 1980 knapp 300.000 **Frauen in Beschäftigung**, so waren es Ende 1999 bereits 370.000. Das ist eine Steigerung um rund 25 % in zwei Jahrzehnten, in denen die Männerbeschäftigung nur um knapp 2 % stieg. Die Frauen sind somit - ganz allgemein betrachtet - quantitativ die Gewinnerinnen der Arbeitsmarktentwicklung in der Vergangenheit. Und auch für die Zukunft können wir davon ausgehen, dass die Frauen in Bezug auf die Beschäftigungssituation vom Strukturwandel profitieren werden. Im statistischen Arbeitsmarktbericht - ich greife damit vor auf den nächsten Punkt - heißt es:

„Der wichtigste Trend beim Erwerbsverhalten ist nach wie vor der emanzipatorische Trend.“

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Jutta Schümann [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es heißt dort weiter, die Zunahme der Erwerbsquoten der Frauen im mittleren Alter sei deutlich und stetig. Die Frauenquote bei Beschäftigungen in Schleswig-Holstein liegt bei 46 % und damit deutlich über der Quote von Westdeutschland, die bei 43,3 % liegt. Auch die überdurchschnittliche **Teilzeitquote** in Schleswig-Holstein von 16,6 % - im Vergleich dazu Westdeutschland mit einer Quote von 14,5 % - kommt natürlich vor allem der Frauenbeschäftigung zugute. Und auch der Frauenanteil an der Arbeitslosigkeit ist mit 42,1 % in Schleswig-Holstein unterdurchschnittlich. Sie liegt in Westdeutschland durchschnittlich bei 43,4 %.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zur aktuellen Situation: Obgleich sich die Arbeitsmarktentwicklung im Moment nicht von ihrer Sonnenseite präsentiert, hat sich die **Arbeitslosenquote der Frauen** auch im Jahresverlauf wesentlich besser stabilisiert als die der Männer.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-

**(Ministerin Heide Moser)**

Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Es wäre mir lieber, es hätte sich bei beiden Geschlechtern deutlich stabilisiert.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Dennoch ist das natürlich unter dem Gesichtspunkt der Frauenerwerbsarbeit und der Frauenquote ein positives Ergebnis.

Ende Oktober 2001 lag die Frauenarbeitslosenquote mit 7,9 % auf dem gleichen Stand wie im Jahr zuvor. Die Quote der Männer ist dagegen binnen Jahresfrist von 9,4 auf 10 % gestiegen. An dieser vergleichsweise günstigen Situation von Frauen hier in Schleswig-Holstein haben sicherlich die im Bericht aufgeführten Förderstrukturen ihren Anteil.

Lassen Sie mich einen zweiten Aspekt nennen, das ist der Aspekt der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Ich denke, die Rahmenbedingungen haben sich insgesamt verbessert. Die Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder sind zwar noch nicht optimal, aber sie sind in den letzten Jahren deutlich verbessert worden. Das Bundeserziehungsgeldgesetz und das Teilzeitgesetz haben das ihre dazugetan. Der Bericht sagt aber auch, dass die Frauenerwerbsquote durch langfristig durchaus bedenkliche Entwicklungen begleitet wird, zum Beispiel die Entwicklung, dass Familien und Frauen auf Kinder verzichten, dass sie sich auf ein Kind beschränken oder dass Frauen von vornherein auf Partnerschaften verzichten. Ich glaube, diese Entwicklung können wir nicht wollen. Das wäre ein sehr hoher Preis für eine gute Frauenquote auf dem Arbeitsmarkt. Ich glaube aber, wir sind in der Lage, diese Entwicklung zu stoppen. Dafür müssen wir unsere Anstrengungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Familie bedeutet immer auch Kinder - vorantreiben, unter anderem mit den Förderstrukturen, die wir in diesem Bericht zur Diskussion stellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Jutta Scheicht.

**Jutta Scheicht [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte auch ich mich recht herzlich für den Bericht bedanken, der auf Initiative der CDU gefordert wurde. Auch durch sehr viele offene Fragen der Kolleginnen der anderen Fraktionen hat dies nun zu diesem umfangreichen Bericht geführt. Dies finde ich einerseits

sehr erfreulich, andererseits waren wir von der CDU auch ein wenig erstaunt, dass gerade Sie, liebe Kolleginnen der rot-grünen Fraktion, erst auf unsere Initiative hin noch so viel Informationsbedarf hatten. Offensichtlich zieht sich die Kanzlerpolitik der ruhigen Hand auch durch unser rot-grün regiertes Land.

(Beifall bei der CDU)

Leider - auch dies kann man dem Bericht entnehmen - lassen sich mit ruhiger Hand auch im schönsten Bundesland der Welt keine neuen Jobs aus dem Ärmel zaubern. Dies gilt sowohl für Frauen als auch für Männer.

Für die Frauen ist es - meine Herren, hören Sie bitte zu! - heute selbstverständlich, am Erwerbsleben teilzunehmen. Dabei steht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei den Männern, aber häufiger eben noch bei den Frauen, im Vordergrund. Deshalb steht, wie den Seiten 6 und 7 des Berichts zu entnehmen ist, der Wunsch nach **Teilzeitarbeit** an erster Stelle.

Die **Erwerbsarbeit als ein zentraler Lebensbereich** schafft soziale Kontakte, finanzielle Unabhängigkeit und soziale Sicherung im Alter, auf jeden Fall einen Teil davon. Längst haben auch die Frauen zum Sturm, Herr Kubicki, auf die Bastion gut bezahlter Arbeitsplätze

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ach ja?)

und Karrierechancen angesetzt,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wem sagen Sie das? Da fragen Sie einmal meine Frau!)

zunehmend werden sie zu **Existenzgründerinnen**. Doch häufig ist es doch immer noch so, Herr Kubicki: Ein Mann hat bei der Karriere seine Frau im Rücken,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nee!)

- so ist es - und eine Frau hat die Familie im Nacken!

(Heiterkeit und Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Der Bericht zeigt deutlich, dass zum Teil durch massive finanzielle **Förderungen** Teilerfolge erreicht wurden und dass sowohl Frauen wie auch Männer die Chance der Förderung nutzen. Viele Männer können schon heute keine ernsthaften Zusicherungen mehr geben, Frau und Kinder alleine zu ernähren. Mit den Ungewissheiten der neuen Ökonomie verlieren immer mehr Arbeitsverhältnisse ihre Berechenbarkeit. Das macht die Sache auch für die Frauen nicht einfacher.

Die Möglichkeiten der Frauen, sich ihren **Lebensunterhalt durch Erwerb** zu sichern, sind so vielfältig wie der Arbeitsmarkt selbst. Doch wie sieht es auf dem aktuellen schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt

(Jutta Scheicht)

aus? Wir haben dies heute und auch schon gestern gehört. Die Zeit, um noch verborgene Trümpfe in Form von Förderungen oder Subventionsprogrammen auszuspielen, ist bei weitem überschritten. Die Kassen sind leer.

Von einer positiven Wirkung auf die wirtschaftliche Lage sind wir in Schleswig-Holstein weit entfernt. Dies wird sich auch so lange nicht ändern, solange die politischen Rahmenbedingungen nicht stimmen und sie auch nicht gewollt geändert werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage dies, zumal ich aus einer Stadt in Schleswig-Holstein komme, die zwar die schönste ist - ich nenne hier keinen Namen -,

(Lars Harms [SSW]: Husum!)

aber mit die höchste Arbeitslosenquote und den höchsten Anteil von Frauen in der Bevölkerung hat. Der Bericht hat mich deshalb und vor allem, was das Ergebnis eines Modells, das auf Seite 56 dargestellt ist, betrifft, nachdenklich gemacht. Denn der Bericht der Landesregierung macht auch deutlich, dass es teilweise an dem politischen Willen zur Verbesserung der Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen fehlt.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ja, Herr Kubicki. - Ein Beispiel, das ich hier in meiner kurzen Redezeit benennen möchte, ist das Modell auf Seite 56 des Berichts, das Modell „Mixed Pickles“.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist mir auch aufgefallen!)

- Danke. - Schwerpunkt war die gezielte Beratung und Begleitung von behinderten Frauen und Mädchen beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei Problemen in den Werkstätten für Behinderte und beim Wunsch nach einem Wiedereinstieg ins Berufsleben. So hat „**Mixed Pickles**“ die Suche nach geeigneten Praktikums- und Ausbildungsplätzen sowie nach Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt. Meine Damen und Herren, Herr Kubicki, ein wichtiges Anliegen war es, gerade jungen **Frauen mit Behinderungen** eine größere Wahlmöglichkeit in ihrer beruflichen Zukunftsplanung auch außerhalb der Werkstätten für Behinderte einzuräumen. Dieses Projekt war das einzige Projekt für behinderte Frauen und Mädchen in Schleswig-Holstein, das erfolgreich lief.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Was ist damit jetzt?)

Im ganzen Bericht gibt es keine Alternative für die Arbeit der Behinderten. Es steht auch an keiner Stelle

im Bericht, wer in Zukunft diese Aufgabe wahrnehmen soll. Für das Jahr 2002 sind dem Projekt „Mixed Pickles“ keine weiteren Gelder vom Frauenministerium in Aussicht gestellt worden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Rot-grün!)

Liebe Frau Birk - sie ist, glaube ich, im Moment gar nicht da; aber dann kann auch Herr Hentschel zuhören -, ich nehme an, auch Sie haben dies so erkannt und wahrscheinlich deshalb noch eine Kleine Anfrage zur Umsetzung des Gesetzes zur Integration Schwerbehinderter in das Arbeitsleben gestellt.

Die Antworten bestätigen allerdings teilweise meine schlimmsten Vermutungen. Die Verfahrensweise zeugt von einem - ich sage dies ungern - erschreckenden Gemisch aus Arroganz und Ignoranz und davon, dass die Landesregierung sich von einem Modellprojekt zum nächsten hangelt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie zeigt eine gewisse Hilflosigkeit, die offensichtlich in der ganzen Landesregierung und nicht nur im Frauenministerium in Sachen Sparpolitik inzwischen Platz gegriffen hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Deshalb bitte ich an dieser Stelle, nicht ausgerechnet den behinderten Mädchen und Frauen den Stuhl vor die Tür zu stellen, sondern sich unseren Bemühungen um eine weitere Unterstützung von „Mixed Pickles“ anzuschließen, damit das erfolgreiche Projekt seine Arbeit fortsetzen kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die moderne Arbeitswelt zwingt nicht nur die Unternehmen, wie es hier immer angekündigt wird, sondern auch die Politik zu schnellerem, effizienterem Handeln. Unser gemeinsames Ziel ist der Abbau der Arbeitslosigkeit. Ich glaube, daran sind wir alle interessiert. Gerade bei den Frauen, insbesondere bei behinderten, geht es dabei auch um ein Stück Zukunftsfähigkeit.

Deshalb beantragen wir die Überweisung in den Wirtschafts- und in den Sozialausschuss.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt Frau Abgeordnete Jutta Schumann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Jetzt sind wir aber gespannt!)

**Jutta Schümann** [SPD]:

Jetzt weiß ich auch, warum Sie da sind, Herr Kubicki. Ich hatte gedacht, bei dem Frauenthema sind Sie nicht da. Ich freue mich, dass Sie da sind.

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Scheicht, wir haben uns Ihrer Initiative natürlich gerne angeschlossen, weil es uns erstens darum ging, eine Bestandsaufnahme zu machen. Dies macht man dann auch in Form von Fragen. Wir haben uns zweitens gerne angeschlossen, weil es natürlich auch um Themenbereiche geht, die auch wir gern noch weiter erforschen wollen. Insofern geht es nicht um das Aufdecken einer defizitären Situation, sondern um eine Zäsur. Diese will ich jetzt gern einmal aus meiner Sicht darstellen.

Ziel des Berichtsanspruchs war es, vor dem Hintergrund bestehender Tatsachen und Fakten für Schleswig-Holstein - nicht nur für die Bundesebene - fundierte Aussagen, statistische Materialien und Bewertungen zu erhalten, die es ermöglichen, neben bereits eingeleiteten Maßnahmen weitere zu ergreifen. Ich bedanke mich zunächst einmal bei den beteiligten Ressorts für die Aufbereitung dieser Daten und insbesondere auch bei der Sozialministerin.

Zunächst bestätigt der Bericht, dass es praktisch nach wie vor **Benachteiligungen** für Frauen auf dem Arbeitsmarkt gibt. Er nennt beispielhaft die so genannte Familienpause beziehungsweise den Problembereich **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** und den hohen Anteil von Frauen an der „stillen Reserve“. Positiv ist allerdings - die Sozialministerin hat darauf hingewiesen -, dass der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein von 1995 bis 2000 angestiegen ist. Die Frauen werden auch weiterhin die Gewinnerinnen des Strukturwandels sein. Wir werden das heute wahrscheinlich ein paar Mal wiederholen. Ihre Beschäftigungsposition wird auch durch die Tendenz zu mehr **Teilzeitarbeit** gestärkt, während die Verluste an Vollzeitarbeitsplätzen vor allem zulasten der Männer gehen. Gleichzeitig werden die Bereiche, in denen traditionell mehr Frauen als Männer arbeiten, durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt begünstigt, zum Beispiel durch die Zunahme im **Dienstleistungsbereich** und eine Abnahme beim produzierenden Gewerbe.

Männer und Frauen waren in der ersten Jahreshälfte 2001 in Schleswig-Holstein im Durchschnitt 6,9 Monate arbeitslos. Der Anteil der Frauen an den **Arbeitslosen** war nahezu konstant. Allerdings ist in unserem Bericht auffällig, dass ältere Frauen ab 55 Jahren überproportional von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Wenn Sie sich allerdings den statistischen Arbeitsmarktbericht ansehen, so stellen Sie fest, dass sich

in der Zwischenzeit einiges verändert hat. Die Nachfrage nach älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist gestiegen, und das kann uns nur positiv stimmen. Wichtig ist in diesem Bericht insbesondere auch der Hinweis, dass insbesondere die Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern, die kürzeren Unterbrechungszeiten durch Familienphasen und die steigende Erwerbsneigung von Frauen die Risiken für die Arbeitgeber erheblich reduziert haben und somit die Chancen für die Vermittlung gestiegen sind.

Bemerkenswert sind in diesem Bericht für mich die Ausführungen zu den **Karrieremöglichkeiten im öffentlichen Dienst**. Allerdings muss man Folgendes kritisch sehen: Obwohl der Anteil der Frauen im Landesdienst zwischen 49,7 % und bei den Gemeinden sogar 54,8 % beträgt, sind sie im höheren Dienst mit 32,4 % nach wie vor wesentlich schwächer vertreten als im gehobenen, mittleren oder einfachen Dienst. Schleswig-Holstein hat - das muss man selbstkritisch sehen - im Bundesvergleich einen erheblichen Nachholbedarf. Im höheren Dienst liegt die Quote immerhin um 1,7 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Defizite bestehen besonders im Bereich der Kommunen.

Zum Thema Selbstständigkeit und Existenzgründung wird ausgeführt, dass der Anteil der Frauen an den Selbstständigen mit 11 % in Schleswig-Holstein zwar sehr niedrig ist, der Bundesdurchschnitt aber bei nur 10 % liegt. Es wird davon ausgegangen, dass etwa jede vierte **Existenzgründung** durch eine Frau erfolgt. Dabei sind die Bereiche Dienstleistung und Handel überproportional vertreten. Unternehmen von Frauen sind kleiner als Unternehmen von Männern. Die überwiegende Zahl der selbstständigen Frauen beschäftigen keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Somit gibt es da auch keine größeren Beschäftigungseffekte. Das ist für mich sehr interessant gewesen.

Es ist zu begrüßen, dass Schleswig-Holstein Existenzgründungen auf unterschiedliche Weise unterstützt. „Es stellt Haushaltsmittel zur Verfügung und übernimmt Ausfallrisiken.“ Speziell für Frauen existiert das Existenzgründerinnenprogramm, mit dem bis Ende 2000 216 Frauen gefördert und immerhin 406 Arbeitsplätze geschaffen wurden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darüber hinaus stellt die Investitionsbank Beratungskapazitäten zur Verfügung. Im Zeitraum von 1998 bis 2000 wurden 2.379 gründungsinteressierte Frauen beraten. Das ist wirklich keine kleine Zahl.

(Holger Astrup [SPD]: Das stimmt!)

(Jutta Schümann)

Von den 2.073 **Beratungen** bei den bestehenden Unternehmen waren immerhin 40 % Unternehmerinnen vertreten. Das „Frauennetzwerk zur Arbeitssituation“ - ein Projekt, das wir seit Jahren unterstützen - berät die Frauen mit unterschiedlichen Angeboten. Es gibt unzählige weitere Unterstützungsangebote, Servicebörsen, „Mixed Pickles“, aber auch die Beratung von „Frau & Beruf“ ist dringend notwendig.

Wir sollten sowohl im Wirtschafts- als auch im Sozialausschuss weiter beraten, die Projekte überprüfen und uns überlegen, was zusätzlich noch zu leisten ist. Erst dann sollten wir über Geld nachdenken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Mitte der 70er-Jahre gab es einmal eine Vorabendserie:

(Lothar Hay [SPD]: Waren Sie da schon geboren? - Weitere Zurufe)

Auf einem außerirdischen Planeten - das war damals so - herrschten ausschließlich die Frauen, die Männer waren dort die Untergebenen, sozusagen die Leibeigenen einer herrschenden Frauenregierung.

(Zurufe)

Das war Sciencefiction. Keine Sciencefiction ist allerdings die Meldung im „Handelsblatt“ vom 18. Oktober 2001, in dem namhafte Ökonomen die Unternehmen auffordern, endlich frauenfördernde Maßnahmen im Bereich der Betriebe zu ergreifen, weil diese Frauen notwendig sind.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann brauchen die Männer doch die Frauen!)

Aus diesem Grund ist es mir auch etwas zu einfach, das heutige Thema ausschließlich unter frauenpolitischen Zielsetzungen zu debattieren.

(Lachen der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, dass wir dies in zehn Jahren bereits so nicht mehr tun werden. Liebe Kollegin Heinold, wenn Sie das so amüsiert, will ich Ihnen gern sagen, warum ich das glaube. Wir müssen nämlich in bereits relativ kurzer Zeit alle ein gesamtgesellschaftliches Interesse

daran haben, im Hinblick auf die demografische Entwicklung überhaupt noch genügend Arbeitskräfte zu haben.

(Beifall bei der FDP)

Die spannende Frage, jedenfalls aus unserer Sicht, lautet: Gibt es derzeit tatsächlich signifikante Unterschiede zwischen Frauen und Männern beim Zugang zum Arbeitsmarkt und beim Zugang zum Kapitalmarkt? Gibt es eine unterschiedliche Wahrnehmung bei der beruflichen Tätigkeit von Frauen und Männern?

Frau Kollegin Schümann, da sind wir uns völlig einig: Ich finde es sehr verwunderlich, dass gerade in Schleswig-Holstein der Anteil der **Frauen im höheren Dienst** geringer ist als im Bundesdurchschnitt. Ich hoffe, das ist nicht das Ergebnis dessen, dass wir in Schleswig-Holstein als erstes Bundesland seit 1988 ein eigenes Frauenministerium haben.

(Beifall bei FDP und CDU - Jutta Schümann [SPD]: Die kommunale Ebene ist gemeint!)

Was ich allerdings in der Tat genauso verwunderlich und genauso wenig richtig finde, ist, dass beispielsweise an den Grund- und Hauptschulen vorwiegend Frauen als Lehrerinnen arbeiten, die Direktorenposten allerdings vorwiegend von Männern besetzt sind. Die Frage ist also, wie und mit welchen Instrumenten - das ist unsere vordringliche Aufgabe - die **Zugangsbeschränkungen** von Frauen zum Arbeits- und Kapitalmarkt abgebaut beziehungsweise überwunden werden. Auch dabei zeigt der vorgelegte Bericht nach wie vor auf, dass es da Widersprüchlichkeiten in der Bewertung gibt.

Es wird beispielsweise geschildert, dass die Arbeitslosenquote der Frauen insbesondere bei den Berufsrückkehrerinnen und den Teilzeitarbeit Suchenden ganz besonders hoch ist. Andererseits wird aber auch berichtet, dass sich die Lebensverhältnisse rasch geändert haben und sich insbesondere die **Betreuungssituation** von Kindern stetig verbessert hat. Dass wir da möglicherweise auf einem ganz ordentlichen Weg sind, mag ja sein, aber dass wir da erst am Anfang stehen, zeigt, dass die **Arbeitslosenquote bei Frauen**, die in den Beruf zurückkehren wollen, nach wie vor außerordentlich hoch ist. Es sind doch gerade diejenigen Frauen, die gezwungenermaßen aus Gründen der nicht vorhandenen gesicherten Betreuung ihrer Kinder sowohl im Vorkindergartenalter, im Kindergartenalter und während der Grundschulzeit zu Hause bleiben müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zeigt mir im Übrigen auch ein Erlebnis neulich bei einer Veranstaltung, auf der sich fünf Männer hintereinander als



**(Dr. Heiner Garg)**

praktizierende Väter geoutet haben, bis einer Frau der Kragen geplatzt ist und sie gesagt hat: Sie werden es nie erleben, dass sich irgendeine Frau als praktizierende Mutter outet, das muss nämlich eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall im ganzen Haus)

Also kann aus der Aussage, dass sich Frauen möglicherweise bewusst gegen Kinder entscheiden, geschlossen werden, dass Kinder immer noch ein Karrierehemmnis bedeuten.

Der Bericht zeigt ein weiteres Dilemma auf: Die Frauen scheinen ihren Beruf und Bildungsweg immer noch nach sehr traditionellen Gesichtspunkten auszuwählen. Da steht zum Beispiel, dass die Frauen lieber im Bereich der **Dienstleistung** als im Handwerk tätig sind.

Das wird im Übrigen auch deutlich, wenn man sich die Struktur der Existenzgründungen anguckt: Der Anteil der Frauen mit einer kaufmännischen Lehre gegenüber den Männern liegt deutlich höher. Auch im Bereich der Fachhochschul- und Hochschulausbildung haben die Frauen die Nase vorn. Im Gegenzug haben männliche Existenzgründer wesentlich häufiger eine technische Lehre absolviert oder einen Meistertitel erworben.

Die Frage also, warum weniger Frauen im Handwerk als im Dienstleistungsbereich arbeiten, liegt auf der Hand: weil wesentlich weniger Frauen und Mädchen eine Lehre angefangen haben. Hier liegt offensichtlich nach wie vor ein **traditionelles Rollenverständnis** vor. Wenn man das ändern will, muss man das meiner Auffassung nach bereits bei der Bildungspolitik ändern, dass man jungen Mädchen Mut macht, andere Wege zu gehen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und den Jungs sollte man Mut machen, Kinder zu pflegen!)

- Selbstverständlich, Frau Fröhlich, den Jungs sollte man Mut machen, Kinder nicht nur zu pflegen, sondern auch aufzuziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frauen sollten nicht zwischen Familie und Arbeit wählen müssen, sondern die Möglichkeit haben, sich bewusst für die Familie und gleichzeitig für den Beruf entscheiden zu können. Wir haben im Moment das Glück, dass derzeit eine ganze Generation von hoch qualifizierten Frauen im Berufsleben steht beziehungsweise ins Berufsleben eintritt. Genau die Chance sollten wir nutzen.

Ich freue mich ebenfalls auf die Ausschussberatung.

(Beifall)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Monika Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit den Praktikern ist das immer so eine Sache. Ich kann nur sagen: Als praktizierende Mutter in Ausübung einer Karriere weiß ich, dass das Ganze etwas schwieriger ist als die theoretische Debatte darüber.

(Vereinzelter Beifall)

Was wir alle miteinander immer fordern, ist hartes Brot - um auch das einmal deutlich zu sagen -, das geht nicht alles einfach so.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [FDP] und Anke Spoorendonk [SSW])

Aber hier geht es ja nicht um die Darstellung der persönlichen Lebensumstände, sondern darum, was uns der Bericht sagt, vor allem auch mit Blick auf das, was wir in Zukunft im Lande machen müssen. Aus meiner Sicht ist es sehr erfreulich, dass sich der **Rückgang der Arbeitslosigkeit** in den vergangenen zwei Jahren vor allem positiv auf den Rückgang bei den Frauen ausgewirkt hat. Davon waren überproportional die Frauen im Alter zwischen 25 und 30 Jahren betroffen, was zeigt, dass sich in unserer Gesellschaft etwas verändert.

Der Rückzug in die Familienarbeit findet heute allenfalls auf Zeit statt, die Gruppe der Berufsrückkehrerinnen und Teilzeitarbeit Suchenden wächst. Allerdings ist das Tätigkeitsfeld im Berufsleben noch immer eher traditionell geprägt. Darauf ist heute schon eingegangen worden. Der **Dienstleistungsbereich** ist mit 53,6 % in Schleswig-Holstein in Frauenhand. Dies ist allerdings nicht nur von Vorteil, weil das vor allem ein Lohnniedrigbereich ist. Wir wünschen uns ja alle miteinander Frauen in Führungspositionen.

Ich begrüße es, dass sich der Anteil von Frauen in den **höheren Dienstgruppen des öffentlichen Dienstes** in Schleswig-Holstein kontinuierlich gesteigert hat. Allerdings ist er - gerade auch im Bundesvergleich - noch immer nicht da, wo er sein müsste; auch das ist heute schon erwähnt worden. Schleswig-Holstein hat verschiedene Programme aufgelegt, um den Frauen auf dem Arbeitsmarkt gerechte Chancen zu ermöglichen. Eckpfeiler sind hier die Existenzgründungsberatung, die Hilfe zum Wiedereinstieg und die Förderung der Teilzeitarbeit.

(Monika Heinold)

Zur **Existenzgründung!** Durch die spezielle - auch finanzielle - Unterstützung von Existenzgründerinnen ist es in Schleswig-Holstein gelungen, den Anteil der Frauen unter den Firmengründern im Jahre 2000 auf fast 28 % zu steigern. Damit liegen wir nach Hamburg am höchsten unter den westlichen Bundesländern.

Die Frauen brauchen eine speziell auf sie zugeschnittene **Förderberatung** und Unterstützung. Dieser Punkt wurde ja auch im Parlament immer wieder kontrovers diskutiert. Ich glaube, der heutige Bericht gibt uns Recht. Denn die Frauen haben mit ihren Wirtschaftsprojekten meist einen kleineren Finanzierungsbedarf, worauf sich die Hausbanken noch immer nicht eingestellt haben. Insofern wird es für die Frauen aber nicht einfacher, wenn ich an die Diskussion um die Sparkassen denke.

Die Notwendigkeit, Existenzgründungen insgesamt zu fördern, liegt auf der Hand: Arbeitsplätze werden geschaffen, innovative Jungunternehmerinnen bereichern die Wirtschaft, die Selbstständigkeit ist ein Eckpfeiler unseres Wirtschaftssystems. Wichtig ist eine gute Beratung vorab. Immerhin scheitern 40 bis 50 % aller Existenzgründer in den ersten drei bis fünf Jahren; das ist sehr viel. Deshalb berät und begleitet das „Frauennetzwerk zur Arbeitssituation“ Existenzgründerinnen und bietet Fortbildungsseminare an. Aber auch die Investitionsbank unterstützt mit speziellen Angeboten gerade die Frauen und hat damit großen Erfolg.

Der zweite Bereich ist der **Wiedereinstieg** in den Beruf: Hier finden Frauen in Schleswig-Holstein kompetenten Rat. Beispielhaft erwähnen möchte ich die Beratungsstelle „Frau & Beruf“, die seit 1996 vom Land und von der EU gefördert wird. Jährlich nehmen 100.000 Frauen dieses Angebot wahr. 25 % befinden sich anschließend in einem Beschäftigungsverhältnis oder in einer Weiterbildungsmaßnahme, weitere 50 % nehmen diese Beratung als Ausgangspunkt für die weitere Arbeitssuche.

Ein weiterer Baustein ist die Förderung der **Teilzeitarbeit** für Männer und Frauen: Das Projekt „Man(n) teilt Zeit“ sensibilisiert die Unternehmen für Teilzeit auch für Führungskräfte. Die Bundesregierung hat gerade ein Gesetz zur Förderung der Teilzeitarbeit verabschiedet, was hoffentlich zusätzlich zu einer Veränderung beiträgt. Der Bericht zeigt auf, wie vielseitig die Beratungs- und Förderungsmöglichkeiten für Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind. Das ist gut so, denn es ist eine urgrüne Forderung, dass die Frauen gleichberechtigte Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. In diesem Zusammenhang möchte ich auch der Frauenministerin Anne Lütke für ihre Initiative „online - Frauen sind dran“ danken. Diese Initiative geht näm-

lich genau in die andere Richtung, nämlich nicht in den traditionellen Frauenbereich, sondern in das, was zukunftsweisend ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich möchte mich aber auch bei der Sozialministerin für den vorgelegten Bericht und für die finanzierten Programme bedanken. Ich gehe fest davon aus, dass auch unsere männlichen Minister in ihrem Tätigkeitsfeld berücksichtigen, dass die Frauen in allen Projekten mitbedacht werden müssen, denn es geht nicht nur um die Finanzierung von Frauenprojekten, sondern auch darum, die Projekte so auszustatten, dass sie auch und gerade für Frauen neue Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt bieten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Silke Hinrichsen das Wort.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aufgrund des fraktionsübergreifenden Antrages legt die Regierung nunmehr den Bericht zur Arbeitsmarktsituation von Frauen vor. Leider konnte ich dem Bericht nicht allzu viel „Neues“ entnehmen, weil die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt auch uns bekannt ist. Deshalb ist es einleuchtend, dass wir als Landtag alles tun müssen, um die Situation zu verbessern.

Es ist erfreulich, dass in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren eine höhere Beschäftigung von Frauen erreicht wurde. Aber es bleibt festzuhalten, dass es noch nicht selbstverständlich ist, dass die Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen. Und das ist nicht gut. Auch wenn der Bericht in der Einleitung die veränderten gesellschaftlichen Umstände schildert - die Zahl der Einkindfamilien ist gestiegen, die Betreuungssituation für die Kinder wurde verbessert, aber auch ein Verzicht auf Kinder ist gesellschaftlich akzeptiert - bleibt doch festzuhalten, dass die Frauen eigentlich nie das richtige Alter haben, wenn sie sich eine Arbeit suchen. So wird auch heute bei den Arbeitgebern noch davon ausgegangen, dass die Frauen bis 45 ihre Familienplanung nicht abgeschlossen haben und ab 45 zu alt für den Arbeitsmarkt seien. Das ist ziemlich bitter. Diese Bedenken wegen des Lebensalters insbesondere wegen der **Familienplanung** bestehen jedoch nur bei den Frauen. Deshalb ist es nach unserer Ansicht wichtig, dass die Frage der **Vereinbarkeit** von Familie und

(Silke Hinrichsen)

Beruf auch einmal bei den Männern gestellt wird, anstatt immer nur beim Arbeitsmarktbericht für Frauen oder bei Frauenerwerbstätigkeiten darüber zu sprechen. Ich gehe davon aus, dass dieser Aspekt hinsichtlich der Kinderbetreuung beim statistischen Arbeitsmarktbericht nicht ganz so häufig erwähnt wird wie bei dem nun vorliegenden Bericht. Die vorgelegten Statistiken für den **öffentlichen Bereich** zeigen auch, dass immer noch die Frauen überproportional im Bereich der Gehaltsstufen mittlerer und einfacher Dienst repräsentiert sind. Insofern muss ich dem Klagelied der Kolleginnen beipflichten: Frauen in Spitzenpositionen sind kaum zu finden. Dabei gehe ich davon aus, dass es in der freien Wirtschaft nicht viel besser aussieht.

So traurig es ist, aber in der derzeitigen Situation müssen wir in Schleswig-Holstein Institutionen vorhalten, die es den Frauen ermöglichen, überhaupt wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen. Diese Institutionen benötigen wir im ganzen Land; und dies gilt besonders für den nördlichen Landesteil. Da im Bereich ASH Kürzungen angekündigt sind, befinden sich bewährte Einrichtungen wie „Frau & Beruf“ erneut auf dem Prüfstand der eigenen Träger, da die bisherige Förderung nicht in vollem Umfang aufrecht erhalten wird. Gerade diese Institution hat es geschafft, eine ortsnahe und bürgerfreundliche **Beratung** aufzubauen, und hat auch laut Bericht eine erfolgreiche Tätigkeit geleistet.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Die Fortführung im nördlichen Landesteil ist jedoch entgegen dem Bericht nicht gewährleistet. Deshalb gilt auch hier: Die Kürzungen im Bereich „Arbeit für Schleswig-Holstein“ sind nicht im angekündigten Rahmen möglich.

Abschließend möchte ich noch auf die von meinem Kollegen Lars Harms gestellte Kleine Anfrage eingehen. Der **Frauenwerkhof in Seeth** in Nordfriesland hat seine Tätigkeit eingestellt, da keine Förderung erfolgen soll. Ausweislich der vorliegenden Antwort hat das Arbeitsamt Heide mitgeteilt, dass eine Förderung nicht in Betracht kommt und deshalb die Förderrichtlinien für ASH nicht mehr erfüllt werden. Dies Projekt bot Frauen die Möglichkeit zum beruflichen Einstieg und Wiedereinstieg durch Qualifizierung und Beschäftigung. Ich möchte auf die Debatte zum ASH vorgreifen und darauf hinweisen, dass es für den SSW weiterhin wichtig ist, dass Menschen Arbeit auf dem zweiten Arbeitsmarkt finden. Das ist nämlich immer noch besser, als arbeitslos zu sein.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Daher ist nach unserer Ansicht die Angemessenheit der ASH-Kriterien hinsichtlich der besonderen Lage der Teilnehmerinnen sowie der regionale Bedarf zu überprüfen. Auf dieses Problem haben im Übrigen auch die Träger von Projekten hingewiesen, als wir im Sozialausschuss den „Tag der Initiativen“ hatten.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Ursula Sassen das Wort.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich Ihnen, Frau Ministerin Moser, dafür danken, dass Sie auch die Frauen angesprochen haben, die wegen Karriere und Beruf ihre Planung, eine Familie zu gründen, zurückstellen. Das darf so nicht sein. Deshalb möchte ich darum bitten, dass wir in Zukunft neben allen Bemühungen betreffend Frauen und Beruf immer ganz deutlich den hohen Stellenwert der Arbeit in der Familie darlegen.

(Beifall bei der CDU)

Auch mir sind die im Bericht genannten Zahlen bereits aufgefallen: Erstens die Berufsrückkehrerinnen mit 98,5 % bei den arbeitslos gemeldeten Frauen, zweitens die Teilzeitarbeit Suchenden mit 96,3 % und drittens ältere Frauen ab 55 Jahren mit 44,8 %. Das tut mir immer besonders Leid. Ich habe gerade eine Frau von 58 Jahren eingestellt. Diese Frauen sind meistens hoch motiviert, wollen wirklich arbeiten und sind gelassener, weil sie nicht mehr so mit sich selbst beschäftigt sind. Offensichtlich haben die Arbeitgeber diese besonderen Fähigkeiten noch nicht erkannt.

(Beifall bei der CDU)

Nicht klar geworden ist mir, wo sich im vorliegenden Bericht die **630-DM-Jobs** verbergen. Offensichtlich schönen Sie die Statistik der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse.

(Beifall bei der CDU)

Dass eine Vermittlung in eine Beschäftigung über sieben Tage statistisch als Dauerbeschäftigung anzusehen ist, hat mich etwas irritiert. Dieser Bericht unter der Federführung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz kann - Sie sagten es schon - nicht losgelöst vom Ministerium für Frauen gesehen werden. Die Hilflosigkeit beider Ministerien bezüglich der Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt kommt aus meiner Sicht in den Stellungnahmen zur **Existenzgründung** zum Ausdruck. Hier

(Ursula Sassen)

scheint der allein seligmachende Schlüssel für die **Reduzierung der Arbeitslosen** zu liegen. Für arbeitslose Frauen und Sozialhilfeempfängerinnen soll es ein niedrighschwelliges ganzheitliches Angebot zur Existenzgründung geben.

(Jutta Schümann [SPD]: Frau Sassen, Sie haben das nicht richtig verstanden!)

- Warum nicht?

(Jutta Schümann [SPD]: Das besprechen wir im Ausschuss!)

- Gut, das können wir gern im Ausschuss besprechen. Gleichzeitig müssen Beratungsstellen wie „Frau & Beruf“ eine Kürzung von nahezu 200.000 DM hinnehmen - das wurde auch schon erwähnt - und der **Frauenwerkhof in Seeth** steht vor dem Aus.

(Konrad Nabel [SPD]: Plötzlich haben Sie den entdeckt!)

In einer weiteren Presseerklärung heißt es, dass die Träger von Projekten für Langzeitarbeitslose ab 2002 ein Förderkontingent erhalten, dessen Höhe auch vom Vermittlungserfolg abhängt. Damit schließt die Landesregierung nicht aus, dass sich die Träger von Projekten bisher nicht genug bemüht haben. Wie praktisch! Wenn es nicht klappt, liegt der schwarze Peter beim Träger und die Landesregierung ist die Verpflichtung los.

Manche Existenzgründung ist lediglich Kosmetik für die Statistik. Ziel sollte sein, nicht nur möglichst viele Existenzgründerinnen zu fördern, sondern auch solche Betriebe, die Dauerarbeitsplätze für Frauen schaffen, insbesondere im strukturschwachen Raum.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1173, federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 14 und 48 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1249

Absatz 2 und 3

**b) Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe**

Landtagsbeschluss vom 18. Oktober 2001  
Drucksache 15/1249

Absatz 1

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1354

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Ich erteile für die Landesregierung Herrn Umweltminister Müller das Wort.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ich möchte mit einem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses beginnen, die nicht nur diesen Bericht erstellt haben, sondern auch viele Stunden in die Vorbereitung der hier erwähnten Konferenz gesteckt haben.

Zunächst möchte ich Ihnen das LANCEWAD-Projekt skizzieren. Zum Abkürzungsdschungel: LANCEWAD steht für Mapping Landscape and Cultural Heritage in the Wadden Sea Region.

Im Bewusstsein um die Einzigartigkeit der trilateralen Wattenmeerregion und ihrer außergewöhnlichen Landschaft mit zahlreichen Kulturspuren haben sich die Umweltminister der drei beteiligten Wattenmeerstaaten 1997 in Stade geeinigt, nicht nur dem Naturerbe, sondern auch dem Kulturerbe dieser Region ihre Aufmerksamkeit zu widmen.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Sie haben deswegen die Arbeitsgruppe WADCULT - Working-Group on Landscape and Cultural Heritage in the Wadden Sea Region - eingerichtet. Aus dieser Arbeitsgruppe ist dann das LANCEWAD-Projekt entstanden, das aus dem Nordseeprogramm INTERREG II C der EU mitfinanziert wurde. Auch Schleswig-Holstein hat sich in der Vergangenheit an der Kofinanzierung beteiligt.

Das LANCEWAD-Projekt hat folgende Aufgaben: eine Bestandsaufnahme der landschaftsgeschichtlichen und kulturellen Merkmale, eine Qualitätsbewertung dieser Merkmale, die Entwicklung der Vorschläge zum nachhaltigen Umgang mit diesen Merkmalen! Koordiniert wurde das Projekt vom gemeinsamen Wattenmeersekretariat in Wilhelmshaven.

Inzwischen sind die Projektarbeiten abgeschlossen. Die Ergebnisse sind in einem über 300 Seiten starken

**(Minister Klaus Müller)**

Abschlussbericht zusammengefasst und auf der 9. Trilateralen Wattenmeerkonferenz in Esbjerg vorgestellt worden. Eine deutsche Übersetzung liegt bisher nicht vor. Ich bitte daher um Verständnis dafür, dass eine Auswertung der Empfehlungen angesichts des Umfangs in der kurzen Zeit bisher nicht möglich gewesen ist.

Der Landtag hat in seiner Oktober-Tagung den ersten Absatz des Antrags angenommen. In meinem schriftlichen Bericht an den Landtag habe ich mir erlaubt, auch zu den Absätzen 2 und 3 des Antrags Stellung zu nehmen, die in dieser 17. Tagung des Landtag erneut auf der Tagesordnung stehen.

(Unruhe)

Wie Sie bereits aus der bisherigen Diskussion über das Welterbe wissen, existiert eine **Machbarkeitsstudie**, die die **Eignung** des Wattenmeergebietes als Weltkultur- wie auch als Weltnaturerbestätte untersucht hat. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das kulturelle Erbe überwiegend außerhalb des Nationalparks auf dem Festland liegt, das Wattenmeer selbst hingegen lediglich als untergegangene Naturlandschaft bezeichnet werden kann.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Vielen Dank. - Eine **Anmeldung als Weltkulturerbe** würde somit nur unter Einbeziehung der außerhalb des Nationalparks gelegenen Flächen in Betracht kommen. Im Falle einer Anerkennung als Weltnaturerbe würde das keine zusätzlichen Schutzvorschriften nach sich ziehen. Sollte aber das Wattenmeer als Weltkulturerbe anerkannt werden, würde die UNESCO einen vergleichbaren Schutz für das Kulturerbe im Wattenmeer fordern. Was das bedeuten würde, wissen Sie aus der Diskussion über die Novellierung des Nationalparkgesetzes aus eigenem Erleben. Dazu möchte ich auch auf die Beschlüsse des Kreistages und des Nationalparkkuratoriums Dithmarschen hinweisen, die keine gleichzeitige Nominierung des Nationalparks als Weltnaturerbe und Weltkulturerbe mehr fordern.

Außerdem sollte eine Anmeldung beim Welterbekomitee der UNESCO in der Kategorie vorgenommen werden, die die besten Erfolgsaussichten hat. Da Deutschland bisher nur eine einzige Weltnaturerbestätte angemeldet hat, hätte der Antrag in der Katego-

rie Weltnaturerbe sicherlich die besseren Erfolgsaussichten.

(Heinz Maurus [CDU]: Was sagt denn das Kuratorium Nordfriesland dazu?)

- Das können wir gleich diskutieren. Wir sind aber momentan bei dem Bericht.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich rate Ihnen daher davon ab, eine weitere **Machbarkeitsstudie** in Auftrag zu geben.

Lassen sie mich abschließend zu der beantragten Zurückstellung einer Beschlussfassung über die **Anmeldung des Nationalparks als Weltnaturerbe** bis zur Vorlage der Machbarkeitsstudie und damit zu der Zwischenfrage von Herrn Maurus einige Worte sagen.

Da meine Redezeit leider kurz ist, nur so viel zum Ergebnis der Ministerkonferenz in Esbjerg, bei der auch die Landräte der den Westküstenkreise Dithmarschen und Nordfriesland zugegen waren: Die Landesregierung hat bereits Ende Oktober beschlossen, der Umweltminister möge sich auf der Trilateralen Wattenmeerkonferenz in Esbjerg dafür einsetzen, dass zur Nominierung des Wattenmeerraums als Weltnaturerbestätte noch kein Beschluss gefasst wird. Vielmehr sollte in zwei Jahren über die Nominierung dieses Gebietes entschieden werden. Die Wattenmeerkonferenz hat am 31. Oktober in Esbjerg einen Beschluss gefasst, der genau dies berücksichtigt. Ich glaube, dass das ein vernünftiger Beschluss ist, der uns jetzt noch einmal zwei Jahre Zeit gibt. Wir gedenken, die Thematik in einem intensiven Dialog über das Weltnaturerbe zu erörtern und zu überlegen, wie wir es touristisch nutzen können. Über das Thema Weltkulturerbe ist damit alles gesagt, was es zu diesem Zeitpunkt dazu zu sagen gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion der FDP hat Frau Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie können es sich vorstellen: Ich teile die Einschätzung des Ministers nicht, dass alles zum Weltkulturerbe gesagt sei. Dem kann ich nur eindeutig widersprechen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Mehr wusste er nicht!)

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Der Bericht des Umweltministers zum LANCEWAD-Projekt ist - und zwar in der Form, die wir gefordert haben - drei Seiten lang. Ich würde das als ausgesprochen dünn bezeichnen. Man fragt sich unwillkürlich, warum das Ministerium mit seinen 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht in der Lage war, diesen Bericht - wie von der FDP gefordert - zur letzten Landtagssitzung und damit vor der Wattenmeerkonferenz in Esbjerg vorzulegen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Antwort kann nur lauten: Es war politisch nicht gewollt. Die Darstellung der Landesregierung widerspricht in ihrem Bericht in vielen Punkten der Darstellung des Wattenmeerseekretariats in Wilhelmshaven, nachzulesen auf der Internetseite cwss.www.de. Ich ziehe das Fazit: Die Landesregierung hat mit einmonatiger Verspätung einen Bericht vorgelegt, der durch Auslassungen und eine falsche Darstellung der Studie von Professor Burbridge ein total verzerrtes Bild zeichnet. Der Bericht ist somit völlig unbrauchbar.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Herlich Marie Todsén-Reese [CDU] und Lars Harms [SSW])

Einmal mehr zeigt die Landesregierung, dass sie die Menschen an der Westküste nicht ernst nimmt, dass sie nicht einmal ein Interesse daran hat, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Die Devise der Landesregierung ist - entgegen den Ergebnissen des Projekts LANCEWAD, das immerhin 700.000 DM gekostet hat - Natur pur. Damit entspricht die Regierung den Erwartungen von Naturschutzverbänden, die teilweise überhaupt nicht vor Ort tätig sind. Für die Bewohner der Westküste muss sich der Eindruck verstärken, von der Landesregierung fremdbestimmt zu sein. Diese Landesregierung blendet die kulturellen Leistungen der Menschen an der Westküste aus, weil sie ihr nicht in den Kram passen. 161 Staaten der Erde haben das Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt unterzeichnet. 690 Denkmäler in 122 Ländern umfasst inzwischen die von der UNESCO geführte Liste. 23 Denkmäler gehören sowohl dem Kultur- als auch dem Naturerbe an. Dazu gehören zum Beispiel Nationalparks in Australien und der Nationalpark Rio Abiseo in Peru mit seinem archäologischem Park. Warum erfolgt also nicht auch für den Nationalpark Schleswig-holsteinisches Wattenmeer die Beantragung der **Ausweisung als Kultur- und Naturerbe**? Ich sehe keinen Grund, es nicht zu tun.

(Beifall bei der FDP)

In der Konvention zum Welterbe heißt es wörtlich:

„Die Konvention verbindet den Schutz von Natur und Kultur. Natur und Kultur gehören unmittelbar zusammen.“

Unser Wattenmeer ist dafür ein herausragendes Beispiel. Wirklich unterrepräsentiert bei der Ausweisung von Welterbestätten sind Stätten, die sowohl dem Kultur- als auch dem Naturerbe zuzuordnen sind. Damit hätte die **gemeinsame Ausweisung** auch eine große Erfolgchance. Das wird im Übrigen auch von den Niederlanden befürwortet, die gern die Wracks, die sie im Watt liegen haben, auf diese Weise schützen wollen. Warum handeln wir nicht gemeinsam mit den Niederländern? Warum nicht gemeinsam mit den Niederländern ein Natur- und Kulturerbe, insbesondere auch für unser nordfriesisches Wattenmeer, das mit seinen Kulturspuren ein überragendes Denkmal ist?

(Beifall bei der FDP - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hentschel?

(Martin Kayenburg [CDU]: Der will nur ablenken! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Der hat davon keine Ahnung!)

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Ich habe leider nicht die Zeit dazu. Das tut mir leid, Herr Hentschel! - Die UNESCO listet in Artikel 24 a zur Ausweisung von Welterbestätten sechs Kriterien auf. Mindestens einem dieser Kriterien sollte eine angemeldete Kulturstätte gerecht werden. Nach Professor Steensen vom Nordfriesischem Institut wird unser Wattenmeer gleich mehreren Maßstäben gerecht. Ja, er schreibt wörtlich: „Manche scheinen geradezu für das Wattenmeer geschrieben zu sein.“

Für alle an der Region und den Menschen interessierten Besucher des nordfriesischen Wattenmeers sind die Eindrücke dieser Landschaft faszinierend: Die Weite des Meeres, der Wechsel zwischen Ebbe und Flut, die Geschichten von Sturmfluten und vom Kampf der Menschen gegen das Meer. Das bewegt jeden Besucher. Die **Kulturspuren im Watt** lassen diese Geschichten lebendig werden. Das Leben in diesem Übergangsgebiet zwischen Nordsee und festem Land wird in Erzählungen und Gedichten beschrieben. Norddeutsche Urkundenbücher geben Zeugnis, historische Karten beschreiben die Region vor und nach der Sturmflut von 1634. Die schriftlichen Überlieferungen rechtfertigen gemeinsam mit den archäologischen

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Funden, ja fordern sogar die Auszeichnung des Gebietes als Weltkulturerbe.

(Beifall bei der FDP)

Die Ausweisung als Welterbestätte erfordert die **Beteiligung der Bevölkerung**. Es ist längst an der Zeit, nicht nur nachzufragen, ob der Wille der Kieler Regierung in der Region genehm ist. Gerade eine Ausweisung als Stätte des Weltkulturerbes erfordert eine ganz andere Art der Beteiligung. Der Begriff der Kultur schließt insbesondere die Leistungen des Menschen in der Auseinandersetzung mit der Natur ein: Das Wissen der Menschen an der Westküste über die Nutzung und Beherrschung der Natur, ihre Erinnerungen an vergangene Sturmfluten und die Entwicklung kultureller Traditionen sind kulturelle Leistungen, die Teil des Welterbes sind und nur mit aktiver Beteiligung der Menschen erschlossen werden können. Dies ist eine großartige Aufgabe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es! - Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Das Projekt LANCEWAD wurde durchgeführt, um die Ausweisung als Gebiet des Weltkulturerbes vorzubereiten. Die offizielle Broschüre weist ausdrücklich darauf hin, dass zu einem späteren Zeitpunkt die kulturellen Aspekte einbezogen werden sollen. Die Landesregierung verschweigt dies bewusst. Warum wird damit nicht jetzt begonnen? Wir haben zwei Jahre Zeit. Die Natur und die Kultur des Wattenmeeres sollen geschützt werden. Bevor die Erfolgsaussichten eine Anmeldung als Weltkulturerbestätte und die beste Strategie diskutiert werden, muss die fachliche Ausgangslage geklärt werden. Nach Einschätzung der FDP-Fraktion erfüllt unser Nationalpark die Kriterien für die Ausweisung als Weltkulturerbe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Wir fordern daher, dass die Ergebnisse des LANCEWAD-Projekts zur Erstellung einer **Machbarkeitsstudie** genutzt werden. Gleichzeitig fordern wir die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass möglichst umgehend eine deutsche Übersetzung des Projektberichts erstellt und öffentlich zugänglich gemacht wird.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Frau Kollegin, bitte kommen Sie zum Schluss!

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Ich komme zu meinem letzten Satz: Das Kulturerbe im Wattenmeer ist bereits seit 1973 durch die **Ausweisung als Grabungsschutzgebiet** geschützt. Dies ist auf archäologischem Gebiet die strengste Schutzkategorie. Das heißt, wir erfüllen bereits die Voraussetzungen, die wir gegenüber der UNESCO erfüllen müssen, um das Gebiet angemessen zu nutzen.

Ich bitte um Überweisung an den Umwelt- und den Kulturausschuss.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone das Wort.

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Erben ist das so eine Sache: Man kann das Erbe annehmen, man kann es ablehnen, tunlichst dann, wenn es überschuldet ist. Man kann es anlegen - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kostet nur Steuern!)

- Ja, nicht immer, aber meistens kostet es auch noch Steuern. Man kann es verspielen, vermehren oder verplempern. Auch unser Wattenmeer ist ein Erbe. Generationen von Menschen haben daran gearbeitet, die Küstenstruktur zu festigen und zu sichern. Sie haben Deiche errichtet, Siele gebaut, Lahnungen angelegt. Sie haben damit ein Erbe geschaffen, das im Übrigen das ganze Land angeht,

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

denn die beträchtlichen Gelder für alle diese Arbeiten sind seit vielen Jahrzehnten - wenn nicht seit Jahrhunderten - von allen Steuerzahlern aufgebracht worden. Weltweit einmalig ist das Erbe auch, denn das Wattenmeer ist ein einzigartiger Naturraum.

Was tun mit diesem Erbe? Bevor man entscheidet, was man mit einem Erbe sinnvollerweise anrichten soll, wird eine Bestandsaufnahme notwendig sein. Handelt es sich um ein Weltkultur- oder Weltnaturerbe? Eine wichtige Antwort findet sich bereits im ersten Satz des Berichts: Die Wattenmeerregion ist eine außergewöhnliche Landschaft, die auch zahlreiche **Kulturspuren** enthält. Sie ist im eigenen und engeren Sinne keine Kulturlandschaft. Sie war - so weit sie abzüglich Inseln, Halligen und Deichen erhalten ist - eine Landschaft, die durch Natur, durch Priele, Sandbänke, Wattenflächen, Inseln und Halligen geprägt war, auf

**(Dr. Ulf von Hielmcrone)**

denen zum Teil auch Menschen wohnten. Diese Menschen konnten dieses Land aber - so weit es heute ausgedeicht ist - auf Dauer nicht halten. Denken wir an die alten Inseln Strand oder auch Alt-Nordstrand.

Diese Kulturspuren sind hoch interessant. Zu denken ist an Rungholt. Zu etwas wirklich Besonderem werden sie aber erst in Verbindung mit den Deichen, den Sielen, Warften, Leuchttürmen, Uferböschungen, Häfen, Dörfern und Städten und dem Netzwerk von zahlreichen Deichen in der angrenzenden Marschlandschaft. Da muss ich dem Bericht und auch Ihnen, Frau Dr. Happach-Kasan, Recht geben. Alles zusammen: Kulturspuren vor dem Deich, die Deiche selbst und die Art, wie die Menschen dort leben und lebten, bilden die Symbiose des Menschen in seinem Leben mit der Natur, aber auch der Kämpfe gegeneinander ab. Das ist in der Tat ein hoch spannender, übrigens auch völkerverbindender europäischer Prozess, würdig eines Welterbes; denn hier wird eine ganz besondere Leistung der Menschen deutlich.

Es wäre also schon ein mögliches Welterbe. Aber dieser Prozess, dem die Landschaft unterworfen ist, ist kein statischer, sondern ein dynamischer. Ein Schutz in dem Sinne könnte sich also immer nur auf das generelle Landschaftsbild, das Prinzip von Eindeichung und Kampf gegen das Meer beziehen mit den jeweils notwendigen, sich neu ergebenden Ergänzungen, denn Deiche werden immer erneuert, repariert, gegebenenfalls erhöht werden müssen.

Bevor wir diesen Weg weiter beschreiten, müsste meiner Meinung nach zweierlei wirklich feststehen. Das **Wattenmeer** allein - trotz aller Kulturspuren, die ich sehr hoch schätze - stellt selbst kein Weltkulturerbe dar. Es bedarf eines sorgfältigen Abwägungs- und Erörterungsprozesses vor allem mit der Bevölkerung, wobei Kriterien für die Dinge, die es zu schützen gilt, würde man die angrenzenden Bereiche mit hineinnehmen, erarbeitet werden müssen. Dieser Abwägungsprozess wird einen längeren Erörterungszeitraum benötigen. Diese Zeit müssten wir uns nehmen. Ich sehe die Tür nicht zugeschlagen, sehe hier aber auch nicht unbedingt ein akutes Handlungsproblem.

Auf einem anderen Blatt steht die Frage nach dem **Weltnaturerbe**. Hier liegen andere, meiner Meinung nach nachprüfbar Kriterien vor. Diese Frage sollte weiterhin offen erörtert werden, auch von dem Teil der Bevölkerung an der Küste, der sich für die Frage interessiert, und von dem Teil, der strikt gegen das Welterbe ist. Hier müsste die Diskussion übrigens wesentlich breiter angelegt werden; das kann nicht nur in Kuratorien geschehen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW - Heinz Maurus [CDU]: Das sehe ich genauso!)

In der Anerkennung als Weltnaturerbe unter Berücksichtigung der dem Wattenmeer innewohnenden Dynamik liegt eine Chance für die Region, die nicht unterschätzt werden sollte. Darüber hinaus muss weiter über das Weltnatur- und auch über das Weltkulturerbe nachgedacht werden, und zwar im Respekt vor dem Erbe, das wir alle mit dem Wattenmeer besitzen. Dieses Erbe kann man nutzen und wahren, man kann es verschleudern und vernichten, aber ablehnen - wie das manchmal gesagt wird und in Leserbriefen zu lesen ist - kann man es in der Tat nicht. Denn wir haben das Erbe.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum Antrag der FDP! Nummer 1 sollte erledigt sein, Nummer 2 müsste abgelehnt werden - wobei ich immer sage, dass der Denkprozess weitergehen sollte - und Nummer 3 sollte im Ausschuss beraten werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich der Frau Abgeordneten Ursula Sassen.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Diskussion um die Novellierung des Nationalparkgesetzes wurde der von der CDU angemahnten Beteiligung der Westküste nicht ausreichend Rechnung getragen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Sehr richtig! Typisch!)

Damit sich dies nicht wiederholt, hat die CDU einen Antrag auf intensive Beteiligung der Betroffenen vor der Anmeldung des Schleswig-Holsteinischen Wattenmeeres als Welterbe eingebracht und der Umweltminister hat angezeigt, dass eine Anmeldung als Welterbestätte nur mit Zustimmung der Region erfolgen würde.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr gut! - Peter Lehner [CDU]: Er ist lernfähig!)

Die Entscheidungsträger der Westküste haben sich nach Informationsveranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern in Husum und Heide und Diskussionen in Gemeinden und den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen zwar nicht grundsätzlich gegen eine Anmeldung als Welterbe ausgesprochen, wohl aber wegen bestehender Bedenken die Forderung erhoben, die Anmeldung zurückzustellen. Auch aus anderen Regionen kamen Vorbehalte.



(Ursula Sassen)

Noch immer ist vielen Bürgerinnen und Bürgern der Unterschied zwischen Weltnaturerbe und Weltkulturerbe nicht klar. Daher war die Entscheidung, auf der **9. Trilateralen Regierungskonferenz** in Esbjerg noch keinen Beschluss über eine Anmeldung als Welterbestätte zu fassen, folgerichtig.

Der mit dem FDP-Antrag eingeforderte Bericht der Landesregierung zur Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe lässt in seiner Tendenz ganz deutlich erkennen, worauf die Landesregierung hinaus will. Dazu später.

Wenn in der Einführung des Berichts davon die Rede ist, Kulturspuren schützen zu wollen, stellt sich die Frage, was zukünftig über die bestehenden Gesetze hinaus vor wem geschützt werden soll. Die Wattenmeerregion ist durch das **Nationalparkgesetz** hinreichend geschützt. Daher - das wird von der Landesregierung ja auch immer beteuert - bedarf es keiner weiteren Schutzmaßnahmen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU:  
So ist es!)

Seit 1997 - das ist ein langer Zeitraum - arbeitet also die WADCULT an dem grenzübergreifenden **Projekt LANCEWAD**. Herr Minister Müller hat es vorhin erklärt. Man hat leider bislang noch nie etwas davon gehört, obgleich auch Zwischenberichte interessant gewesen wären.

Die schleswig-holsteinische Arbeitsgruppe von LANCEWAD besteht aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Forschungs- und Technologiezentrums Westküste und soll gewährleisten, dass sich Vertreter der unterschiedlichen Nutzergruppen einbringen und das vorhandene Wissen der Einwohner über Landschaft und Kulturgüter in die Arbeit einfließen kann. An dieser Stelle erfolgt im Bericht eine Anreihung wohlklingender Aussagen über Sinn und Zweck des Projekts.

Das LANCEWAD-Projekt ist abgeschlossen und der umfangreiche Abschlussbericht wurde auf der Ministerkonferenz in Esbjerg vorgestellt - in englischer Sprache, wie gehabt. Es kann doch nicht sein, dass 336 Seiten in englischer Sprache nur von einer verschwindenden Mehrheit

(Zurufe: Minderheit!)

- ja, richtig! - Minderheit zur Kenntnis genommen werden, der breiten Öffentlichkeit aber verschlossen bleiben. Wo bleibt da die viel zitierte Bürgerbeteiligung?

(Beifall bei der CDU)

Wenigstens Kernaussagen müssen für die Öffentlichkeit in deutscher Sprache vorliegen.

Im Sinne der Vertrauensbildung und des gewünschten Öffentlichkeitsinteresses ist eine rechtsverbindliche Übersetzung des gesamten Textes in die deutsche Sprache dringend notwendig. Denn dieser Bericht könnte als Grundlage für eine Eignung des Wattenmeerschutzbereiches als Weltkulturerbe herangezogen werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich möchte einen kurzen Hinweis geben. Bitte nehmen Sie davon Abstand, Unterlagen von Regierungsgliedern abzulichten.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Darüber hinaus sind die Inhalte des Berichtes insbesondere für Nordfriesland und Dithmarschen interessant, da er für diese Regionen besonders detaillierte Beschreibungen und landschaftsgeschichtliche Betrachtungen enthält. Diese und die erwähnten großmaßstäblichen Karten und farbigen Bilder, die alle Aussagen untermauern, sollte man aufgeschlossenen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Schulen im Interesse der Umweltbildung nicht vorenthalten.

Nun zur **Machbarkeitsstudie!** Brauchen wir diese wirklich, wenn es bereits eine von Herrn Professor Burbridge gibt, die gleichermaßen die Eignung des Wattenmeeres als Weltkulturerbestätte wie auch als Weltnaturerbestätte untersucht?

Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das kulturelle Erbe überwiegend außerhalb des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer auf dem Festland liege, wogegen das Wattenmeer selbst lediglich als untergegangene Kulturlandschaft bezeichnet werden könne. Und dann plötzlich - im Gegensatz zu den Infoveranstaltungen in Husum und Heide - ist in dem Bericht doch die Rede davon, dass die Anerkennung als Weltkulturerbe durch die UNESCO neue Schutzkategorien fordert.

(Minister Klaus Müller: Das habe ich immer gesagt!)

Weitere Grabungsschutzgebiete im Wattenmeer werden erforderlich. Die Ausweisung von Denkmalbereichen in der Marsch droht, so heißt es. Mit erheblichem Widerstand der Westküstenbevölkerung sei zu rechnen. Und dann ist da auch noch - wie könnte es anders sein? - „die beengte Haushaltssituation des Landes“.

Die Kosten für das Projekt LANCEWAD belaufen sich zurzeit auf etwa 720.000 DM, wovon auf den

(Ursula Sassen)

Landeshaushalt rund 215.000 DM entfallen. Die Kosten für eine zusätzliche Machbarkeitsstudie könnten sich möglicherweise in gleicher Größenordnung bewegen.

„Ob angesichts der bereits vorliegenden Ergebnisse und der bislang aufgewendeten Mittel ein weiteres finanzielles Engagement des Landes in nicht unbeträchtlicher Höhe vertretbar ist, erscheint zumindest fraglich.“

Ich frage mich: Sind 215.000 DM etwa zu viel für ein **Weltkulturerbe**,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

wo doch möglicherweise allein der Status „Welterbe“ ausreichen soll, leichter EU-Mittel für Projekte in der strukturschwachen Wattenmeerregion einzuwerben?

Und erst der zusätzlich erwartete Tourismusstrom! Neue Besuchergruppen werden kommen, heißt es. Vielleicht finden jene, die in St. Peter-Ording wegen der neuen Sandbank-Beparkungsregelung weggeblieben sind, nun zurück, um sich als Teil des Weltnaturerbes zu fühlen. Ich möchte Frau Dr. Happach-Kasan doch sagen, dass ihre Aussage berechtigt ist. Vielleicht passen aber die Menschen besser zum Weltkulturerbe, wo sich Natur und Mensch vereinen und die lebendige Landschaft geprägt haben, die schützenswert ist und weiterentwickelt werden kann, wie es auf Seite 3 des Berichts so schön heißt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber dann bräuchten wir in der Tat doch ein neues Gutachten, wenn da nicht noch der eine Punkt wäre, den ich anfangs schon erwähnte: Die Landesregierung will um jeden Preis eine Welterbestätte „Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer“. Ein Weltnaturerbe hat beim Wettbewerbskomitee der UNESCO offensichtlich bessere Erfolgsaussichten, weil es davon noch nicht so viele gibt:

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das ist falsch!)

138 Weltnaturerbestätten im Vergleich zu 529 Weltkulturerbestätten. Dieser Bericht, der Inhalte stellt, wird den wahren Schätzen des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und seiner Kulturlandschaft nicht gerecht.

(Zuruf von Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] - Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Es gibt nur 23 Natur- und Kulturerbestätten! Das ist viel besser!)

Vor einer weiteren Machbarkeitsstudie drückt sich die Landesregierung. Wer weiß: Vielleicht könnte ja dabei herauskommen, dass der Nationalpark Schleswig-

Holsteinisches Wattenmeer nicht nur die Kriterien für ein Weltnaturerbe, sondern auch für ein Weltkulturerbe erfüllt. Und dann? Aber das soll im Umweltausschuss und im Kulturausschuss beraten werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Irene Fröhlich das Wort.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es gibt viele vielschichtige Diskussionen, die hier in einen Pott geschmissen werden sollen. Mein stiller Verdacht ist, dass damit die Diskussion um das Weltnaturerbe nur erschwert wird, die zurzeit läuft, der wir gern die Zeit geben wollen, die sie braucht, und von der der Minister schon deutlich gesagt hat, dass daran überhaupt nicht gerüttelt wird. Frau Happach-Kasan, Sie sind vielleicht ein bisschen weit weg von der Westküste und können das nicht wissen.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Nein, ich bin nahe dran! - Lars Harms [SSW]: Sie war da! Es fehlte aber jemand anderer!)

Aber lassen Sie mich Ihnen sagen, dass dies der Sache Weltnaturerbe überhaupt nicht nützt.

Die Diskussion um ein Weltkulturerbe ist eine andere als die um das Weltnaturerbe. Das LANCEWAD-Projekt macht aber auch für den kulturellen Bereich den Zusammenhang zwischen dem Wattenmeer und der Wattenregion sehr deutlich. Im Wattenmeer, und zwar im Nordfriesischen Wattenmeer, finden sich sehr alte Kulturspuren. Auch hierüber gibt es zwei ganz unterschiedliche Debatten, die jetzt in der Debatte um das **Weltnaturerbe** gemeinsam geführt werden können und auch gemeinsam geführt werden müssen. Aber die Bestandsaufnahme der Kulturspuren im Nordfriesischen Wattenmeer ist eine ganz andere als die im Dithmarscher Wattenmeer, wo es praktisch so gut wie keine Kulturspuren gibt.

Die Spuren im **Nordfriesischen Wattenmeer** sind wirklich sehr alte Spuren. Es wird jetzt angeregt, diese letzten Reste der einstigen Kulturen im heutigen Wattenmeer unter dem Siegel des Weltkulturerbes zu schützen. Dies ist legitim und sicherlich auch gut gemeint; aber es ist damit verbunden, was ich zu Beginn sagte.

Wir sollten uns darüber klar sein, dass es sich wirklich nur um allerletzte Reste der Anzeichen früheren Lebens handelt. Im wahrsten Sinne des Wortes sind dies

**(Irene Fröhlich)**

Spuren. Diese dürfen und können gar nicht losgelöst von dem betrachtet werden, was hinter den Deichen stattfindet. Hinter den Deichen gibt es sehr viel mehr und sehr viel sichtbarere Denkmäler und Überreste des menschlichen Lebens aus den vergangenen Jahrhunderten, die zum Teil nur unzureichend oder auch gar nicht geschützt sind. Auch diese werden bei LANCEWAD erfasst. Ich denke dabei insbesondere an alte Gebäude und Bauwerke wie Haubarge und nordfriesische Langhäuser, aber auch an alte Warften, Deiche und Entwässerungsgräben, die viel über die Vergangenheit erzählen können. Die Kulturspuren im Watt sind tatsächlich nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was es hier zu schützen gelten würde.

Wir sollten uns also sehr genau überlegen, ob ein Weltkulturerbe Wattenmeer so lokal begrenzt überhaupt Sinn macht, ob es dann nicht auch notwendig ist und ob uns nicht von der UNESCO wahrscheinlich auch aufgetragen wird, binnendeichs ein Weltkulturerbe mit auszurufen.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Das fehlte noch!)

- Genau! Das fehlte noch, sagt Herr Feddersen. Ich höre das. - Das heißt, es würde die Diskussion um das, was wir jetzt dringend vorantreiben wollen, nämlich die Sicherung des Weltnaturerbes Wattenmeer, nicht weiterbringen. Im Nationalpark brauchen wir überhaupt keine weiteren Begrenzungen, sondern müssen lediglich - das ist bereits geschehen - die Reste alter Kulturen, die sich im Wattenmeer finden, unter Grabungsschutz stellen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es hat sich gezeigt, dass wir dies tun können. Archäologen sind dort von Zeit zu Zeit immer wieder zugange und dann wird auch sofort alles geschützt und gestoppt.

Insofern haben wir das, was wir an Sicherung von Kulturspuren im Nationalpark in Übereinstimmung an der Westküste schaffen können, tatsächlich geschaffen. Sie müssten sonst deutlich sagen, Frau Happach-Kasan und auch liebe Ursula Sassen, dass mindestens die drei großen **Inseln**, aber wahrscheinlich auch die **Halligen** mit in den Nationalpark aufgenommen werden sollen. Das ist eine Diskussion, die ich mir, zurzeit jedenfalls, an der Westküste nicht wünsche, nachdem wir es geschafft haben, dass wir jetzt eigentlich miteinander zufrieden sind, gemeinsam an die Ausnutzung des Nationalparks Wattenmeer herangehen und seine Schätze vor allen Leuten ausbreiten, die sie sehen möchten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe also einen ziemlich bösen Verdacht. Das gebe ich gern zu. Aber ich habe eben manchmal auch eine schwarze Seele.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ja unglaublich!)

Trotzdem sage ich: Aus meiner Sicht sind der erste und der letzte Absatz des FDP-Antrages erledigt, müssten hier also keineswegs abgestimmt und auch nicht in den Ausschuss überwiesen werden. Den mittleren Absatz - Frau Happach-Kasan, das haben Sie messerscharf erkannt - halte ich für politisch nicht sinnvoll und deswegen will ich ihn auch nicht.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Er ist sinnvoll, aber Sie wollen ihn nicht! Das ist es doch!)

Da ich aber ein braves Mitglied einer funktionierenden rot-grünen Koalition bin, werde ich, wie es mir nahe gelegt worden ist, auch hier für Ausschussüberweisung stimmen. Ich bin immer für den Frieden. Sie wissen das.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion des SSW erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Harms das Wort. - Die Regierung kann nachher gern noch einmal offiziell das Wort nehmen.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich heute über Weltnaturerbe oder über Weltkulturerbe rede, so spreche ich über das **Trilateral**, also in Bezug auf alle drei Staaten. Ich sage das, damit wir uns gleich klar darüber sind. Ich rede nicht über Separatismus in Nordfriesland oder sonstwo, sondern über alle drei Staaten.

(Beifall bei SSW, SPD und FDP und der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Was bei der Ausweisung als Weltnaturerbe gilt, muss natürlich auch bei der Ausweisung als Weltkulturerbe gelten: Das Ganze ist nur möglich, wenn die Bevölkerung auch zustimmt.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Sehr richtig!)

Die Grundvoraussetzung hierfür ist allerdings, dass der Bevölkerung alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Der Abschlussbericht des **LANCEWAD-Projekts** liegt derzeit nur in englischer Sprache vor. Dieser Abschlussbericht, der insbesondere für die Diskussio-

(Lars Harms)

nen vor Ort über die mögliche Ausweisung als Weltkulturerbe sehr wichtig sein kann, muss unbedingt übersetzt werden, damit jeder Bürger, jede Organisation und jeder ehrenamtliche Politiker die Chance hat, sich umfassend zu informieren.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Was die Machbarkeit eines Weltkulturerbes Wattenmeer angeht, wird im Bericht die Studie von Professor Burbridge genannt, die zu dem Urteil kommt, dass eine Ausweisung des Nationalparks Wattenmeer als Weltkulturerbe nicht ohne Weiteres in Frage kommt. Unter anderem kommt Professor Burbridge zu dem Schluss, dass das kulturelle Erbe überwiegend auf dem **Festland** und somit außerhalb des Nationalparks liegt.

Professor Steensen, der Direktor des Nordfriisk Institut, hat dahingegen in seinen Ausführungen anlässlich der Anhörung zum Thema im Kreishaus in Husum andere Schlüsse gezogen. Er stellte dar, wie vielfältig die Spuren im **Wattenmeer** immer noch sind. Ganze Siedlungsreste sind im Wattenmeer sichtbar, die auf dem Festland aufgrund der intensiven Nutzung der Landschaft durch den Menschen so gut erhalten gar nicht mehr vorfindbar sind.

Die primäre Frage lautet also: Wo kann die Grenze für ein Weltkulturerbe gezogen werden, damit es auch den Kriterien der UNESCO standhält?

Wir wissen - das macht der Bericht auch deutlich -, dass im Falle der Anerkennung und Ausweisung des Wattenmeers als Naturerbe mit keinen weiteren Nutzungseinschränkungen zu rechnen ist, da das Gebiet schon Nationalpark ist und so entsprechende rechtliche Regelungen bestehen.

Bei der Ausweisung als Kulturerbe ist jedoch damit zu rechnen, dass die UNESCO Maßnahmen zum Schutz des Kulturerbes fordert, die zu Einschränkungen führen könnten. Selbst wenn sich eine mögliche Ausweisung nur auf den Bereich des Nationalparks bezöge, wären solche Einschränkungen an der Westküste nicht mehrheitsfähig. Die Diskussion hierzu an der Westküste kann ich mir schon heute lebhaft vorstellen.

(Konrad Nabel [SPD]: Ich auch!)

Deshalb glaube ich, dass sich die Landesregierung mit den **Ausweisungskriterien** für ein Kulturerbe sehr genau auseinander setzen sollte, bevor wir überhaupt über den Auftrag einer Machbarkeitsstudie entscheiden. Hier besteht noch etwas Unsicherheit. Vielleicht können wir dazu im Ausschuss noch Näheres erfahren. Ich muss sagen, dass der vorliegende Bericht in diesem Punkt nicht aussagekräftig genug ist.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU] und Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Eine Machbarkeitsstudie ist erst dann sinnvoll, wenn wirklich eine reelle Chance für die Ausweisung als Kulturerbe besteht. Ansonsten kaufen wir die Katze im Sack. Deshalb muss im Vorwege zweierlei geschehen: Erstens müssen die Anforderungen für ein Weltkulturerbe ermittelt werden und zweitens muss man erst einmal ermitteln, ob die UNESCO überhaupt ein Interesse an der Ausweisung als Weltkulturerbe zeigt. Erst wenn die positive Einstellung der UNESCO hierzu feststeht, kann man darüber nachdenken, eine teure Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben.

Die derzeitige Situation macht deutlich, dass die Diskussion noch nicht abgeschlossen ist. Ob und wie ein Weltkulturerbe ausgewiesen werden kann, müssen vor allem die Diskussionen an der Westküste zeigen. In diesem Zusammenhang ist es für uns wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger an der Westküste in diesen Prozess aktiv mit eingebunden werden. Nur so erreichen wir die notwendige **Akzeptanz** in der Bevölkerung.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Ebenso ist die Diskussion hinsichtlich der Ausweisung des Wattenmeeres als Weltkulturerbe derzeit nicht abgeschlossen. Auch hier gilt, dass auf jeden Fall die Bevölkerung in den Diskussionsprozess eingebunden werden und mit der Ausweisung einverstanden sein muss.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Es wartet noch ein gehöriges Stück Arbeit auf die Landesregierung. Hier ist noch lange nicht genug getan worden.

(Heinz Maurus [CDU]: So ist es!)

Wir stimmen auf jeden Fall der Ausschussüberweisung des FDP-Antrages zu.

(Beifall beim SSW, vereinzelt bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan erhält jetzt das Wort zu einem Kurzbeitrag.

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Fröhlich, Ihren Verdacht möchte ich fröhlich zurückweisen.

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Ich habe keine Trennung von Kultur- und Naturerbe in irgendeiner Weise beabsichtigt. Diese Diskussion wollte ich auch gar nicht eröffnen.

Ich möchte die Menschen in Nordfriesland aber darauf aufmerksam machen, dass sie am Rande eines Kulturerbes leben, das es sich lohnt, näher zu betrachten. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass Welterbestätten nicht quadratmeterweise ausgewiesen werden können. Wir sind uns zum Beispiel darüber einig, dass es auch in der Hansestadt Lübeck in der Altstadt Gebäude gibt, die nicht so welterbefähigt sind wie zum Beispiel das Rathaus, die Marienkirche, der Dom et cetera. Das heißt, wir wissen, dass man das großzügig sehen muss. Deswegen haben wir - darauf kommen wir morgen noch - den Denkmalbereich geschaffen. Das zeigt, dass wir das etwas großzügiger sehen müssen und wollen. Genauso müssen wir das auch beim Wattenmeer machen. Wenn wir über die Grenzen schauen - Lars Harms hat das dankenswerterweise gemacht -, müssen wir zum einen nach Dänemark, zum anderen aber auch in die Niederlande schauen, wo sehr sehr großer Wert darauf gelegt wird, dass das **Gebiet des Trilateralen Wattenmeerplanes** sowohl als Naturerbe wie auch als Kulturerbe ausgewiesen wird. Ich finde, wir sollten uns der Diskussion, die in den Niederlanden geführt wird, nicht einfach verschließen.

Es wird immer gesagt, der Deich sei die Trennlinie für das Kulturerbe. Das stimmt natürlich so nicht. Das gilt für das Naturerbe genauso. Wir sind uns alle einig darin, dass ohne Deiche die gesamte Landschaft sowohl im Hinblick auf die Natur als auch im Hinblick auf die kulturelle Landschaft anders aussehe würde. Das ist trivial. Darüber sind wir uns alle einig.

(Holger Astrup [SPD]: Warum reden wir dann darüber!)

Wir wissen aber auch, dass wir das Gebiet des Trilateralen Wattenmeerplanes haben. Um dieses Gebiet handelt es sich. Natürlich wäre es auch für den Naturschutz sinnvoll, wenn wir in den Nationalpark auch **Naturschutzgebiete** am Rande mit einbeziehen könnten. Diese Diskussion können wir im Augenblick in der Region an der Westküste nicht führen. Herr Harms hat richtig darauf hingewiesen, dass wir das nicht tun sollten. Wir sollten diese Diskussion auch nicht im Hinblick auf ein Weltkulturerbe führen. Ich denke aber, wir sollten hinsichtlich einer Ausweisung als Welterbestätte Natur und Kultur gemeinsam betrachten.

Im Zusammenhang mit der Ausweisung des **Grabungsschutzgebietes** verweise ich noch einmal auf den Denkmalschutzbericht. Hierin wird gesagt, die Wattenmeerarchäologie sei eine Spezialität der

schleswig-holsteinischen Archäologie. Von daher können wir sie auch entsprechend mit einem UNESCO-Welterbe anerkennen oder zumindest darüber diskutieren. Ich weise noch einmal darauf hin, dass der Minister über das LANCEWAD-Projekt noch nicht berichten konnte, weil die Zeit nicht ausreichte. Insofern macht es Sinn, ihm die Möglichkeit zu geben, im Ausschuss über das LANCEWAD-Projekt zu berichten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Deshalb danke ich den Kollegen für den Antrag auf Überweisung an den Umwelt- und an den Kulturausschuss.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Ursula Sassen.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch einen kurzen Satz sagen. Ich möchte noch einmal betonen: Ob nun der Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer Weltnaturerbe oder Weltkulturerbe wird, entscheiden einzig und allein die Bürgerinnen und Bürger, wenn ich das alles richtig verstanden habe, was seitens der Regierung hier gesagt wurde. Mich stört nur die Manipulation, die Art, wie man uns das verkaufen will. Sie erfolgt nach dem Motto: Wenn es uns in den Kram passt, dann machen wir ein Weltnaturerbe. Dafür sprechen dann diese oder jene Argumente. Hätten Sie aber ein Weltkulturerbe favorisiert, hätten Sie in Ihrem Bericht die dafür nötigen Argumente gefunden, die dann gegen das andere sprächen. Das hat mich gestört.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. von Hielmcrone.

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Debatte nicht allzu lang fortsetzen. Aber an einer Feststellung liegt mir sehr. Das **Wattenmeer** ist und bleibt eine Naturlandschaft. Sie ist keine **Kulturlandschaft**.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**(Dr. Ulf von Hielmcrone)**

Es gibt im Wattenmeer Kulturspuren - völlig klar. Es gibt eine kulturlandschaftliche Zone zwischen Wattenmeer und Binnenland, nämlich die Deiche, die Ringe der Deiche und was alles dazugehört, aber die Natur ist im Wattenmeer vorrangig. Es kann sich primär beim Wattenmeer nur um ein **Weltnaturerbe** handeln. Alles andere verschleiert den Blick. Wir wollen keine neue Machbarkeitsstudie, wir wollen uns lediglich mit dem Bericht im Ausschuss befassen. Unsere Zielrichtung ist in der Tat das Weltnaturerbe. Allerdings gibt es auch wichtige Kulturspuren.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Wir treten in die Abstimmung ein. Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/1249, die Absätze 2 und 3 - -

(Konrad Nabel [SPD]: Nur Absatz 2! Absätze 1 und 3 sind erledigt! - Dr. Christel Hap-pach-Kasan [FDP]: Den gesamten Antrag! - Konrad Nabel [SPD]: Den Bericht hat der Minister doch schon gegeben!)

- Es ist beantragt worden, beide Absätze zu überweisen. Es ist also beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/1249, und den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1354, an den zuständigen Umweltausschuss, mitberatend dem Kulturausschuss zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, komme ich gern einer angenehmen Pflicht nach. Ik begröt nu to disse Stünd op de Tribün as Gäst de Bramdorfer Fleckensgild von 1677 sowie die Damen und Herren des CDU-Bezirksverbandes Kropp. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 20 und 36 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Erfolgskontrolle ASH 2000**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1352

**b) Statistischer Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2000**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1322

Wird das Wort zur Begründung des Antrages gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich weise darauf hin, dass mit dem Antrag Drucksache 15/1352 ein Bericht in dieser Tagung beantragt worden ist. Die Regierung möchte diesen Bericht jetzt geben.

Deshalb erteile ich zur Berichterstattung zunächst der Arbeitsministerin, Frau Moser, das Wort.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Jahr 2000 war für den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein ein gutes Jahr. Das macht der statistische Arbeitsmarktbericht sehr deutlich. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit ist von 122.000 im Jahr 1999 auf 114.000 im Jahr 2000 zurückgegangen. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1998 gab es sogar einen Rückgang von über 14.000. Das bedeutet einen Rückgang von über 10 % in diesen wenigen Jahren. Diese Zahlen können sich sehen lassen und sie gaben - ich benutze hier die Vergangenheitsform - Anlass zu großen Hoffnungen. Diese Hoffnungen haben sich leider nicht erfüllt. Auch wenn bis zum März dieses Jahres die **Arbeitslosigkeit** in Schleswig-Holstein gegenüber dem Vorjahresmonat weiter sank, müssen wir heute leider feststellen, dass dieser Trend seit April nicht mehr anhält. Seitdem verzeichnen wir wieder einen Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat. Allerdings haben wir noch nicht das Niveau von 1999 und schon gar nicht das der davor liegenden Jahre erreicht. Ich füge hinzu: Dieser Trend ist auch nicht hausgemacht, sondern er ist, wie Sie alle wissen, ein bundesweiter Trend.

Gerade dieser Vergleich zeigt aber, dass die Lage am schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt noch lange nicht als dramatisch bezeichnet werden muss. Allerdings: Die Hoffnung auf eine weitere Besserung, zu der die Zahlen aus dem Jahr 2000 Anlass gaben, ist - das müssen wir wohl so sagen - einer gewissen Sorge gewichen. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass sich der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein sozusagen in einer Atempause befindet. So ist die Arbeitslosigkeit der Jüngeren unter 25 Jahren im Oktober gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,9 % gestiegen. Gleichzeitig hat sich die Arbeitslosigkeit der 55- bis 64-Jährigen um 10,3 % verringert. Eine solche Situation, sich neu abzeichnende Probleme an der zweiten Schwelle des Arbeitsmarktes und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit

**(Ministerin Heide Moser)**

Älterer, weil hier weniger Entlassungen vorgenommen werden, ist typisch für einen abwartenden Arbeitsmarkt in Zeiten der Konjunkturschwäche.

Wenn es gelingt, diese Konjunkturschwäche möglichst schnell zu überwinden, dann können wir an den positiven Trend des Jahres 2000 anknüpfen. Ich will in diesem Zusammenhang auf das verweisen, was der Kollege Rohwer zu den konjunkturellen Rahmenbedingungen, die wir mitgestalten, gesagt hat. Auch er hat betont, dass wir versuchen, die **Investitionen** im Lande so weit wie möglich vorzuziehen. Ich will hinzufügen, dass wir uns bemühen, eine Verzahnung zwischen Beschäftigungspolitik und aktiver Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne hinzubekommen.

Meine Damen und Herren, die schleswig-holsteinische Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne muss weiter so optimiert werden, dass sie einen möglichst großen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Lande leisten kann. Dem dient ganz aktuell die Revision von **ASH 2000**. Deshalb kommt mir der Antrag der FDP, über die neuesten Ergebnisse der Erfolgskontrolle von ASH 2000 zu berichten, ganz gelegen. Zwar hatten wir eigentlich vor, nachdem wir bis zum Ende 2000 für jeden einzelnen Programmpunkt von ASH 2000 messbare Ziele erarbeitet und veröffentlicht hatten, das Jahr 2001 in Gänze dazu zu nutzen, Zielmessverfahren zu testen, Erfahrungen zu sammeln und dies bei der ursprünglich erst für 2002 ins Auge gefassten Richtlinienrevision zu nutzen. Doch wir leben in dynamischen Zeiten und man muss dann auch so flexibel sein, kurzfristig seine Zeitpläne zu ändern.

Es gab Handlungsdruck für eine Revision aus drei Gründen: Erstens hat die Nachfrageentwicklung bei ASH 2000 den finanziellen Rahmen überschritten und sie war gewissermaßen unwuchtig, weil sie sich ganz stark auf den einen Punkt, ASH 21, bezog. Zweitens ist das neue Job-Aktiv-Gesetz auf Bundesebene geeignet, auf einige Programmpunkte zu verzichten beziehungsweise Anpassungen vorzunehmen. Drittens gab und gibt es auch noch die Notwendigkeit des Sparens.

Bei der Revision, die wir jetzt vornehmen, spielen die ersten Ergebnisse der Erfolgskontrolle eine ganz entscheidende Rolle für die künftige Mittelverteilung, denn gerade bei dem am stärksten nachgefragten Programmpunkt - **ASH 21**, Integration von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern - sieht die Mittelverteilung in Zukunft so aus, dass sie nach Vermittlungsquoten kontingentiert wird.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Dies war jetzt nicht die Idee des Ministeriums allein, vielmehr hat sich auf diese Art der Kontingentierung die regionale Aktion „Arbeit für Schleswig-Holstein“ verständigt. Dies zeigt auch, dass die Träger der Arbeitsmarktmaßnahmen selbst gewillt sind, sich an ihren Vermittlungserfolgen messen zu lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann uns damit gelingen, ein System zu entwickeln, das sich über die Erfolgskontrolle selbst steuert. Das wäre sozusagen ideal. Ich kenne nichts Vergleichbares in der Arbeitsmarktpolitik dieser Republik.

Es zeigt, dass wir in Schleswig-Holstein nicht nur stringent steuern können und wollen, es zeigt auch - ich sagte es eben schon -, dass wir leistungsfähige Partner haben, die in der Lage sind, schnell zu reagieren und die Konkurrenz um bessere Eingliederungserfolge nicht scheuen. Dafür bin ich dankbar. Denn die Flexibilität eines Ministeriums und einer Landesregierung allein genügt nicht, wenn nicht auch die Partner flexibel sind.

Allerdings waren nicht nur die Ergebnisse der Erfolgskontrollen Kriterium für die Revision. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit des Sparens haben wir einen Programmpunkt, ASH 2, gestrichen, nämlich Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber. Darauf wollen wir in Zukunft verzichten, obwohl hier die Eingliederungsquote naturgemäß 100 % beträgt. Wir sind aber der Meinung, dass es hier keines weiteren Anreizes für die Kommunen bedarf, weil sie sehr gut selbst ausrechnen können, wie stark sie durch die direkte Vermittlung und die Vergabe von Lohnkostenzuschüssen entlastet werden. Deshalb ist der Anreiz auch ohne Landesmittel groß genug.

Darüber hinaus haben wir auch in Absprache mit dem Landesarbeitsamt Förderhöhenbegrenzungen und weitere kleinere Änderungen bei der ergänzenden Förderung von ABM und SAM vorgenommen. Dies geschah auch vor dem Hintergrund der bundesweiten Diskussion um die Effizienz dieser Instrumente; Sie kennen diese Diskussion. Ich nenne einmal die Zahlen für Schleswig-Holstein, so wie sie jetzt aussehen. Wir haben in den messbaren Zielen eine Vermittlung zwischen 30 und 50 % vorgegeben. Wir liegen jetzt bei 14 %. Hier wird es also weiter Diskussionsbedarf geben. Vielleicht ergibt sich auch die Notwendigkeit einer weiteren Revision, je nachdem, wie sich auch die Bundesanstalt für Arbeit dazu einlässt.

Sie, Herr Dr. Garg, haben in der letzten Debatte über die Arbeitsmarktpolitik hier im Landtag das Programm ASH 2000 mit einem Rennboot verglichen. Es ist ein

**(Ministerin Heide Moser)**

gefährliches Gefährt. Sie haben gemeint, man müsse abwarten, ob wir dann auch tatsächlich Kurs halten. Ich denke, man kann sehen, dass wir Kurs halten, und man kann natürlich auch sehen, dass wir vernünftige Steuerleute sind, denn man kann den Kurs nur halten, wenn man sich auch den Wetterbedingungen anpasst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kurs, den wir steuern, heißt in jedem Fall „Erreichung der messbaren Ziele“. Über die jetzige Revision hinaus wird für die verbliebenen Programmpunkte - das sind mit Abstand die meisten, ich verweise Sie dazu auf Drucksache 15/1621, die Ihnen über den Sozialausschuss allen zur Verfügung gestellt worden ist und die die genauen Überlegungen zur Revision beinhaltet - wird die Evaluation nach der Liste der messbaren Ziele fortgesetzt. Wir sind in der Lage, sozusagen laufend, dann aber auch im Rahmen eines Zwischenergebnisses im ersten Halbjahr 2002 weitere Ergebnisse und mögliche Überlegungen zu einer weiteren Revision vorzulegen.

In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit auch im Sozialausschuss.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, nicht nur wir, sondern auch Sie haben immer wieder beklagt, dass das Thema Arbeitsmarktpolitik hier so nebenbei debattiert wird. Heute steht der Arbeitsmarkt endlich dort, wo er stehen muss, nämlich im Mittelpunkt der Debatte. Angesichts Ihrer Zusage, die von uns gewünschten Zahlen im zweiten Quartal des nächsten Jahres abschließend zu liefern, sodass wir im Sozialausschuss über die notfalls zu ziehenden Konsequenzen beraten können, will ich heute die Gelegenheit nutzen, Arbeitsmarktpolitik von ihren originären zwei Seiten zu betrachten.

Doch bevor ich das tue, will ich eines erklärend voranschicken. In der Bewertung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, in der Bewertung dessen, was bei ASH bisher geschehen ist, sind wir mit Ihnen völlig einer Meinung. Ich sage das deswegen, weil Sie da nicht immer auf Zustimmung stoßen und es auch sehr schwer haben, das durchzusetzen.

In der Bewertung der Rahmenbedingungen und dessen, was man an den Rahmenbedingungen ändern kann, sind wir alles andere als einer Meinung. Da sind wir

noch relativ weit voneinander entfernt. Wenn Sie allerdings sagen, Sie wollten in Zukunft darauf hinarbeiten, eine engere Verzahnung zwischen **Beschäftigungspolitik** und aktiver **Arbeitsmarktpolitik** hinzubekommen, sehe ich, dass mein Schlusssatz, den ich aber erst zum Schluss sage, vielleicht nicht ganz umsonst war.

Meine Damen und Herren, zwei Seiten der Arbeitsmarktpolitik, das heißt einmal die ökonomische und einmal die sozialpolitische Seite. Diese beiden stehen nicht in einem Widerspruch zueinander. Im Hinblick auf die Bedeutung arbeitsmarktpolitischer Instrumente ist allerdings ein unendlich großer Unterschied auszumachen.

Die Zahlen zeigen es - auch wenn man sie unterschiedlich bewerten kann -: Die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein ist nach wie vor viel zu hoch, um insgesamt von Erfolgen der Arbeitsmarktpolitik zu reden. 2000 lag die **Arbeitslosenquote** in Schleswig-Holstein mit 8,5 % leider um 0,7 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland, im Oktober 2000 mit 8,1 % um 0,9 Prozentpunkte höher. Fast ein Zehntel der Arbeitswilligen und Arbeitsfähigen nimmt nicht am Produktionsprozess teil. Das ist eine unsägliche Verschwendung von Ressourcen, ganz zu schweigen von den schlimmen Auswirkungen auf das Leben und das Lebensgefühl der arbeitslosen Menschen selbst und ihrer Angehörigen.

Hinweise auf eine ernsthafte Bemühung, hieran etwas ändern zu wollen, genügen deshalb nicht. Arbeitsmarktpolitik ist noch viel mehr als nur Beschäftigungspolitik. Sozialpolitisch spielen deshalb Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine ganz entscheidende, ja die zentrale Rolle. Ich sage das für meine Fraktion noch einmal: Ohne sozialpolitisch flankierende Maßnahmen geht es nicht und wird es auch in Zukunft nicht gehen.

(Beifall bei FDP, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Ökonomisch betrachtet spielen aber solche Instrumente leider fast gar keine Rolle. Wir stehen nicht nur in der sozialpolitischen Verantwortung, für die durch ASH potenziell erreichbaren Männer und Frauen etwas zu bewegen, sondern wir stehen genauso in der Verantwortung, eine andere Politik für die mittlerweile wieder fast 4 Millionen arbeitslosen Menschen in Deutschland zu machen.

(Beifall bei FDP, SSW, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU])

In dieser Bewertung gibt es tatsächlich unterschiedliche Auffassungen darüber, was notwendig ist und was



(Dr. Heiner Garg)

nicht. Der Arbeitsmarktbericht reicht in seinen Darstellungen zum Glück nur bis Juni 2001. Deswegen wird hier niemand davon reden, dass sich die Probleme erst nach dem 11. September so entwickelt haben. Denn selbstverständlich sind die konjunkturellen Probleme seitdem größer geworden, aber die Konjunkturschwäche entwickelt sich schon seit Monaten und wirkt negativ auf die Beschäftigung.

Wächst die Wirtschaft oberhalb der Beschäftigungsschwelle, dann wächst die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit sinkt und umgekehrt. Die Beschäftigungsschwelle liegt in Deutschland ungefähr bei 1,8 % **Wirtschaftswachstum**; das tatsächliche Wachstum ist derzeit kleiner und deswegen steigt die Arbeitslosigkeit.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, entscheidend in diesem Zusammenhang ist der Trend, um den die Arbeitslosigkeit schwankt, und der liegt in Schleswig-Holstein - wie im Übrigen auch in anderen Bundesländern - leider entschieden zu hoch. Er ist aber ganz entscheidend von den politisch gesetzten Rahmenbedingungen abhängig, das heißt von der Politik im Bund und der Politik im Land. Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, wer in Schleswig-Holstein und im Bund derzeit dafür verantwortlich ist. Hier liegen die entscheidenden Probleme: Die **Erwerbsquote** ist zu niedrig, die Beschäftigungsschwelle ist zu hoch und die strukturelle Arbeitslosigkeit ist ebenfalls zu hoch. Das sind Folgen staatlicher Überregulierung. Hier müssen wir ansetzen, wenn wir durchgreifende Erfolge am Arbeitsmarkt tatsächlich erringen wollen.

Ich sehe derzeit kaum das Bemühen auf Bundes- und Landesebene, hier tatsächlich etwas zu ändern. Entscheidend für den Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit ist - und wird es auch immer bleiben - die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir werden die Arbeitslosigkeit nur dann dauerhaft senken, wenn wir das Beschäftigungswachstum dauerhaft stärken. Private Unternehmen stellen nur dann zusätzliche Arbeitskräfte ein, wenn diese Menschen den Unternehmen mehr einbringen, als sie kosten. Wer diese Erkenntnisse missachtet, wird auch mit noch so viel Fördermaßnahmen insgesamt erfolglos bleiben, ja er muss es.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das Problem der bislang eingeleiteten Maßnahmen auf Bundesebene - ich will das jetzt nicht in extenso wieder ausführen, Sie kennen das, also der Anspruch auf Teilzeitarbeit, Verschärfung der Mitbestimmung, Einschränkung befristeter Arbeitsplätze - besteht leider darin, dass diese Maßnahmen die Kosten der Arbeit erhöhen. Mit

dieser Verteuerung und weiteren Regulierung des Arbeitsmarktes wird aber das Beschäftigungswachstum gesenkt und der Abbau von Arbeitsplätzen erhöht.

Sozialpolitisch steht diese Bundesregierung vor dem Dilemma, dass diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten, besser gestellt werden, diejenigen aber, die keine Arbeit haben, immer schlechter gestellt werden, weil der Zugang zum Arbeitsmarkt immer schwerer wird.

Liebe Frau Ministerin, hier hätte ich mir von Ihnen genau denselben Mut und dieselbe Aufgeschlossenheit gewünscht, wie Sie sie bei der Überarbeitung von **ASH** zeigen. Ich hätte mir von Ihnen gewünscht, dass Sie Ihren Berliner Kollegen nicht nur klargemacht hätten, dass hier lediglich ein Griff in die wirtschaftspolitische Mottenkiste erfolgt, sondern dass damit erfolgreiche begleitende, aktive Arbeitsmarktpolitik, die aus diesem Land kommt, konterkariert wird.

2000 wurden knapp 7.900 Menschen im Programm **ASH** gefördert, die gemäß der Liste der Ziele eine direkte Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt vorsehen. Denken wir positiv und gehen davon aus, dass die Zielquoten erreicht worden wären, dann hätten 2000 mittels **ASH** knapp 3.300 Menschen wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß gefasst. Für wie lange, wissen wir zwar nicht, aber immerhin. „3.300“ hört sich zunächst nicht schlecht an, aber das Landesarbeitsamt meldete für 2000 knapp 224.000 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit. **ASH** hätte dann knapp 1,5 % der Abgänge ausgemacht.

Lieber Kollege Baasch, sozialpolitisch von außerordentlicher Bedeutung, denn es geht um jeden Einzelnen, in jedem einzelnen Fall um den Menschen, möglicherweise hängt sogar eine ganze Familie daran, ökonomisch aber leider eine verschwindende Größe. Jetzt mag der eine oder die andere einwenden, das sei ja auch egal, Hauptsache, die Sache ist gut. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist alles andere als egal, es ist sogar der entscheidende Punkt. Wir haben nämlich nicht 7.900 Arbeitslose, sondern im Schnitt zwischen 110.000 und 125.000 Arbeitslose und die darf man vor lauter Begeisterung über aktive Arbeitsmarktpolitik natürlich nicht vergessen. Hier stimmen die grundlegenden strukturellen Rahmenbedingungen nicht. Das fängt eben bei der Ausgabenstruktur an und reicht bis hin zur aktiven oder manchmal auch passiven Zustimmung zur Arbeitsmarktpolitik des Bundes.

Aber auch innerhalb des Programms **ASH** spielt die Ökonomie selbst eine ganz entscheidende Rolle. Wenn vergleichsweise hohe Beträge aufgewendet werden, um in sehr begrenzten Fällen den Menschen die Rückkehr auf den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern, dann - da ist die Frau Ministerin völlig richtig auf Kurs -

**(Dr. Heiner Garg)**

muss auch der Erfolg groß sein. Sonst werden bei geringem Erfolg aus hohen Kosten bald unverhältnismäßige Kosten, die sich gerade bei steigender Arbeitslosigkeit nicht mehr rechtfertigen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir befinden uns am Beginn einer Rezession. Manche sagen, wir seien schon drin. Das hängt immer davon ab, wie man „Rezession“ tatsächlich definiert. Das Kernproblem besteht aber darin, dass die Sockelarbeitslosigkeit in Deutschland seit 1970 in jeder Rezession um mehrere 100.000 Menschen gewachsen ist, weil der deutsche Arbeitsmarkt überreguliert ist.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU] und Gero Storjohann [CDU])

Wenn das jetzt wieder geschehen sollte, dann wird leider auch ein verbessertes Programm ASH dieses nicht verhindern können. Gegen diese Tragödie hilft nur eins: Wir müssen es den privaten Unternehmen ermöglichen, mit weniger Aufwand mehr Geld zu verdienen. Das ist langfristig die einzig erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Frau Ministerin, abschließend möchte ich sagen, dass ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben habe. Es hat zwar ein bisschen lange gedauert, bis unsere Forderungen nach Evaluierung von ASH sukzessive umgesetzt wurden. Gleiches gilt auch für die geplante Revision als logische Konsequenz des Evaluierungsergebnisses. Es geht auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, gar nicht darum, dass sich „Vernunft“ durchsetzt, denn die wird im Zweifel jede Seite des Hauses für sich selbst reklamieren. Es geht vielmehr darum, dass sich das ökonomisch Notwendige durchsetzt, weil sonst jede noch so motivierte sozialpolitische Flankierung angesichts steigender Arbeitslosigkeit eine offene Flanke bleibt. Die aber kann sich auf Dauer keine Gesellschaft leisten - weder sozialpolitisch noch ökonomisch.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Arbeit und Beschäftigung sind Voraussetzung für das individuelle Gefühl von Stabilität und Lebenssicherheit. Die Stärkung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit

sowie ein angemessenes Angebot an Arbeitsplätzen und **Qualifizierungsmöglichkeiten** sind wichtige Rahmenbedingungen, damit die Menschen Arbeit finden und behalten können. Im Rahmen der von der schleswig-holsteinischen Landesregierung aufgelegten Programme „Arbeit statt Sozialhilfe“ und „ASH 2000“ sowie mit der bewährten Zusammenarbeit innerhalb der regionalen Aktion „Arbeit für Schleswig-Holstein“, ist es gelungen, gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften einen breiten gesellschaftlichen Konsens in Schleswig-Holstein herzustellen. Dieser breite gesellschaftliche Konsens war notwendig, um neue Wege in der Beschäftigungspolitik einzuschlagen. In Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Dieser Trend wird sich - auch nach der jetzigen schwierigen Phase - langfristig fortsetzen, wenn wir denn unsere Anstrengungen verstärken und zielgerichtet Arbeit und Beschäftigung fördern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Arbeit und Beschäftigung bedeutet auch, den Anspruch von Frauen auf Erwerbstätigkeit zu fördern. Diesen Bereich haben wir gerade unter dem Punkt „Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt“ intensiv diskutiert. Meine Kollegin Schümann hat dazu sehr eindringlich alle unsere Erwartungen dargestellt. Es gibt mehrere Gruppen von Menschen, für die im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik auch weiterhin besondere Anstrengungen unternommen werden müssen. Zu ihnen zählen die **Langzeitarbeitslosen**, Menschen ohne Ausbildung und - trotz ihrer häufig hervorragenden Qualifikation - immer noch Menschen, die älter als 55 Jahre sind.

Das Bündnis für Ausbildung hat in Schleswig-Holstein erneut große Erfolge erzielt. Die schleswig-holsteinischen Aktivitäten sind erfreulicherweise durch das Sofortprogramm zur Bekämpfung der **Jugendarbeitslosigkeit** der Bundesregierung unterstützt worden. Die Unterstützung der Bundesregierung seit 1998 macht deutlich: Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist ein wichtiges Instrument für den Abbau der Arbeitslosigkeit. Bei Jugendlichen interessiert natürlich an erster Stelle die Ausbildungsstellenbilanz; diese ist in Schleswig-Holstein nun schon seit vielen Jahren in Folge positiv.

Der statistische Arbeitsmarktbericht erhält erstmals ausgewählte statistische Daten über die Ausbildungssituation. Demnach können allerdings noch immer nicht alle ausbildungswilligen Jugendlichen ihren Wunschberuf erlernen. Je nach Berufsfeld klaffen Angebot und Nachfrage erheblich auseinander. Der Anteil der vorzeitig aufgelösten **Ausbildungsverträge** liegt mit 28,2 % deutlich über dem westdeutschen

**(Wolfgang Baasch)**

Wert. Hier muss intensiv darüber nachgedacht werden, wie diese hohe Ausbildungs-Abbrecherquote verringert werden kann. Abgebrochene Ausbildungen belasten nicht nur die Jugendlichen, sondern auch die Ausbildungsbereitschaft und die Fähigkeiten der Ausbildungsbetriebe und Ausbilder.

Im Weiteren will ich nur einige Schlaglichter aus dem statistischen Arbeitsmarktbericht des Jahres 2000 herausgreifen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug in Schleswig-Holstein 114.000 Personen. Dies entspricht - wohlgemerkt, es geht um die Jahre 2000 und 1999 - einem Rückgang um 6,3 % gegenüber dem Vorjahr. Seit Anfang 2001 nimmt die Zahl der Arbeitslosen nicht nur im Bundesdurchschnitt, sondern auch in Schleswig-Holstein wieder leicht zu.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist leicht von 33,3 % auf 32,3 % der Arbeitslosen gesunken. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit stieg gegenüber dem Vorjahr auf 31,4 Wochen an. Aber nach wie vor liegen wir in Schleswig-Holstein deutlich unter dem Bundesdurchschnitt der westdeutschen Länder, wo die Arbeitslosigkeit in der Regel 34,2 Wochen anhält. Wir wissen, dass die Vermittlungschancen kurz nach Eintritt der Arbeitslosigkeit am höchsten sind. Deshalb muss die Dauer der Arbeitslosigkeit weiter merklich verkürzt werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - vereinzelter Beifall bei der CDU)

Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer ist mit 9,7 % konstant geblieben. Ihre Arbeitslosenquote ging um 2,8 Prozentpunkte auf 21,9 % der Gesamtzahl der Arbeitslosen zurück. Die Zahl der älteren Arbeitslosen hat sich reduziert. So sind etwa nur noch ungefähr 20 % der Arbeitslosen über 55 Jahre alt. Es bleibt dabei: Vermittlungerschwerende Merkmale für Arbeitslose sind nach wie vor in großem Umfang gegeben; bei circa zwei Dritteln aller Arbeitslosen werden vermittlungerschwerende Merkmale festgestellt. Das ist auch kein Wunder, denn nach wie vor lauten diese Merkmale: keine abgeschlossene Berufsausbildung, gesundheitliche Einschränkungen und - wie schon erwähnt - 55 Jahre und älter. Diese und weitere Feststellungen aus dem statistischen Arbeitsmarktbericht werden wir sicher in der Debatte im Sozialausschuss vertiefen können.

Ich will nun noch einige Sätze zur Frage „Erfolgskontrolle ASH 2000“ anfügen. Die ASH-Richtlinien werden derzeit im konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten überarbeitet. Die regionale Aktion „Arbeit für Schleswig-Holstein“ hat die Revisionsgründe mit dem Ministerium beraten. Es gibt gute Gründe, **ASH 2000** nach Ablauf von zwei Jahren neu zu positionieren.

Jetzt - nach zwei Jahren - wissen wir, welche Programmpunkte erfolgreich waren; wir wissen, welche nicht mehr benötigt werden beziehungsweise welche Förderprogramme nicht angenommen wurden und wo Veränderungen in der Förderpraxis nötig sind. Hinzu kommt die Unterstützung auf Bundesebene durch die Reform des SGB III durch das Job-Aktiv-Gesetz.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung bleibt weiter von folgenden Zielen geleitet: erstens Vorrang der Eingliederung beziehungsweise Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt; zweitens Förderung des lebenslangen Lernens insbesondere der Qualifizierung von Arbeitskräften; drittens Chancengleichheit von Männern und Frauen! Andere Bedürfnisse von Zielgruppen wie Migrantinnen und Migranten, von Jugendlichen und von Menschen mit Behinderung ordnen sich neben diesen vorrangigen Zielen der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ein.

Die große Nachfrage im Programm ASH 2000 hat bewiesen, dass viele Menschen ihre Hoffnung auf Arbeit und Qualifizierung mit dem Programm verbinden, dass aber auch viele Kommunen und Träger die berechtigte Hoffnung haben, für Menschen in ihrer Mitte Arbeits- und Lebensperspektiven aufzuzeigen.

Effizienz muss ein Ziel haben. Effizienz kann aber nicht immer und ausschließlich an Vermittlungszahlen messbar und nachvollziehbar sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen keine Scheindiskussion über festgelegte Vermittlungsquoten führen und dabei vergessen, dass der Arbeitsmarkt auch großen Schwankungen unterworfen ist und dass einige Gruppen von Arbeitsuchenden immer größere Probleme haben werden, einen Arbeitsplatz zu finden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der zweite Arbeitsmarkt ist und bleibt für viele eine Chance - oft ist es die einzige Chance - für Arbeit und auch ein Stück Lebensperspektive.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen gerade im Moment, dass sich der Abbau von Arbeitslosigkeit nicht - wie noch im statistischen Arbeitsmarktbericht für 2000 angeführt - weiterentwickelt. Gerade jetzt müssen wir deswegen bestehende Programme wie ASH 2000 konsequent weiterentwickeln und ständig auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen. Den statistischen Arbeitsmarktbericht und den Antrag der FDP sollten und wollen wir im Sozialausschuss weiterberaten. Dem Antrag der FDP stehen wir dabei mit großer Offenheit gegenüber, stellt er doch

**(Wolfgang Baasch)**

wichtige Fragen. Aber die Antworten wollen wir gern gemeinsam im Sozialausschuss finden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Lassen Sie mich als eine Antwort aus dem **statistischen Arbeitsmarktbericht** zitieren. Auf Seite 50 heißt es:

„Im ersten Jahr des neuen Programms wurden insgesamt rund 78 Millionen DM für arbeitsmarktliche Maßnahmen bewilligt. Und rund 33.700 vorher arbeitslose Menschen konnten durch die verschiedenen Förderrichtlinien erreicht werden. Die regionale Verteilung der Förderfälle und Fördermittel folgt im Wesentlichen der Arbeitslosigkeit im Lande.“

Dies zeigt, das Programm hat gewirkt, und es soll auch in Zukunft wirken. ASH 2000 ist ein gutes Programm.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Torsten Geerds.

**Torsten Geerds [CDU]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte meinen Beitrag mit einem Zitat einleiten, das lautet:

„Wenn eine sozialdemokratisch geführte Regierung im Amt ist, dann sollte es Arbeitnehmern und Rentnern besser gehen. Davon kann aber leider keine Rede sein. Die Malocher haben Einkommensverluste. Die Reallöhne sinken. Gleichzeitig steigt die Zahl der Arbeitslosen. Wenn die Bilanz der Wirtschafts- und Sozialpolitik mager ist, richtet sich der Blick auf die Außenpolitik.“

So weit Oskar Lafontaine. Darüber freut sich offensichtlich Peter Deutschland, ein alter Fan aus DGB-Reihen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Im Bundestagswahlkampf 1998 versprach Gerhard Schröder, dass er sich nach vier Jahren daran messen lassen wolle, ob es ihm gelungen sei, die Arbeitslosenzahl auf unter 3 Millionen Menschen zu senken. Dieses Ziel hat Schröder bereits auf 3,5 Millionen Arbeitslose korrigiert.

Im September 1998 waren 3,9 Millionen Menschen arbeitslos. Zurzeit sind es 3,7 Millionen Menschen.

Die Wirtschaftsforscher rechnen für das Jahr 2002 mit mehr als 4 Millionen Erwerbslosen.

Die negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat auch etwas damit zu tun, dass SPD und Grüne in den zentralen innenpolitischen Feldern der Politik versagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Das Ziel der Senkung der **Lohnnebenkosten** wurde nicht erreicht. Die Rücknahme der **Rentenreform** mit dem Ziel, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, ist ein Flop. Auch das Herumdoktern in der Gesundheitspolitik hat keinen Beitrag zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes leisten können.

(Beifall bei der CDU)

Bei den zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen ist die Schröder-Politik gescheitert. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich in den letzten Monaten deutlich verschlechtert. Deutschland nimmt in Europa beim Wirtschaftswachstum den letzten Platz ein.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Die Arbeitslosigkeit steigt. Obwohl der **Arbeitsmarkt** aus demographischen Gründen jedes Jahr um 200.000 Personen entlastet wird, ist die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr saisonbereinigt um 85.000 gestiegen. Die Steuerlast nimmt ständig zu. Ich nenne hier die Ökosteuer. Die Rentenerhöhungen der letzten Jahre sind der Inflation zum Opfer gefallen. Seit der Regierungsübernahme von Rot-Grün haben die Renten ständig an Wert verloren.

Das ist der unverblühte Blick auf den bundesdeutschen Arbeitsmarkt. Wie aber sieht es in Schleswig-Holstein aus? Wie sind die Vergleichsdaten der norddeutschen Bundesländer? Vergleichen wir die Zahlen aus dem Oktober 2001 mit den Zahlen aus dem Oktober 2000. Wir müssen dabei feststellen, dass zwar die Zahlen in Hamburg gleichbleibend sind und die Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern um 2,7 % angestiegen, dass aber das Schlusslicht Schleswig-Holstein ist. Im Vergleich zum Oktober 2000 ist die **Arbeitslosenzahl** bei uns um 5.200 Personen gestiegen. Das bedeutet einen prozentualen Anstieg um 4,9 %.

Bereits seit April 2001 übersteigt **Schleswig-Holstein** im Monatsvergleich die Arbeitslosenzahlen des Vorjahres. Allerdings werden die Steigerungsraten von Monat zu Monat größer.

Dramatisch sind die Zahlen der jüngeren Arbeitslosen. In der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen ist die

(Torsten Geerds)

Zahl der Erwerbslosen um 1.100 Personen angestiegen. Hinter dieser Zahl steckt eine Steigerungsrate von 11,5 %.

Unsere Hauptsorge im Land gilt weiterhin dem Baugewerbe. Bei den Zimmerern, Dachdeckern und Gerüstbauern stieg die Zahl der Arbeitslosen um 22,4 %. Soweit die Zustandsbeschreibung für unser Bundesland.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt den Antrag der FDP-Fraktion Erfolgskontrolle ASH 2000. Bereits in der letzten Wahlperiode haben wir mehrfach gefordert, das Programm ASH auf seine Wirksamkeit hin zu überprüfen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Das waren vor allen Dingen wir!)

- Frau Aschmoneit-Lücke, das haben wir gemeinsam getan. Ich erinnere mich gut daran. - Das betraf die Art der Mittelverwendung genauso wie die Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt. Außerdem haben wir uns dafür ausgesprochen, den Anteil an Qualifizierungselementen deutlich zu steigern.

Es war immer Anliegen der CDU, die Arbeitsmarktpolitik an den Interessen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft auszurichten. Außerdem wollen wir mit der Politik des zweiten Arbeitsmarktes sicherstellen, dass wir zu einer dauerhaften Entlastung der sozialen Sicherungssysteme kommen, in dem Erwerbslose in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden. Wir müssen bei jeder Maßnahme des zweiten Arbeitsmarktes ausschließen, dass es dadurch zu Wettbewerbsverzerrungen zulasten der Wirtschaft kommt.

(Beifall bei der CDU)

**Beschäftigungsmaßnahmen** dürfen keine Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt vernichten. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird die CDU ASH kritisch, aber konstruktiv begleiten. Bei fast 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland und über 110.000 Arbeitslosen in Schleswig-Holstein können wir auf eine brückenbauende Politik des zweiten Arbeitsmarktes nicht verzichten.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Wir tragen das Ziel von ASH 2000 mit, schrittweise eine Veränderung der Aktivitäten der Träger gegenüber der in den Jahren bis 1999 geübten Praxis zu bewirken. Uns stellen sich in diesem Zusammenhang allerdings folgende Fragen: Warum erst jetzt? Welche Summen an Geld wurden in den letzten Jahren in den Sand gesetzt? Die Erfolge des zweiten Arbeitsmarktes waren doch für diese Landesregierung über viele Jahre hinweg nicht messbar. Das war zumindest die Aus-

kunft, die wir immer wieder erhalten haben. Die reine Beschäftigung wurde von Rot-Grün als Wert an sich und als sozialpolitischer Erfolg gefeiert.

Wir sind durch die Richtlinien zur Verwendung von Mitteln aus dem **Europäischen Sozialfonds** dazu verpflichtet, verstärkt in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln und die Qualifizierung an den aktuellen Bedarf der Wirtschaft auszurichten. Dem muss ASH Rechnung tragen.

Trotzdem haben alle bisherigen Träger der Arbeitsmarktpolitik einen Anspruch darauf, von der Landesregierung bei der Umstrukturierung Hilfestellungen zu erhalten. Die Aussage der Vorsitzenden des Vereins „Arbeit für Alle“, der Landtagskollegin Jutta Schümann, ist ein Alarmsignal. Sie formulierte wörtlich: „Ich fühle mich vom Land und dem Arbeitsamt im Stich gelassen.“ Mit dieser Kritik an dem Land kann ja wohl nur die zuständige Arbeitsministerin gemeint sein.

Die CDU begrüßt es, dass Maßnahmen wie die Integration von Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt unverändert erhalten bleiben. Hier handelt es sich um derzeit 303 Förderfälle. Die Durchschnittskosten liegen bei 2.496 DM je Teilnehmer. Wir unterstützen den Programmpunkt „Ausbildung statt Sozialhilfe“. Hier gab es insgesamt 67 Förderfälle und Ausgaben pro Teilnehmer in Höhe von 9.553 DM. Diese Mittel sind gut angelegtes Geld, weil wir diese Menschen wahrscheinlich nicht wieder in der Sozialhilfe antreffen werden.

Der berufsorientierte Sprachunterricht findet genauso unsere Unterstützung wie die Integration von psychisch kranken und behinderten Menschen. Hierbei handelt es sich um wirkliche **Integrationsleistungen** in den ersten Arbeitsmarkt. Ich nenne diese beiden Beispiele, um deutlich zu machen, dass es gerade für solche Gruppen notwendig ist, dass wir Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes aufrecht erhalten. Sie haben nämlich keine Chance, ohne die Unterstützung des Staates in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Ich glaube, das sind sehr gute Beispiele.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Silke Hinrichsen [SSW])

Die größten Probleme gibt es bei der Anpassung der Richtlinien für die Bereiche ABM und Strukturanpassungsmaßnahmen. Es ist schon interessant, in dem Papier „Regionale Aktion - Arbeit für Schleswig-Holstein“ folgende Formulierung zu finden:

„Weil die ursprüngliche Intention der Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt mit ABM nicht hinreichend erreicht werden

(Torsten Geerds)

konnte, muss die voraussichtlich veränderte Handhabung der Arbeitsämter abgewartet werden.“

Diese Richtlinienanpassung betrifft den ASH-Bestandteil „Verstärkte Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ mit zurzeit 3.470 Förderfällen, aber auch den Bestandteil „Strukturanpassungsmaßnahmen“ mit 1.129 Personen. In diesen beiden Punkten werden wir die heftigsten Diskussionen mit Maßnahmeträgern und Arbeitslosen auszuhalten haben.

Wir müssen uns die Frage stellen, ob diese Maßnahmen ausreichend brückenbauend sind. Das, was in dem Papier steht, müssen wir schon sehr ernst nehmen.

Die rot-grüne Landesregierung bezeichnet das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000“ als das arbeitsmarktpolitische Flaggschiff. Uns muss aber immer klar sein, dass Beschäftigungsprogramme nur einen ganz geringen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten können. Eine Regierung ist immer erst dann gut, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt. In Schleswig-Holstein steigt sie aber dramatisch. Im Vergleich zum Vorjahr sind über 5.200 Arbeitslose dazugekommen. Das ist kein arbeitsmarktpolitisches Flaggschiff, das ist ein arbeitsmarktpolitisches Desaster.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich das Wort weitergebe, begrüße ich in der Loge Herrn Peter Deutschland, den Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Nordmark. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Peter! Wir haben beim Thema ASH die Diskussion darüber, wie - angesichts einer relativ hohen Arbeitslosigkeit - verhindert werden kann, dass sich Arbeitslosigkeit strukturell verfestigt, dass es immer die Gleichen sind, die arbeitslos sind, und wir Dauerarbeitslosigkeit haben. ASH ist sicherlich nicht das Programm, das die Arbeitslosigkeit abbaut. Das gebe ich ehrlich zu. Die **Arbeitslosigkeit** wird abgebaut, indem man den Arbeitsmarkt anders reguliert. Für mich heißt das nicht in erster Linie

Überregulierung. Der Bereich, in dem Schleswig-Holstein Probleme hat, ist der Bereich der kleinen und mittleren Betriebe. Die sind relativ flexibel, das kennt man aus der Praxis.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kollege Hentschel, Sie reden dauernd nur Stuss!)

- Herr Kubicki, reden Sie nicht immer dazwischen! Es sind die großen Betriebe, die zurzeit entsprechende Bereinigungen durchführen. Sie können mit allen Kammern und Wirtschaftsverbänden reden: Der Kernpunkt sind die **Lohnnebenkosten** oder - wie die Handwerker sagen - die Lohnzusatzkosten. Das sind die Punkte, über die wir uns unterhalten müssen, nämlich die künstliche Verteuerung der Arbeitskraft in Deutschland. Ich hoffe, dass wir in diesem Punkt weiterkommen. Ich weiß aber auch, dass wir in diesem Punkt nur weiterkommen, wenn es uns gelingt, eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten - das heißt insbesondere der Krankenversicherung und der Rentenversicherung - über entsprechende Verbrauchsteuern gegenzufinanzieren. Das habe ich schon öfter vorgetragen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu fehlt der Politik in allen Parteien der Mut, weil es die Senkung der Sozialabgaben und eine Gegenfinanzierung durch Steuern bedeutet.

(Glocke des Präsidenten)

Alle haben Angst vor der „Bild“-Zeitung, die sagt, das sei eine Steuererhöhung. Das ist die reine Wahrheit.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dieses Mal bin ich begeistert, eine Zwischenfrage zu hören.

**Dr. Heiner Garg** [FDP]: Herr Kollege Hentschel, herzlichen Dank. Sind Sie mit mir einer Meinung oder ist Ihnen auch schon aufgefallen, dass die Lohnnebenkosten nicht mehr sinken, sondern dass sie sogar steigen? Wenn man sich die Entwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung anguckt, wird dann nicht deutlich, dass sogar ein drastischer Anstieg der Lohnnebenkosten im nächsten Jahr zu befürchten steht?

**(Karl-Martin Hentschel)**

- Die Frage habe ich angesprochen. Ist die FDP bereit, eine Gegenfinanzierung mitzumachen? Das ist der Kernpunkt, über den wir reden müssen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir können auch die Löhne abschaffen und durch Steuern finanzieren, kein Problem!)

Ich komme zum Thema **ASH**. Das Thema Erfolgskontrolle und Effektivität im zweiten Arbeitsmarkt ist schon öfter diskutiert worden. Ich begrüße den vorliegenden Berichts Antrag der FDP ausdrücklich. Ich möchte aber auch in Erinnerung bringen, dass wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer der Auffassung waren und sind, dass die ausschließliche Festlegung verbindlicher Vermittlungsquoten als Effektivitätskontrolle arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nur Makulatur ist, die sich gut verkauft. Mehr leider nicht. Die gesamtgesellschaftlich positiven Auswirkungen bleiben so unberücksichtigt. Uns ist deutlich geworden, dass auch die Maßnahmeträger einem Qualitätsmanagement und einem Erfolgsnachweis ihrer Projekte nicht ablehnend gegenüberstehen, sondern befürworten. In vielen Stellungnahmen haben die Maßnahmeträger differenzierte und konstruktive Vorschläge unterbreitet, die alle Fraktionen bekommen haben. Diese sind auch im Dialog bei der Entwicklung des Programms ASH 2000 berücksichtigt worden.

Gleiches gilt für die Anpassung der so genannten Feinsteuerungsrichtlinien an die reale Inanspruchnahme und Effizienz der einzelnen Programmpunkte.

An ASH 2000 ist aus bündnisgrüner Sicht folgender Maßstab zu legen: Wir wollen entsprechend der vielfältigen Erfordernisse ein flexibles System für projektübergreifendes **Qualitätsmanagement** und Evaluation vorlegen, das nicht nur Vermittlungsquoten, sondern ebenfalls Brücken-, Stabilisierungs- und Innovationsfunktion der Maßnahmen sowie die Ausrichtung auf verschiedene Zielgruppen berücksichtigt. Konkrete, maßnahmespezifische Zielvereinbarungen müssen Bestandteil jeder Förderung sein, um die Effektivität des Mitteleinsatzes zum Gegenstand des Wettbewerbes der Empfänger zu machen.

In vier Modellen mit sechsmonatiger Probezeit ist in enger Zusammenarbeit das Prinzip des Dienstleistungsvertrages entwickelt worden, der eine Bezuschussung in Form von teilnehmerbezogenen Grund- und Erfolgspauschalen erprobt. Dieses Prinzip hat sich grundsätzlich bewährt und ist als Förderprinzip in **ASH 21** übernommen worden. Es ist aber ebenso in der Praxis deutlich geworden, was damals bereits absehbar war, nämlich dass gerade für kleine und freie

Träger Möglichkeiten der Anschubfinanzierung und Abschlagszahlungen existenziell notwendig sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Regelungslücke, die wir real haben, ist leider bedingt durch die Auszahlungsmodalitäten der europäischen Gelder, an denen wir nichts ändern können. Sie führt aber zu dramatischen Ereignissen im Lande.

"Arbeit für Alle" - einer der ältesten Maßnahmeträger überhaupt mit einem ausdrücklichen Schwerpunkt auf Beschäftigung von Frauen - hat Konkurs anmelden müssen. In Flensburg und anderen Städten bahnen sich ähnliche Entwicklungen an. Wir hier im Land sind als Politikerinnen und Politiker dazu aufgerufen, einen Weg für die Überbrückung der Finanzierungslücken zu finden. Das gilt ebenso für die Landesregierung und die Kommunen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle auch an die vom Ministerium aufgestellte Zusage erinnern, dass kein Maßnahmeträger zur Aufgabe gezwungen werden soll. Wir haben hier eine Aufgabe, der wir uns durchaus stellen müssen, auch wenn wir wissen, dass es schwierig ist und dass es natürlich bei rückgängigen Geldern besonders schwierig ist. Die von allen Akteuren signalisierte Kooperationsbereitschaft stimmt uns optimistisch, dass auch diese Problemlagen gemeinsam zufrieden stellend gelöst werden können. Erfahrungen aus Regionalkonferenzen und regionalen Aktionen bestätigen diese Hoffnung. Dialog, Diskussion und Kontroversen sind am Ende die geeigneten Mittel, um zu einem einvernehmlichen und sachgerechten Ergebnis zu kommen.

Wir haben in dieser Diskussion immer wieder deutlich gemacht, was unsere Position ist: Ein Ja zu verbesserten Methoden der Erfolgs- und Effektivitätskontrolle von Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes, solange der zusätzliche Aufwand und die Kosten die eigentliche Arbeitsausrichtung nicht beeinträchtigen. Ein Ja zur gemeinsamen Erarbeitung der Fördervoraussetzungen, Richtlinien und Verordnungen im Dialog mit den Maßnahmeträgern vor Ort. Ein Ja zu qualitativen Differenzierungen der Zielsetzungen von Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes. Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, dass es Menschen gibt und immer wieder geben wird, die nicht oder nur nach einem sehr langen Weg wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Auch diese Zielgruppe muss eine dauerhafte Unterstützung finden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dies werden gerade Beschäftigungsprojekte, die mit Langzeitarbeitslosen, gering qualifizierten und schwer

**(Karl-Martin Hentschel)**

vermittelbaren Jugendlichen arbeiten, bestätigen. Neben der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten nehmen pädagogische und **sozialintegrative Zielsetzungen** einen breiten Raum ein. Sie müssen ihn einnehmen. Individuelle Effekte, die ebenfalls als Erfolg gewertet werden können, wie familiäre Stabilisierung, Problemregelung im sozialen Umfeld oder Gewöhnung an einen geregelten Tagesablauf, müssen in geeigneter Weise Eingang in die Effektivitätskontrolle finden. Nicht jeder ist einfach per Kombilohn in die Betriebe zu vermitteln.

Es ist sicherlich richtig, vor dem Hintergrund einer effektiven und wirtschaftlichen Mittelverwendung ein großes Gewicht auf die Qualifizierung und die reale Vermittlung von Maßnahmeteilnehmern und in den ersten Arbeitsmarkt zu legen, auch und gerade in deren eigenem Interesse. Aber trotzdem: Je mehr Wert auf die reine Vermittlungsquote gelegt wird, desto größer ist die Gefahr, schwer Vermittelbare allein wegen des statischen Erfolges von Fördermaßnahmen auszugrenzen und Maßnahmeträger dazu zu veranlassen, diejenigen, die besondere Unterstützung brauchen, allein zu lassen. Dieser Weg darf nicht beschritten werden. Wenn es keine Förderung dieses Personenkreises im Rahmen des Arbeitsmarktprogramms mehr geben soll, so muss dennoch überlegt werden, wie außerhalb dieses Programms eine solche Förderung möglich ist. An dieser Stelle möchte ich auch den Begriff „soziale Wirtschaftsbetriebe“ wieder in die Debatte bringen. Die Möglichkeiten in diesem Bereich sollten wir im Auge behalten. Es gibt im Lande erfolgreiche Projekte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

(Zurufe)

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist doch immer nett, was man auf dem Weg hierher zu hören bekommt. - In der letzten Sozialausschusssitzung des Landtages präsentierte Herr Staatssekretär Fischer das Programm für **ASH** im Jahr 2002. Hierzu legte er uns ein umfangreiches Papier mit den Arbeitsergebnissen der Diskussion innerhalb des Ministeriums und mit den Trägern zu den Revisionsgründen und -vorschlägen vor. Hintergrund ist und war zum einen die von der FDP immer wieder geforderte Erfolgskontrolle, aber zum anderen auch insbesondere die Evaluation der bisherigen ASH-Maßnahmen.

Ein Teil der im FDP-Antrag geforderten Aufklärung wird deshalb bereits durch dieses Papier geliefert. Insbesondere geht es darum, welche Projekte bisher nicht realisierbar waren und eingestellt beziehungsweise verändert werden.

Als Problem stellt sich die **Erfolgskontrolle** dar, nämlich wie viele Personen tatsächlich für mehr als sechs Monate einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt erhielten. Dazu bekommen wir die genauen Zahlen - so habe ich das jetzt verstanden - in 2002.

Wir können dem Antrag der FDP auch sehr gut zustimmen, wenn eine solche Zusammenstellung erfolgt. Wir hoffen, dass das klappen wird.

Das Arbeitspapier des Ministeriums ist leider auch gleichzeitig eine Grundlage für die durch die Landesregierung vorgeschlagene Kürzung im Bereich ASH. Die Einzige, wenn ich das recht entsinne, die das erwähnt hat, ist die Sozialministerin selber gewesen. Kein anderer Redner hat bisher gesagt, dass auch das Hintergrund dieses Papiers ist.

Ein Herunterfahren des Programms auf 27,5 Millionen DM nach den Vorstellungen der Landesregierung ist nach unserer Ansicht nicht erträglich. Die Landesregierung wird den Nachweis schuldig bleiben, dass sie mit 6,5 Millionen DM weniger als im Vorjahr dem Ziel gerecht werden kann, eine Verbesserung für die Menschen und deren Lebenssituation zu schaffen - gerade angesichts der jetzigen Konjunkturlage. Das muss auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Bemühungen im Rahmen des neuen ASH-Programms ohnehin schon sehr zurückgefahren worden sind. Schmalhans ist kein guter Arbeitsmarktpolitiker.

Der SSW steht weiterhin zu seiner Kritik, dass die starke Fokussierung auf die Vermittlung in den **ersten Arbeitsmarkt** dazu führen kann, dass die Anstrengungen für nicht schnell vermittelbare Personen zu wenig werden. Man darf aber gerade jene nicht aufgeben, die nicht die dafür erforderlichen Grundvoraussetzungen mitbringen.

Als problematisch sehen wir auch an, dass Personen, die von ASH gefördert werden, dies innerhalb von drei Jahren nur einmal in Anspruch nehmen können. Hier könnte eine Chance verloren gehen, die Erfolge, seien es nur Teilerfolge, zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Es macht wenig Sinn, dass die Betroffenen bestraft werden und den Kontakt zur Arbeitswelt solange verlieren könnten. Deshalb müssen wir hier Ausnahmen zulassen.

Aber auch für diesen Bereich kann eine gründliche Evaluation Anhaltspunkte dafür geben, wie die noch vorhandenen Möglichkeiten für die im zweiten Ar-



(Silke Hinrichsen)

beitsmarkt befindlichen Personen verbessert werden können. Der SSW lehnt es ab, gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und schlechter wirtschaftlicher Perspektiven diese Mittel so zu kürzen.

Was die einzelnen Maßnahmen für die Beschäftigung und **Qualifizierung** von Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern im Rahmen von ASH 21 betrifft, so überstiegen die Anmeldungen in diesem Bereich das Budget um 100 %. Aus diesem Grund wurde durch das Ministerium eine Lösungsmöglichkeit für den weiteren Bestand dieses nachgefragten Bereichs gesucht und gefunden. Diese ist so aber nicht akzeptabel.

Aus den Vorbemerkungen zu diesem Bereich ergibt sich, dass die Zielvereinbarungen nicht erreicht werden, weil die Vermittlung nicht individuell zielgerichtet und nicht am Bedarf des Arbeitsmarktes der Region orientiert erfolgte. „Das Ziel der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ist bei vielen Trägern nach wie vor unzureichend berücksichtigt“, heißt es. Das Ministerium sollte überprüfen, ob es tatsächlich die regionale Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes und die Beschäftigung von und mit besonders schwierigen Zielgruppenangehörigen bei diesem Programm angemessen berücksichtigt hat.

Die im Arbeitsmarktbericht enthaltenen Ausführungen zu ASH sind gut dargestellt und zeigen auch, wie Frauen anteilmäßig bei den einzelnen Maßnahmen berücksichtigt werden.

Bei einigen Projekten der bisher geplanten ASH 2000 hat sich gezeigt, dass diese nicht genutzt werden. Dies gilt zum Beispiel für die Bereiche **Jobtransfer** und **Beratung** von Unternehmen. Für mich erhebt sich die Frage, ob diese Instrumente wegen mangelnder Bekanntheit nicht nachgefragt wurden oder ob die Bedingungen so schwer zu erfüllen waren, dass niemand ein Interesse zeigte, oder ob sie nicht praktikabel waren.

(Zuruf)

- Ich sage dennoch: Es ist etwas merkwürdig, wenn bei beiden Punkten jeweils steht, dass im sowohl im Jahr 2000 als auch jetzt - im Zusammenhang mit der Revision - überhaupt keine Nachfrage bestand. Da fragt man sich natürlich, ob das vielleicht nicht weitergegeben wurde. Das Ministerium schlägt vor, diese Programmteile bei der Maßnahme „Freie Förderung“ anzusiedeln. Ich denke, die von mir gestellten Fragen wären in diesem Zusammenhang zunächst besser zu beantworten. Ich gehe davon aus, dass wir uns im Ausschuss noch darüber unterhalten werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Selbstverständlich!)

- Das ist schön, Herr Kubicki, dass das passieren wird.

(Jutta Schümann [SPD]: Er ist aufgewacht!)

Noch kurz zum **Arbeitsmarktbericht**. Zunächst möchte ich mich bei allen daran Beteiligten bedanken, die diesen Bericht erstellt haben. Er ist aufschlussreich und eine gute Arbeitsgrundlage.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Renate Gröpel [SPD])

Der Arbeitsmarktbericht des Jahres 2000 selbst, der sich gleichzeitig mit der Prognose für die Folgejahre beschäftigt, kann bedauerlicherweise die positive Lagebeschreibung, die noch in dem Bericht für 1999 enthalten war, nicht fortsetzen. Insbesondere mussten die eigenen Prognosen, die noch im letzten Bericht sehr positiv waren, aufgrund der Konjunkturlage zurückgenommen und revidiert werden. Deshalb geht der Bericht mit dem Ausblick in die Zukunft sehr viel vorsichtiger um.

Nur kurz einige Aspekte zu dem Bericht. Ich denke, auch hierüber werden wir im Ausschuss weiter beraten.

Erfreulich ist, dass sich die Dynamik des Arbeitsmarktes im nördlichen Landesteil verbessert hat. Die relative und absolute Arbeitsplatzdynamik im Bereich des Arbeitsamtes Flensburg ist auch einmal eine gute Nachricht für die Region.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Jutta Schümann [SPD])

Grundsätzlich hat sich die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr verringert und liegt auch noch unter den Vergleichszahlen in Westdeutschland.

(Rolf Fischer [SPD]: Das ist sehr gut!)

Bedauerlich ist aber, dass der Anteil der Jugendlichen, das heißt der unter 25-Jährigen, an allen Arbeitslosen nicht gesenkt werden konnte und sich immer noch oberhalb der Quote des Bundesgebietes West bewegt.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Der Hinweis auf die kommende Überalterung unserer Gesellschaft, die sich ebenfalls in diesem Bericht befindet, und das damit einhergehende sinkende Arbeitskräfteangebot wird zukünftig dazu führen, dass eine altersgerechte Gestaltung betrieblicher Arbeitsbedingungen und Qualifizierung zur notwendigen präventiven Arbeitsmarktpolitik aller Beteiligten führen muss. Hier gilt es auch nochmals, offensiv über die zukünftigen

(Silke Hinrichsen)

ge Gestaltung durch Zuwendungen nachzudenken. - Ich freue mich auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei SSW und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr schön!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem Kürzestbeitrag erteile ich Frau Ministerin Moser das Wort.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Vervollständigung der Debatte möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich dem Bundesarbeitsminister und den Kollegen in den Ländern einen 10-Punkte-Forderungskatalog zur **Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes** vorgelegt habe. Einer dieser 10 Punkte ist die Forderung nach einem Instrument innerhalb des BSHG zur Beschäftigung, und zwar dauerhaften Beschäftigung absehbar nicht mehr vermittelbarer Menschen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Wir haben im Ministerium eine Arbeitsgruppe, die einen konkreten Gesetzesvorschlag vorbereitet, den wir gegebenenfalls im Vorwege der großen Novellierung als Bundesratsinitiative auf den Weg bringen.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über Tagesordnungspunkt 20, Erfolgskontrolle ASH 2000, Antrag der Fraktion der FDP. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, und zwar an den Sozialausschuss. Ist Mitberatung gewünscht? - Nein. Wer der Überweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir haben einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 36. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Statistischer Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2000, dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir haben einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

**Abschaffung der Befahrungsabgabe des Nord-Ostsee-Kanals**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1357

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1383

Es ist Verständigung darüber erzielt worden, die Anträge ohne Aussprache zu behandeln. Ich gehe davon aus, dass der Antrag überwiesen werden soll. - Diese Anträge sollen antragsgemäß dem -

(Heinz Maurus [CDU]: Wirtschaftsausschuss!)

- Wirtschaftsausschuss zur Beratung überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir auch dies einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum heutigen letzten Beratungsgegenstand und damit zu Tagesordnungspunkt 28:

**Entwicklung der Museen in Schleswig-Holstein**

Landtagsbeschluss vom 11. Mai 2001  
Drucksachen 15/901 und 15/935

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1169

Ich erteile zunächst der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave, das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man den Bericht der Landesregierung noch einmal Revue passieren lässt, kommt man eigentlich zu einem sehr erfreulichen Resümee, nämlich dem, dass wir in Schleswig-Holstein eine sehr vielfältige Museumslandschaft haben und dass alle Angebote sehr gut nachgefragt werden. Es gibt jedenfalls keinen generellen Mangel an Besucherinnen und Besuchern. Allerdings muss man hervorheben: Besonders gut entwickelt sich die Nachfrage in den Museen, die ein neuartiges Profil haben oder die eine besonders innovative gute Museumspädagogik haben. Als Beispiele seien hier das Multimar Wattforum, die Phänomenta oder auch das Archäologisch-Ökologische Zentrum Albersdorf hervorgehoben. Bei Letztem frage ich mich, ob es wirklich so heißen muss oder ob man nicht einmal einen zündendern Namen erfinden kann. Aber dieses Museum hat - und das ist phänomenal - einen Besucheranstieg von 600 im Jahre 1997 auf fast 10.000 im Jahre 2000 zu verzeichnen. Das ist un-

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

glaublich und es ist wirklich lobenswert, was da entstanden ist.

(Beifall)

Neue Projekte werden also trotz knapper Mittel überall im Lande verfolgt. Ich nenne hier stellvertretend die beiden Vorhaben eines landesgeschichtlichen Museums und eines dezentralen Industriemuseums. Über Erstes sprechen wir ja demnächst an anderer Stelle. Und wir bemühen uns, die Qualität der bestehenden Einrichtungen zu verbessern.

Ich will, weil mir ja nur wenig Zeit zur Verfügung steht, in aller Kürze die Aufgabenstellungen, die sich in Zukunft für uns ergeben, stichwortartig skizzieren.

Erstens. Das Thema **Vermarktung**. Ich denke, wir brauchen an allen Stellen ein noch professionelleres Museumsmarketing, wie man das heute nennt, vom Museumshop über den Internetauftritt bis zum Kulturserver. Insoweit gibt es schon sehr gute Ansätze im Lande, aber - das muss man einfach feststellen - auch noch gravierende Unterschiede im Niveau.

Der zweite Punkt betrifft die Verbindung von Kultur und Tourismus, ein Thema, das sich durch viele Debatten hier im Landtag zieht, und dies, wie ich finde, zu Recht. Denn es ist für dieses Land sehr wichtig und elementar, das Element der **Kultur** bei der Entwicklung des **Tourismus** nicht nur stets mit zu betrachten, sondern wirklich auch als integralen Bestandteil zu sehen. Ich glaube, dieses Bewusstsein ist noch längst nicht in allen Köpfen vorhanden. Wir, die wir uns der Kulturpolitik verpflichtet fühlen, sollten uns mit den Tourismuspolitikern regelrecht verbünden, um das im Lande voranzubringen.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich gibt es schon sehr viele positive Beispiele hierfür. Eines will ich mindestens nennen, nämlich das Buddenbrookhaus in Lübeck, das sich hervorragend entwickelt hat, das natürlich im Kontext der EXPO ganz besondere Angebote entwickelt hat. Hieran sieht man, wie attraktive Museen an guten Standorten Bestandteil von Tourismus sehen können. Das kann man daran wirklich betrachten. Wer von Ihnen noch nicht dort gewesen ist, sollte sich das wirklich einmal anschauen.

Natürlich gibt es bestimmte Voraussetzungen dafür, dass dies geschehen kann. Das sind die so genannten Alleinstellungsmerkmale. Das ist eben das besondere Profil, das diese Museen haben.

Der nächste Aspekt betrifft die Verknüpfung und **Vernetzung**. Die einzelnen Museen im Lande müssen sich besser untereinander vernetzen. Sie müssen, denke ich,

ihre Angebote auch noch besser aufeinander abstimmen. Die berühmten Synergieeffekte müssen genutzt werden. Insoweit versprechen wir uns einiges von der Diskussion des Museumsverbandes, der ja jetzt zu seiner Herbsttagung zusammenkommt. Wir gehen davon aus, dass von dort wichtige Impulse in diese Richtung kommen werden.

Der nächste Punkt betrifft die neben dem Sammeln und **Bewahren** zentrale und wichtige Aufgabe der Museen, das Präsentieren und, damit zusammenhängend, eine zeitgemäße **Museumspädagogik**. Wir müssen einfach davon ausgehen, dass sich Seh- und Besuchergewohnheiten verändert haben. Die Schaukästen und Tafeln früherer Zeiten sind eben für heutige, insbesondere junge Menschen nicht mehr attraktiv und ihr Lerneffekt kann auch bezweifelt werden. Die Entwicklung läuft in eine Richtung, wie man sie etwa bei der Phänomena in Flensburg beobachten kann. Neudeutsch nennt man das, was da geschieht, also die Verbindung von Lernen, Unterhaltung und Freizeitgestaltung, Edutainment.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Infotainment!)

- Man nennt es so. Aber ich bekomme in jüngster Zeit so viele Briefe in Sachen Anglizismen, dass ich mich immer bemühe, sie nicht zu verwenden.

Der nächste Punkt betrifft die Trägerschaften beziehungsweise neue Formen der Trägerschaften. Dies treiben wir mit unseren Möglichkeiten mit Nachdruck voran. Namentlich gilt dies natürlich für solche Trägerschaften, die die wirtschaftliche Eigenständigkeit befördern. Wir realisieren dies derzeit beispielhaft mit der Gründung einer privaten Stiftung für das Schlossmuseum Ahrensburg zum Beginn des nächsten Jahres und für das Projekt „Neues Textilmuseum in Neumünster“. Letztes ist, finde ich, ein sehr unterstützenswertes Projekt, das an die alten Traditionen dieser Stadt anknüpft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dafür ist ebenfalls eine **private Stiftung** vorgesehen.

Zum Schluss, Herr Präsident, muss ich natürlich noch einen Satz zum Kern der Museumslandschaft, zur Stiftung Gottorf, machen, wo neben baulichen Veränderungen und Renovierungsmaßnahmen ein wirklich gewaltiger Schub an touristischen Attraktivitäten bevorsteht, wenn das nahezu komplett mit privaten Mitteln finanzierte Projekt Fürstengarten und Globushaus realisiert wird.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Ich glaube, das wird ein echtes Juwel der Museumslandschaft, übrigens deutschlandweit.

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

Manche Veränderung kann man natürlich auch durch die Veränderung der Organisation erreichen. Das betrifft die Integration des Kerns des Museumsamtes in das Ministerium. Ich glaube, dass dies zur konzeptionellen Weiterentwicklung erheblich beitragen wird.

Ich spare mir, Ihnen zum Schluss noch einige Empfehlungen für Museumsbesuche in Schleswig-Holstein zu geben. Zwei muss ich dennoch nennen. Wer noch nicht im Multimar Wattforum war, der hat wirklich etwas versäumt.

(Beifall)

Bitte schauen Sie sich auch die neue Nydamhalle auf Gottorf an. Auch dieses Projekt ist sehenswert. Insbesondere Gottorf ist immer einen ganzen Sonntag wert.

Ich glaube, dass dieser Bericht eine gute Grundlage für weitere Beratungen bietet und ich würde mich sehr über die Unterstützung neuer Projekte im Lande freuen.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Jutta Scheicht [CDU])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Abgeordneten Frau Schwarz das Wort.

**Caroline Schwarz [CDU]:**

Herr Präsident! Ich hoffe, dass der Zeitpunkt des Aufrufs dieses Tagesordnungspunktes und die geringe Präsenz nicht zeigen, welchen Stellenwert dies hohe Haus der Kultur im Lande beimisst.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Alle Punkte sind hier bedeutend.

**Caroline Schwarz [CDU]:**

Ich hoffe das sehr. - Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich den Kolleginnen und Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW herzlich dafür danken, dass Sie einer Verlegung des Tagesordnungspunktes in die jetzige Tagung zugestimmt haben. Das letzte Mal hätte ich nicht dabei sein können. Darüber wäre ich sehr traurig gewesen. Herzlichen Dank.

Ich danke dem Bildungsministerium und insbesondere der Kulturabteilung herzlich für den vorgelegten Bericht. Herr Dr. Opitz, bitte geben Sie diesen Dank an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter.

(Beifall bei CDU und SPD)

Der Bericht ist interessant aufgebaut, klar gegliedert und enthält viele qualifizierte und zukunftsweisende Überlegungen. Er lässt auch deutlich erkennen, dass sich Schleswig-Holstein - sagen wir einmal - den Üblichkeiten im bundesweiten und auch im internationalen Denken anschließen will.

Neue Begriffe tauchen auf, die ich in diesem Zusammenhang noch nie gehört habe, so zum Beispiel „Akkreditierung“. Das bedeutet eine förmliche Anerkennung von Museen nach verbindlichen Kriterien. Kulturwirtschaftliche Orientierung spielt eine große Rolle, ebenso - Frau Ministerin Sie haben es gesagt - die enge Verbindung und Wechselwirkung mit und zum Tourismus in unserem Lande. Es ist die Rede von „Leuchttürmen“ - in anderem Zusammenhang haben wir heute davon schon gehört -, womit beispielhafte Museumstypen treffend bezeichnet werden, die repräsentativ Schwerpunkte setzen und andere gleichartige Sammlungen und Museen unterstützen und ergänzen. Sie, Frau Ministerin, haben von Vernetzung gesprochen.

Neue Trägerschaften werden angesprochen, insbesondere **Stiftungen** in unterschiedlichen Formen, und neue Arten der Finanzierung wie zum Beispiel das Fundmatching, das ein erhebliches Potenzial an privatem Engagement freisetzen kann.

Besonders erwähnt werden - Sie haben es gesagt - das große Erfordernis der Museumspädagogik, die Notwendigkeit einer guten Öffentlichkeitsarbeit sowie die steigende Bedeutung von **Multimedia**, wobei - das darf man nicht vergessen - die Präsentation der realen, der authentischen Objekte nach wie vor das Wichtigste für die Besucher ist, die allerdings durch den Einsatz von modernen Medien hervorragend ergänzt werden kann.

Ganz besonders interessant waren für mich die Feststellungen im Bericht darüber, was die Menschen in Museen zieht, welche Museen attraktiv sind und woran es liegt, dass manche Museen echte Probleme mit den Besucherzahlen haben. Durch, wie es im Bericht steht, eine geschickte Kombination von Edutainment und Infotainment - alles neue Worte, aber das passt ja nicht zu den Briefen, die Sie jetzt dauernd bekommen; also müssen wir uns etwas Neues überlegen; aber es trifft die Sache - werden Besucher angesprochen und angezogen.

Im Bericht steht:

„Die inhaltliche Mischung von Bildung, Unterhaltung, Erlebnis und Neugier muss stimmen, aber die Qualität des Angebotes und die

(Caroline Schwarz)

Bedürfnisbefriedigung der Museumsbesucher ebenso.“

Dazu gehören zum Beispiel die Museumsshops. Die liebste Freizeitbeschäftigung der Deutschen ist ja das Einkaufen, wie der Freizeitforscher Professor Dr. Horst Opaschowski schon festgestellt hat. Dieses Bedürfnis muss auch befriedigt werden können. Museen, die mit wenig oder gar keinem Profil, ohne Schwerpunktsetzung staubtrocken ihre Exponate zeigen, ohne Museumsshop und Museumscafe, haben ein echtes Problem mit den Besucherzahlen.

In dem Bericht stehen echt gute Sachen,

(Heiterkeit bei der CDU)

die die Museen in Schleswig-Holstein positiv beeinflussen und weiterbringen werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber dennoch ist auch hier nicht alles Gold, was glänzt. Ich möchte deshalb noch ein paar kritische Anmerkungen machen, nämlich zum Thema Schloss Gottorf beziehungsweise zum Thema **Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen**. Nach wie vor ist die Stiftung eingebunden - oder besser gesagt: angebunden - an die Landeshaushaltsordnung. Das wirkt sich korsettartig aus und lässt ein echtes wirtschaftliches Handeln nicht zu. Hamburg hat diese Bindung aufgehoben und fährt gut damit. Die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen ist eine Stiftung ohne echten Kapitalstock. Das Kapital besteht aus den Liegenschaften, den Gebäuden und den Beständen. So etwas bringt nun einmal keine Zinsen, keine Rendite. Berechnungen haben ergeben, dass 160 Millionen bis 170 Millionen DM - ich weiß, das ist eine utopische Zahl; gerade jetzt, wo wir vor den Haushaltsberatungen stehen; guck nicht so, lieber finanzpolitische Sprecher der CDU! - notwendig wären, damit das Land die große Last los wäre, jedes Jahr wieder einen gehörigen Landeszuschuss gewähren zu müssen.

Es gibt noch ein weiteres Problem bei der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen. Das ist die Besetzung des Stiftungsrates. Darauf haben wir schon damals bei der Beratung des Projektes hingewiesen. Zwei der insgesamt vier Sitze werden im **Stiftungsrat** vom Land besetzt. Zum einen sind Sie, Frau Ministerin, zum zweiten ist unser großer Vorsitzender des Bildungsausschusses Mitglied. Diese beiden Personen, insbesondere die Bildungsministerin, befinden sich in einem ständigen Interessenkonflikt. Als Vorsitzende des Stiftungsrates haben Sie, Frau Ministerin, die Interessen der Stiftung zu vertreten und als Ministerin - völlig klar - müssen Sie auf dem Geld sitzen. Das ist eine ungute Konstellation, die einer guten Entwicklung

der schleswig-holsteinischen Landesmuseen nicht dient.

Ich möchte noch eine zweite Sache kritisch anmerken, nämlich die Vernachlässigung der Kultur für Wenige. Den Grundsatz der stärkeren Besucherorientierung und **Wirtschaftlichkeit** tragen wir voll mit. Das können Sie auch in unserem Entschließungsantrag zum letzten Haushalt nachlesen und das wird auch dieses Jahr wieder eine Rolle spielen. Aber nicht immer darf man danach fragen, ob eine Ausstellung viele Besucher bringt. Es gibt auch sehr wertvolle Ausstellungen, die nicht besucherbegeisternd sind, die nicht gefällig oder publikumswirksam sind. Ich nenne als Beispiel die Ausstellung von Adolf Frohner, die bis zum letzten Sonntag in Schloss Gottorf zu sehen war. Es handelt sich hier um eine ernst zu nehmende, bedenkliche Antizipation des 11. September, denn in seinen Werken hat der Künstler die Grausamkeit, zu denen Menschen fähig sein können, dargestellt. Es war eine Ausstellung, die kein Publikumsmagnet war, es war jedoch eine sehr wichtige und wertvolle Ausstellung.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Die Zeit läuft mir leider davon.

Ich persönlich bin besonders traurig darüber, dass das „Haus der Geschichte“ keine Rolle in dem Bericht spielt. Es wird nur einmal am Rande erwähnt, dabei ging es jedoch nur um Raumkapazitäten und Ähnliches. Ich setze viele Hoffnungen auf die Beratungen, die wir im Dezember durchführen wollen, wenn das Konzept für das „Haus der Geschichte“ vorgestellt wird. Erlauben Sie mir die Bemerkung: Das Haus gehört natürlich nach Schleswig.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Ich beantrage die Überweisung an den Bildungsausschuss. Dort werden wir uns darüber bestimmt sehr nett unterhalten.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone das Wort.

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren. Zunächst möchte auch ich unseren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für diese Bestandsaufnahme aussprechen. Sie zeigt, dass die Museumslandschaft in unserem Lande viele

**(Dr. Ulf von Hielmcrone)**

wichtige Häuser und auch Leuchttürme – also die ganz großen Häuser - umfasst, dass ihre Gestaltung aber noch nicht zu Ende ist.

Hierzu einige Anmerkungen: Die Menschen in unserem Land entdecken ihre Geschichte und ihre Umwelt neu. Allein seit 1997 sind 15 qualifizierte Museen neu gegründet worden, die sich mit Geschichte, aber auch mit der Natur befassen.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Gleichzeitig befindet sich seit der Umwandlung der Gottorfer Museen keines mehr in unmittelbarer staatlicher Verwaltung. Die Mehrzahl unserer Museen fußt auf einem massiven **ehrenamtlichen Engagement**. Die Verwurzelung der Museumsarbeit in der Bevölkerung ist die tragende Säule unserer reichhaltigen und vielfältigen Museumslandschaft. Hierfür gilt es den Ehrenamtlern einmal herzlich Dank zu sagen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gleichzeitig aber zeigt ein genaueres Studium der Zahlen und Fakten des Berichtes, dass auf Dauer nur die Museen überleben können und weiterhin Menschen als Besucher, freiwillige oder qualifizierte Mitarbeiter oder Sponsoren an sich binden können, wenn sie auf dem modernsten Stand sind. Dabei spielen zeitgemäße Darstellungsmethoden - mit Rücksicht auf den Kollegen Greve wollte ich ursprünglich Events sagen - und viele andere Dinge eine große Rolle, unter anderem die persönliche Ansprache, der Abbau von Hemmschwellen.

Hier besteht in vielen Häusern des Landes durchaus noch Anpassungsbedarf. Land und Kommunen gaben 1998 für nicht wissenschaftliche Museen und Ausstellungen 10,50 DM pro Einwohner aus. Damit stehen wir an vorletzter Stelle im Bund. Ich wage zu bezweifeln, dass gerade auch die Leuchttürme unter den Museen ohne staatliche Hilfe auf Dauer bestehen können, aber selbstverständlich müssen die Häuser selbst neue Wege beschreiten, um zu wirtschaftlichen Ergebnissen zu kommen, und sie tun dies ja bereits auch. Im Übrigen haben auch nur so Sponsoren ein Interesse daran, sich finanziell zu engagieren. Sie wollen natürlich ihren Namen nur mit Erfolgen in Verbindung bringen. Ich denke, unsere Museen sind dabei auf einem guten Weg, aber noch nicht am Ziel angelangt.

Der Bericht macht indessen auch deutlich, was in unserer Museumslandschaft noch fehlt. Unter anderen möchte hier zwei Punkte erwähnen:

Es fehlt erstens an der Darstellung der **Zeitgeschichte** - das hat Frau Kollegin Schwarz richtig gesagt. Die Geschichte des Landes seit 1864 ist nicht im Museum vertreten. Dabei ist diese Geschichte besonders interessant, aber natürlich auch in Teilen sehr widersprüchlich. Ich nenne nur Preußen, der deutsch-dänische Gegensatz, die Nazidiktatur und die Zeit nach dem Krieg. Unzähligen Veröffentlichungen zu diesen Themen steht keine Sammlung und keine geschlossene Darstellung gegenüber.

Als zweiten Punkt nenne ich die – im Bericht übrigens nicht erwähnte – **europäische Komponente**.

(Rolf Fischer [SPD]: Sehr gut!)

Vielleicht wachen Sie jetzt noch einmal auf! Unser Land war und ist hoffentlich wieder Schnittpunkt europäischer Kulturströmungen. Da ist wieder die Lage zwischen Skandinavien und Mitteleuropa zu nennen. Der Jahrhunderte alte deutsch-dänische Kulturaustausch - den es auch gegeben hat - wird nirgendwo geschlossen gezeigt und dargestellt, obwohl sich die Zusammenarbeit über die Grenze hinweg anbietet. Unsere gemeinsame Geschichte besteht nicht nur - liebe Anke - aus kriegerischen Auseinandersetzungen.

(Beifall bei der SPD - Anke Spoorendonk [SSW]: Das habe ich nie behauptet!)

Es gab Architekten, Bildhauer, Maler, beispielsweise im Goldenen Zeitalter, die aus Schleswig-Holstein gekommen sind. Aber auch die kulturellen Strömungen aus den Niederlanden, die ganz erheblich waren, haben ihre Darstellung noch nicht gefunden.

(Rolf Fischer [SPD]: Sehr richtig!)

Diese Defizite werden sich nicht aus dem leeren Füllhorn der Landeskasse beheben lassen. Die Bevölkerung und auch die Sponsoren können hier ein weites Betätigungsfeld finden.

Alles in allem: Unsere Museen sind ein Schatz unseres Landes, der aber noch nicht in allen seinen Teilen gehoben ist. Aber wir sind dabei, ihn zu heben und ihn zusammen mit den Menschen im Land aufzupolieren und ihn uns und unseren Gästen zu zeigen, denn die touristische Bedeutung ist nicht unerheblich. Es gehen nämlich mehr Menschen in unsere Museen, als unser Land Einwohner hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug** [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bedeutung der Museen für unser Land ist sehr hoch zu veranschlagen. Über 2,4 Millionen Besucher laut einer Statistik, die nur ausgewählte Museen erfasst, sind in diesem Bericht für das Jahr 2000 genannt. Übrigens gibt es für diesen ausgewählten Bereich einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 12,5 %. Das sind Steigerungsraten, über die wir, wenn wir sie denn in anderen Bereichen hätten, glücklich und stolz wären. Wir wissen, dass diese Museen als Faktor übrigens für andere Bereiche, den Fremdenverkehr, den Tourismus, in unserem Land eine ungeheure Bedeutung haben. Viele unserer Besucher, viele unserer Feriengäste zählen zu den Museumsbesuchern.

Vielfach sind Museen in der Region so etwas wie allgemeine Kulturzentren, weil dort eben auch kulturelle Veranstaltungen unterschiedlichster Art neben dem „normalen“ Museumsangebot stattfinden. Auch deshalb kommt es nicht so sehr darauf an, über die Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich von Jahr zu Jahr immer noch eine weitere Steigerung zu erreichen. Auch der Bericht weist darauf hin, dass das permanente quantitative Wachstum sicherlich irgendwann einmal eine Obergrenze erreicht. Aktivitäten oder Angebote wie die Zeitungsbeilage „Erlebnis Museum“ im schleswig-holsteinischen Zeitungsverlag, aber auch die Internetpräsenz der Museen soll dazu beitragen, diese hohe Niveau und damit die Bedeutung der Museen in diesem Land als **Kulturangebot**, aber auch als Faktor im Bereich der Attraktivität Schleswig-Holsteins für auswärtige Besucher zu halten und weiterzuentwickeln.

Der Bericht führt aus, dass seit 1997 - dies ist das Jahr des letzten vorgelegten umfangreichen Museumsberichts der Landesregierung - immerhin 15 neue qualifizierte Museen hingekommen sind. Die Ministerin hat einige herausragende Beispiele schon genannt. Ich habe genauso wie Sie das Multimar Wattforum auf meinem Zettel stehen. Mit über 200.000 Besuchern im letzten Jahr ist es ein großartiger Erfolg.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das Archäologisch-Ökologische Zentrum in Albersdorf und auch den Museumshof Lensahn möchte ich aus der Liste von 15 Punkten erwähnen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Letzterer hat mir bei meinen dortigen Besuchen mit dem breiten Angebot sowohl im Bereich der Geschichte, Volkskunde, Landwirtschaft, aber auch Naturschutz sehr gut gefallen. Es gibt sicherlich viele ebenfalls sehr beachtliche und eigentlich nennenswerte

Beispiele, die ich aus Zeitgründen hier nicht erwähnen kann.

Positiv möchte ich registrieren, dass nach dem Vorbild der französischen „Classes du Patrimoine“ mit dem Projekt zum Kulturerbe in Schleswig-Holstein eine Anregung aus unserer Partnerprovinz Pays de la Loire in Frankreich aufgenommen worden ist. Es ist eine sehr interessante französische Initiative, die dort im Schulunterricht eine wichtige Rolle spielt. Dies habe ich mir bei einem Besuch in unserer Nachbarregion einmal vor Ort angesehen. Hier kann man von Partnern wirklich auch lernen.

Lassen Sie mich ganz kurz zu Kritikpunkten kommen. Wir schätzen die Arbeit der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen und wir würdigen auch die positiven Akzente, die dort sichtbar sind. Gleichwohl hat es die Stiftung seit der Verabschiedung des **Stiftungsgesetzes** nicht fertig gebracht, den eigentlich jährlich vor den Haushaltsberatungen vorzulegenden Tätigkeitsbericht abzuliefern. Dies bleibt ein herber Kritikpunkt.

(Beifall bei FDP, CDU und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt jedenfalls im Bereich der Überlegungen meiner Fraktion, bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen, wenn denn nichts anderes hilft, gegebenenfalls mit einem Sperrvermerk bei Teilen der Landesmittel zu versuchen, die Stiftungsleitung zumindest etwas auf Trab zu bringen. Ich meine, das Parlament darf so etwas nicht durchgehen lassen. So wichtig und aner kennenswert die Arbeit dort auch ist, es gibt eine gesetzliche Verpflichtung der Stiftung zu dieser Berichterstattung uns gegenüber. Ich glaube, diese sollten wir sehr nachdrücklich einfordern.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Auf Seite 26 des Berichts heißt es, dass innerhalb der einzelnen Kreise regionale Museumsberatungsinstanzen parallel zu den jeweiligen Denkmalämtern auf Kreisebene geschaffen werden sollten. Ich darf daran erinnern, dass nach dem Konnexitätsprinzip so etwas bedeutet, dass bei Übertragung zusätzlicher Aufgaben dann eigentlich das Land auch den finanziellen Beitrag dazu leisten müsste. Ich weiß nicht, wenn ich dies zum Abschluss noch sagen darf, Frau Präsidentin, ob wir uns nicht mit den kommunalen Gebietskörperschaften möglicherweise in einen unnötigen Konflikt begeben. Wir brauchen so etwas wie eine **Informationsbörse**, eine Vernetzung, eine Instanz, die Informationsaustausch, aber auch Beratung organisiert. Dies hätte das alte Museumsamt in Schleswig sein können, das nun aufgelöst worden ist. Ich kann mir auch vorstellen,

(Dr. Ekkehard Klug)

dass in Zukunft der Museumsverband selber so etwas in die Hand nimmt, aber dazu braucht er dann Unterstützung auch vonseiten des Landes. Dass wir so etwas wie eine Ideenbörse organisieren, die Informationen beispielsweise über Ausstellungen austauscht, sodass jemand, der etwas Gutes macht, dies auch anderen anbieten kann, halte ich für sehr sinnvoll und notwendig.

Alles Weitere zu diesem Thema im Ausschuss!

(Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Museumslandschaft in Schleswig-Holstein lebt. Dies haben meine Vorrednerinnen und Vorredner deutlich gemacht und diesem Urteil kann ich mich anschließen. Sie lebt dank des Engagements vieler verschiedener Fachleute, aber eben auch dank des Engagements vieler Laien. Auch von unserer Fraktion hier einen Dank an diejenigen, die dieses Leben in sich tragen und weitergeben. Aber sie lebt auch dank der geschickten Nutzung von Stiftungsstrukturen und Synergieeffekten, die durch gemeinsame Aktionen der Museen mit dem Schleswig-Holstein Musik Festival, der Kieler Woche oder ähnliche kleinere Ereignisse vor Ort erfolgt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der knappen Kassen, die wir haben, und angesichts des großen Zustroms an Touristinnen und Touristen in unsere Museen kann ich nur sagen, dass das wirklich ein gelungener Synergieeffekt ist, den man natürlich noch steigern kann. Ich möchte nicht all die Anregungen von Herrn Klug wiederholen. Das, was Sie gesagt haben, liegt auf der Hand. Die Ministerin hat einige Neuerungen angekündigt, die in eine ähnliche Richtung gehen.

Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich sagen, dass die Museen nicht nur für den Tourismus gut sind, sondern eben auch für die junge und insbesondere die ältere Generation einen sehr wichtigen Identifikationsfaktor darstellen. An dieser Stelle sei mir die Bemerkung erlaubt: Wie bei allen Kultureinrichtungen werden sie mehrheitlich von Frauen besucht und mehrheitlich Frauen engagieren sich dafür; dies macht auch diese Debatte deutlich. Auch dies sollte hier einmal gewürdigt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neuen Highlights der Museen - Tönning, das wieder eröffnete Buddenbrookhaus - wurde schon erwähnt. Ich möchte diese Liste nur um ein Museum erweitern, das noch nicht genannt wurde. Der Bildungsausschuss konnte sich überzeugen, wie hervorragend die Restauration im Schloss Eutin gelungen ist und wie geschickt es die dortige Museumsleiterin versteht, örtliche Sponsorinnen und Sponsoren mit einem sinnvollen und sehr lebendigen Konzept in die Finanzierung und die Nutzung des Hauses einzubeziehen.

Ich möchte auf ein paar Dinge eingehen, die noch nicht gesagt wurden. Erstens. Ein ganz wichtiges Museum ist nicht erwähnt und das ist der Landtag. In der letzten Legislaturperiode ist durch die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht von diesem Hause eine Initiative der Aufarbeitung dieses Geschichtsteils ausgegangen, die, glaube ich, über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus beispielhaft ist. Ich hoffe, dass es in Zukunft in jeder Legislaturperiode gelingt, ein - ich betone: ein - solches bewegendes Ereignis zu schaffen; denn Museen sind nicht nur in Museen, sondern sie sind überall dort, wo sich Menschen mit der Geschichte und der Gegenwart, mit Kunst und Kultur kontrovers und lebhaft auseinander setzen. In diesem Sinne ist eben auch der Landtag eine Stätte lebendiger Auseinandersetzung.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Aber kein Museum!)

ein Stück weit aber auch ein Museum. Ich kann dies nicht als Makel empfinden.

Neben dem Erschließen von vielen neuen Kulturschätzen ist gerade auch die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Geschichte wichtig. Dass dies durch junge Leute erfolgt, ermutigt ebenso wie das vorsichtige, aber doch zunehmende Würdigen des jüdischen Lebens in unserem Lande. Auch diesem Pflänzchen sollten wir aufhelfen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Rolf Fischer [SPD] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Wir Grünen möchten uns für mehr Museumspädagogik einsetzen. Neben der Vermarktung halten wir dies für ganz wichtig. Wir finden es zukunftsweisend, dass eine **Bürgerstiftung** geplant ist, die gerade die Geschichte der Nazizeit, aber auch die jüngere Arbeits- und Industriegeschichte mit zum Gegenstand haben wird. Wir finden es richtig, einen Dialog der Kulturen gerade auch in der Museumslandschaft zu fördern. Wir halten es für sehr gut, dass das Land hier eine Initiative aus Lübeck aufgreift, der Völkerkundesammlung und dem Puppenmuseum ein gemeinsames Stiftungsdach zu geben.



(Angelika Birk)

Wir haben skeptische Anmerkungen zu der Diskussion um das Haus der Geschichte, die uns ja noch bevorsteht. Ich habe an dieser Stelle schon einmal deutlich gemacht, dass gerade dieses Thema aus meiner Sicht der Bearbeitung durch moderne, mediale Formen bedarf und dass wir angesichts der Haushaltssituation sehr vorsichtig sein sollten, wenn wir uns einer solchen Aufgabe ehrlich widmen. Diese Debatte steht uns noch ins Haus.

Vielleicht nur so viel, was das Thema Haushalt angeht: Ich finde die Anregung des Kollegen Klug, über Sperrvermerke nachzudenken, wenn uns notwendige Berichte vorenthalten werden, für unsere Fraktion durchaus bedenkenswert.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jürgen Weber [SPD])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir fiel bei dieser Debatte der dänische Zeichner und Karikaturist Robert Storm P. ein, von dem es viele Zeichnungen mit zwei Stadtstreichern gibt. Da fragt der eine: Du, Perikles, was ist Kultur? - Der andere antwortet: Damit reibt man Möbel ein.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit meine ich, Museen und Museumspolitik stehen normalerweise nicht auf der Bestsellerliste der Landtagsdebatten. Wenn man unter der Überschrift „Kulturhoheit des Landes“ Bildungsthemen diskutiert, dann doch eher das Thema Unterrichtsversorgung und weniger Museumspolitik.

Der Bericht über die Entwicklung der Museumslandschaft in Schleswig-Holstein setzt drei Schwerpunkte. Er geht auf Strukturen und Konzepte, auf Besucherverhalten und auf die Frage nach den Konsequenzen der Auflösung des Museumsamtes ein. Mit dem letzten Punkt werde ich mich jetzt nicht befassen; dazu wird es im Ausschuss noch Gelegenheit geben, wobei ich doch anmerken möchte, dass es da einige Formulierungen gibt, die meiner Meinung nach so abstrakt sind, dass sie es verdienen, einmal kritisch hinterfragt zu werden. Das werde ich mir für die Ausschussberatung aufheben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Einen Moment bitte, Frau Abgeordnete. Die Aussage der Frau Abgeordneten Spoorendonk muss nicht durch die Lautstärke in diesem Raum unterstrichen werden. - Sie haben wieder das Wort!

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Der SSW begrüßt die Entwicklung von **Schwerpunktmuseen** nach dem so genannten Leuchtturmprinzip, nicht zuletzt, weil dadurch auch das Jüdische Museum in Rendsburg einen neuen Stellenwert bekommt. Wer sich mit der Entwicklung der schleswig-holsteinischen Museumslandschaft in den letzten zehn Jahren befasst hat, wird wissen, dass es immer wieder Kritik an dem bisherigen Konzept dieses Museums gegeben hat. Aus unserer Sicht ist es richtig zu sagen, dass es sich beim Jüdischen Museum nicht in erster Linie um ein Kunstmuseum, sondern um ein historisches und damit auch um ein kulturhistorisches Museum handelt.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Aus dem Bericht geht weiter hervor, dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für eine derartige Umgestaltung erst noch geschaffen werden müssen, zum Beispiel über die Nachschiebeliste. Hoffentlich ist dies inzwischen passiert.

In den letzten Jahren haben sich die **Besucherzahlen** der schleswig-holsteinischen Museen zunehmend erhöht. Dazu ist schon einiges gesagt worden. Das gilt erfreulicherweise auch für die Landesmuseen auf Schloss Gottorf. Die Besucherzahlen des Wikinger Museums in Haithabu liegen seit Jahren stabil bei circa 150.000 Besuchern pro Jahr. Das sollte man hier vielleicht einmal anmerken.

Wichtiger aber als Zahlenspielereien ist es aus unserer Sicht, sich mit Entwicklungen im Verhalten der Besucher zu befassen. Hierzu stellt der Bericht klar, dass der Trend eindeutig in Richtung mehr Touristen, mehr Gruppen, mehr Schulklassen und mehr Familien geht. Um diesem Trend gerecht zu werden, müssen Museen heute neue Wege beschreiten. Das ist so, daran ist auch nichts Verwerfliches. Trotz aller Überlegungen in Richtung **Wirtschaftlichkeit** und touristischer Nutzung darf aber nicht vergessen werden, dass Museen unser kollektives Gedächtnis als Gesellschaft darstellen.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW], Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD] und Caroline Schwarz [CDU])

**(Anke Spoorendonk)**

Diese Forderung umzusetzen, sollte immer das vorrangige Ziel einer Museumspolitik sein.

Der Bericht greift nicht die hier im Haus geführte Debatte über ein Haus der Geschichte auf. Das ist auch nicht seine Aufgabe. Diese Debatte wird noch zu führen sein. Dennoch gehört sie dazu, wenn es um die Perspektiven für den Ausbau der Museumslandschaft geht. Konkret wird hervorgehoben, dass eine Reihe von Themenkomplexen unterrepräsentiert ist. Dazu gehört die Landesgeschichte mit den speziellen Aspekten der Zeitgeschichte, des 20. Jahrhunderts, der Geschichte der Industrie und des Alltages.

Da der SSW schon immer ein **Museum für Zeitgeschichte** gefordert hat, möchte ich vor dem Hintergrund der noch zu führenden Debatte um ein Haus der Geschichte jetzt nur anführen, dass die Zeit aus unserer Sicht mehr als reif ist für ein Landesmuseum für Zeitgeschichte. Es muss ja nicht wie in Bonn mit 160 Millionen DM angeschoben werden, es kann ja klein und bescheiden anfangen und trotzdem ein modernes, aktives und vielleicht auch wachsendes Haus werden. Es kann ja auch so sein, dass die Ideen, die in der Diskussion um ein Haus der Geschichte angeklungen sind, aufgegriffen werden. Themen gibt es genug: NS-Zeit, Grenzland, Minderheiten, Friesen, Dänen, aber auch Eingewanderte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, politische Geschichte des Landes und Bedeutung für Reich und Republik.

Um es mit Professor Uwe Danker vom Institut für Zeit- und Regionalgeschichte zu sagen:

„Alles das, was den Grund unserer Gegenwart ausmacht, ist auch ausstellbar und vorzeigenswert. Es könnte für die zahlreichen touristischen Gäste ebenso spannend und Gewinn bringend sein wie für die in unserem eigenen Interesse wichtige Erinnerungsarbeit im Land und speziell in den Schulen des Landes.“

Wen noch mehr Gründe interessieren, der sei auf Umdruck 15/1615 verwiesen, in dem die Stadt Schleswig in einem umfangreichen Katalog deutlich macht, warum Schleswig der richtige Ort für ein künftiges Haus der Geschichte ist. Dieser Meinung kann ich mich anschließen.

(Beifall bei der CDU)

Das war für mich eine wichtige Botschaft der heutigen Debatte.

(Beifall bei SSW, SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuss - ich schlage vor, zur abschließenden Beratung - zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:08 Uhr**